Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 10 (1981)
Heft: 6

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AZ 8006 Zürich Weinbergstr. 31, Tel. ✆ (01) 47 75 30

10. Jahrgang Nr. 6 Juni 1981 Auflage 32000 2.20 Fr.

das konzept

DER KAKTUS IM BLÄTTERWALD!

DIE MONATSZEITUNG

Schwarzfahren: **Das Kavaliersdelikt** Seite 3

Drogen **Shit auf dem Rechtsweg** Seite 5

Sex und TV **Das Sennetuntschi** Seite 7

Friedensbewegung **Aufstand gegen Atomrüstung** Seite 12

Reaganomics **Alle Macht den Reichen** Seiten 12 und 13

Zürcher Bezirksgefängnis **TODSICHERE U'HAFT** Seite 16

Die internationale Rüstungslobby trifft sich in der Schweiz

Waffenmarkt in Winterthur

Vom 29. Juni bis 4. Juli soll in Winterthur die «Internationale Ausstellung für Simulation, Ausbildung, Logistik, Unterhalt und Spezialfahrzeuge» – kurz W'81 genannt – stattfinden. Ihr Organisator, Carl M. Holliger, Herausgeber der Wehrzeitschrift «Armada International», hofft auf ein internationales Stelldichein der militärischen Fachwelt. Geschäfte dürfen zwar keine getätigt werden, das wäre illegal, dennoch wird ihre Vermittlung von den Behörden abgesegnet, doch der Bürgerprotest wächst von Tag zu Tag.*

Von der mobilen Feldküche bis zum Brückenpanzer, vom Schiess-Simulator bis zum Feuerleitgerät, vom gepanzerten Mannschaftstransporter bis zur Tarnvorrichtung soll in Winterthur so ziemlich alles, was das Herz der Militärs erfreut, gezeigt werden. Mehr als 100 Aussteller aus 12 Ländern bieten ihre Rüstungsprodukte unter dem Dach der Winterthurer Eulachhalle feil. Auch Vorführungen von militärischen Spezialfahrzeugen im Übungsgelände werden dargeboten. Damit die militärischen Gäste *«das Gesehene im Gespräch mit international massgebenden Fachleuten vertiefen»* können, sind verschiedene Fachtagungen angesagt. Die Öffentlichkeit ist zu dieser Ausstellung für einmal nicht zugelassen, nur geladene Gäste haben Zutritt.

Werbung für die Waffenmesse wurde bisher nur in Holligers *«Armada»* und in der einen oder anderen Fachzeitschrift gemacht. In den Schweizerischen Militärzeitschriften finden sich, wohl aus Vorsicht, kaum Hinweise. Es könnten schlafende Hunde, wie zum Beispiel die Schweizerischen Friedensorganisationen, geweckt werden.

Carl M. Holliger und seine Wehrpostille

Der Organisator der W'81 heisst eigentlich schlicht *Karl Holliger*. Die schillernde Welt von Reichtum und Militär hat den gelernten Bankkaufmann aber schon immer fasziniert. Zuerst möbelte er seinen Namen in «Carl M. Holliger» auf. Dann schrieb er 1974 den Bestseller *«Die Reichen und die Superreichen der Schweiz»*. Recht kritiklos gab dieses Machwerk vor allem süffige Stories und Klatsch über superreiche Familienclans zum besten, geschrieben aus der bewundernden Perspektive eines Kleinbürgers. Holliger mokierte sich darin auch über die *«formaldemokratische Folklore»* der Schweiz, welche die Oligarchisierung von wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht in unserem Land nicht habe verhindern können.

Inzwischen hatte Holliger eine recht erfolgreiche journalistische Karriere hinter sich (UPI, «Neue Presse», «Sonntags-Journal», Ringier) und gründete 1975 die EHW-Verlagsberatung, die unter anderem das Konzept für die neue *«TAT»* erarbeitete. Als sogenannter volkswirtschaftlicher Berater empfiehlt er seinem Kundenkreis, vorwiegend notleidende Kleinauflage-Zeitungsverleger, als Richtlinien für die notwendige Unternehmensplanung das *«Reglement zur Truppenführung der Schweizer Armee»* zu benützen. Holliger: *«Eines der besten Führungsbreviere der Welt.»*

1976 lancierte er dann die *«Armada International»*. Seine Gründungserklärung: *«In erster Linie ist es für mich ein Geschäft. Zweitens ist es eine Marktlücke (. . .) und drittens ein Bedürfnis.»* Sein buntes Waffenmagazin lässt Holliger in Zürich produzieren. Die Steuern liefert er allerdings dem Fürstentum Liechtenstein ab: die *Internationale Armada AG* residiert in Vaduz. In 30 000 Exemplaren und in drei Sprachen hergestellt, wird das Wehrmagazin in 101 Ländern gelesen, so behauptet es jedenfalls die Verlagswerbung. Am Kiosk ist das exklusive Hochglanz-Erzeugnis nicht erhältlich, es ist einem ebenso exklusiven Kreis vorbehalten: Abonnenten sind hohe Offiziere, Industrie- und Finanzkreise, Ministerien und Parlamentarier.

Ein besonderes Kennziffernsystem vermittelt interessierte «Armada»-Leser *direkt* an die Inserenten. So lässt sich's leicht über die «Armada» ins Waffengeschäft kommen. Tatsächlich gelang es einem Westschweizer Journalisten, auf diese Weise mit fünf grossen Waffenproduzenten in Kontakt zu treten. Er meldete sein Interesse für ein bestimmtes Waffensystem an und behauptete, er habe ausgezeichnete Verbindungen zu Abnehmern im Nahen Osten und in Afrika. Prompt erhielt er von einer dieser Waffenfirmen eine sehr interessierte Antwort.

Holliger selbst scheint nach aussen hin vom Waffen-PR-Geschäft nicht gross zu profitieren. 1980 versteuerte er ein bescheidenes Einkommen von 35 000 Franken, Vermögen, gemäss Steuerregister, besitzt er nicht. Vermutlich ist er halt immer noch nicht ein «Superreicher» geworden, eher schon ein ideologischer PR-Schosshund der Militärlobby. Um so dringender stellt sich die Frage: Wie konnte er die «Armada» mit einem Schlag herausgeben? Wer steckt wirklich hinter der W'81? Ohne Beziehungen zur internationalen Rüstungsszene ging das wohl nicht.

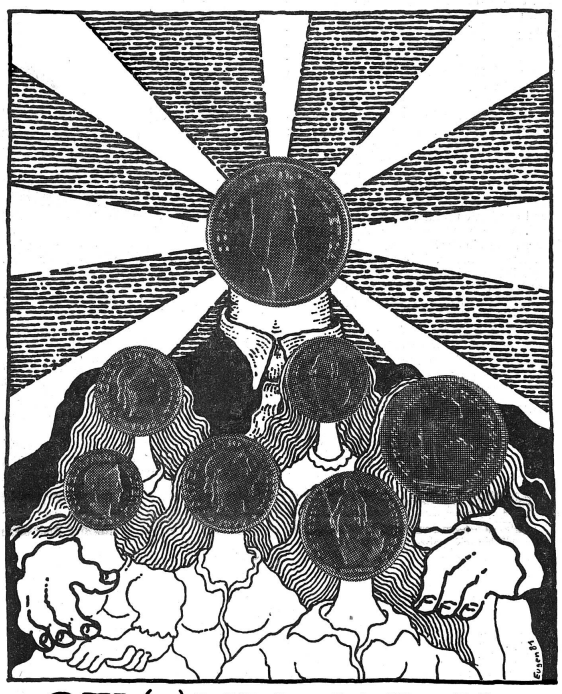
Der «Züri Leu» vermutet, dass die Starthilfe vom *Bührle-Konzern* kam. Durch die Lektüre der «Armada» wird diese Vermutung jedenfalls nicht widerlegt, findet doch Bührle unverhältnismässig starke Berücksichtigung im Textteil. Dass die entsprechenden Bührle-Inserate nicht fehlen, ist nachgerade eine Selbstverständlichkeit. Auch *Ringier* könnte als Kapitalanleger in Frage kommen: Holliger war bei diesem Pressekonzern als Leiter der zentralen Pressestelle tätig und – auch Ringier verwendet in einigen Zeitschriften das von der «Armada» angewandte Kennziffersystem bei Inseraten und redaktionellen Beiträgen.

Karl Holliger bestreitet übrigens nicht, dass hinter seiner «Armada» potente Kreise stehen: *«Das sind Geschäftskreise, Bankrepräsentanten, schweizerische Financiers.»* Über deren Identität hüllt er sich allerdings in vornehmes Schweigen.

Die Behörden kneifen

Das Projekt der W'81 ist erst sehr spät an die Öffentlichkeit gedrungen. Ihre Durchführung, die gegen das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial verstösst, soll jetzt verhindert werden, doch die Behörden sind der W'81 nicht ungewogen. Der Winterthurer Stadtrat und der Zürcher Regierungsrat mochten sich auf entsprechende Anfragen im Parlament nicht von Holligers Vorhaben distanzieren. Beim Vertragsabschluss mit Holliger seien *Fehler unterlaufen*, aber man könne jetzt die Verträge nicht brechen. Nach Auskunft vom EMD-Chef *Chevallaz* haben die Bundesstellen mit der Organisation und der Durchführung der W'81 *nichts zu tun*. Eine entsprechende Bewilligung gemäss Kriegsmaterialgesetz liege nicht vor, meinte Chevallaz blauäugig, weil ein entsprechendes Gesuch bisher noch gar nicht eingereicht worden sei. Ohne Grundbewilligung des Bundes ist es untersagt, *«die Beschaffung oder den Vertrieb von Kriegsmaterial zu vermitteln»*. Nun behauptet Holliger anscheinend, dass an der W'81 keine Geschäftsabschlüsse getätigt würden, aber wer *«Angebot und Nachfrage unter einem Dach vereinigt»*, übt doch eindeutig eine Vermittlungstätigkeit aus. Offensichtlich drückt da das EMD, das für die Erteilung der Grundbewilligungen zuständig ist, wieder einmal beide Augen zu. Auch davor, dass Holliger mit Inseratensprüchen wie *«Unterstützt durch die Schweizer Armee»* bei der Rüstungslobby hausieren gehen darf. Es ist wohl kein Zufall, dass *Oberst H. R. Kurz* nach seinem Rücktritt als EMD-Informationschef plötzlich im Impressum der «Armada» auftaucht, gerade im Zeitpunkt, wo die W'81 vorbereitet wird. Jedenfalls verfügt Kurz auch nach seiner Pensionierung über erstklassige Beziehungen zu jenem Departement, das auf Bundesebene über die Bewilligung der Waffenshow befinden muss. Um die Sache ja nicht zu gefährden, hat Holliger an einer Pressekonferenz mitteilen lassen, dass er jetzt auf die Ausstellung einiger Panzer und Sturmgewehre verzichte. Unerwähnt blieb dabei das elektronische Kriegsmaterial, das eigentliche Kernstück der Ausstellung, ohne das die moderne Kriegsführung nicht denkbar wäre. ●

*Der vorliegende Bericht wurde von der ARW (Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot) verfasst und basiert auf einem Text, der im «Virus», Nr. 5/81 erschienen ist.



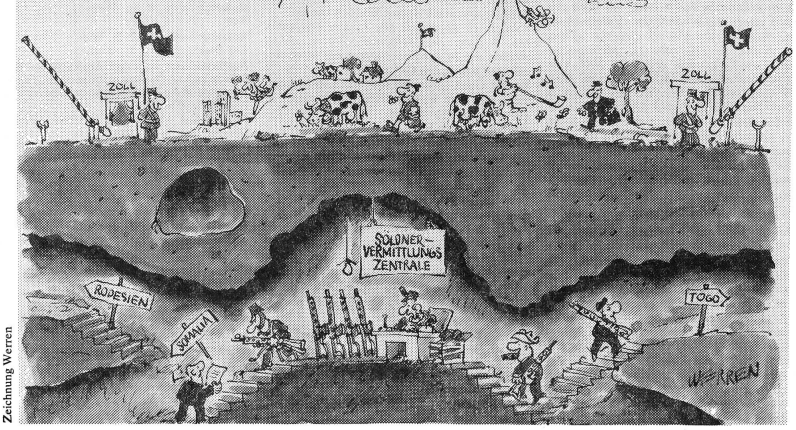
GEL(T)DUNGSDRANG

14. Juni: Gleiche Währung für Mann und Frau

Die W'81 verhindern

Gegen Holligers Waffenmesse kündigt sich ein breiter Bürgerprotest an:

- Auf den 4. Juni hat die Winterthurer SP eine «Warndemo» angesagt. Eine *grosse Kundgebung* ist für den 27. Juni angekündigt – falls die W'81 auch tatsächlich durchgeführt wird.
- In einem ausführlichen Brief an den Bundesrat legt die *«Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot»* (ARW) dar, dass die W'81 aufgrund der gegenwärtigen Gesetzeslage zu verbieten sei. Parallel dazu hat der *«Schweizerische Friedensrat»* (SFR) bei der Zentralstelle der Bundesanwaltschaft zur Bekämpfung illegaler Kriegsmaterialgeschäfte eine *Anzeige* wegen Verletzung des Kriegsmaterialgesetzes eingereicht. Eine entsprechende Interpellation im Parlament ist vorgesehen.



Zeichnung Werren

INSERAT

EUROTRAIN

Fahren im Zug.
Sparen im Zug.

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen! Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

Was nützt uns der 1. Mai?

«Jean Ziegler; Schall und Rauch» von Nicolas Lindt in «das konzept» Nr. 5/81

Die Irrtümer im «konzept»-Artikel:

1. Im PS steht: «Derselbe Ziegler, der in seiner Erst-Mai-Ansprache gewalttätige Aktionen grundsätzlich verurteilte . . .» Das ist total falsch. Ich bin ein Befürworter *revolutionärer Gegengewalt* dort, wo sie sinnvoll – das heisst: mit Erfolgsaussichten behaftet – ist. Beispiel: Wir müssen alles tun in der Schweiz, um die bewaffneten Befreiungsbewegungen

echo

(von El Salvador, Nicaragua, Kongo, Südafrika u. a.) zu unterstützen. Unterstützen heisst hier: Ihre Gegner in der Schweiz, die multinationalen Gesellschaften und Bankimperien, blossstellen; die Befreiungsbewegungen selbst unterstützen mit Geld, Medikamenten, Waffen, kurz: mit allem, was ihnen nützt. Der von der SPS und ihr nahestehenden Organisationen (Arbeiterhilfswerk, Gewerkschaftsbund) im November 1980 in Genf geschaffene *Solidaritätsfonds* soll genau diesen Zielen – Unterstützung von Streikbewegungen, von nationalen Befreiungsbewegungen in der dritten Welt – dienen.

2. Die von der Bewegung geübte Gewalt: Zu dem Punkt werde ich aus dem Zusammenhang heraus zitiert. «das konzept» schreibt: «Gewalttätige Aktionen sind nicht nur falsch, sie sind politische Irrtümer» (Ziegler). Der Irrtum liegt hier ebenfalls beim «konzept»: obiger Satz gilt für Gewalttätigkeiten gegen Gewerkschafter und Fremdarbeiter, die während des letzten Maiumzugs verletzt worden sind. Ohne wiedererwachte Arbeiterbewegung gibt es in der Schweiz keinen revolutionären Umschwung, keinen Bruch mit dem kapitalistischen Herrschaftssystem und keinen Bruch mit der imperialistischen Weltordnung. Der physische *Angriff auf Gewerkschafter ist daher Bruderkrieg.*

Gegengewalt soll und kann die Bewegung üben, gegen die Zürcher Polizeibrutalität und gegen Provokantengruppen (siehe Beispiel Basel), die von der Polizei gegen die Bewegung eingesetzt werden.

Die Missverständnisse, welche der «konzept»-Artikel schafft:

1. Mir wird der Satz über die «wirksame *Landesverteidigung*» vorgeworfen. Für «das konzept» scheint dieser Wunsch schlimmste Reformperversion zu sein. Aber vielleicht könnte «das konzept» ja auch einmal genauer hinhören und merken, dass wenn Georges-André Chevallaz oder ein Sozialist das Wort «Landesverteidigung» gebraucht, der Sinn des Wortes eben ändert. Einen militärischen Schutz der 42 000 Quadratkilometer Schweizer Boden braucht es: Wenn es ihn nicht gibt, marschiert bei uns – sobald die einheimischen Herrscher in ihrer Existenz bedroht sind – die deutsche Bundeswehr (und ihre Ex-Nazi-Generäle) oder sonst irgendeine Nato-Hilfstruppe ein. Also: lieber eine eigene Armee. Bedingung dafür: diese eigene, schweizerische, in der Schweiz rekrutierte Armee muss dem Willen des Volkes und nicht jenem einer klassengebundenen Offizierskaste unterstehen. Das von der SPS verlangte eidgenössische Referendum für Rüstungsausgaben ist ein Schritt zur Volksarmee und weg von der gegenwärtigen Klassenarmee, die noch immer ein Herrschaftsinstrument der machthabenden Oligarchie ist. Soldatenkomitees und organisierte Dienstverweigerer stellen heute bei uns die richtigen Fragen.

2. Die Tatsache, dass ich die *SP-Bankeninitiative* als eine der wichtigsten Schlachten im Kampf der Klassen seit dem Generalstreik 1918 sehe, macht mich in den Augen von «das konzept» zum «kleinen SP-Reformpolitiker» (Zitat: «So schrumpfte der Revolutionär Ziegler wieder zum kleinen SP-Reformpolitiker»). Ich habe keine Probleme mit meiner eigenen Selbstdarstellung: Revolutionär, Reformer, kleiner oder grosser Politiker – darum geht es nicht. Es geht um die Zerstörung der Bankenallmacht in der Schweiz. Es geht darum, die Machtinstrumente der herrschenden Oligarchie, der Herren über die multinationalen Bankenimperien zu brechen. Von der Bahnhofstrasse in Zürich aus werden per Telex und eigens finanzierten (argentinischen, südkoreanischen, indonesischen, kongolesischen, brasilianischen etc.) Militärdiktaturen in der ganzen Welt *riesige Kolonialreiche* verwaltet. Es werden Millionen Menschen ausgebeutet, bis aufs Blut. Diese Kausalitäten gilt es analytisch zu erfassen, den Feind nicht nur des Schweizervolkes, sondern und vor allem auch der Völker der dritten Welt zu erkennen und blosszustellen. Die Bankeninitiative will das Bankgeheimnis einschränken, die Fluchtgeldströme eindämmen, die wirtschaftliche Erstickung der Reformregierungen in der dritten Welt vermindern und auch verhindern in Zukunft, dass jeder noch so *blutrünstige Tyrann* auf der Welt – sobald er die Gewerkschaften bricht und den multinationalen Konzernen Maximalprofite zusichert – auf die *massive Soforthilfe* der Schweizerischen Kreditanstalt, des Bankvereins und der Bankgesellschaft zählen darf.

Ist es «kleinliche Reformpolitik», diese mörderische Strategie der Grossbanken, diesen institutionalisierten Bankenbanditismus brechen zu wollen? In der Zürcher Jugendbewegung gibt es viele revolutionäre Elemente. Sie werden geschichtlich nur sinnvoll, das heisst gesellschaftsverändernd, wirken können, wenn sie sich mit den andern potentiell oder tatsächlich, bekannten oder total unbekannten revolutionären Gruppen in der Schweiz verbinden und in einer gemeinsamen konkreten Strategie den gemeinsamen, konkreten Feind angreifen.

Jean Ziegler

Foto: Gertrud Vogler

Solidarität darf kritisch sein

«Kein Respekt vor dem Proletariat», von Nicolas Lindt und Daniel Wiener in «das konzept» Nr. 5/81

Ihr habt leider meine Stellungnahme, die nach Anknüpfungspunkten für eine gemeinsame Haltung von Jugend- und Arbeiterbewegung und nach möglichen Formen von Zusammenarbeit sucht, so gründlich verkürzt, dass kaum mehr zum Ausdruck kommt, was ich wirklich gemeint habe.

Nicht nur Teile der Jugendbewegung, auch einzelne überzeugte Linke glauben, dass das Autonome Jugendzentrum vor allem durch Scheibeneinschlagen in der Stadt durchgesetzt worden ist und nicht durch 10 000 Demonstranten auf der Strasse und die breite Sympathie in der Bevölkerung für die Ziele der Jugendbewegung. Sie glauben dies wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb, weil bürgerliche Presse und Fernsehen nicht immer, aber doch immer wieder die zerbrochenen Scheiben zum politischen Inhalt der Jugendbewegung in Zürich gemacht haben, aus Staunen über die Unruhen in der sonst so ruhigen Schweiz, aus Boshaftigkeit über das Schwinden bürgerlicher Wohlanständigkeit – Schweizer Qualitätszeichen im Ausland –, aus Lust am Ruchbaren, aber vor allem auch, um die Jugendbewegung immer wieder in die Grauzone von Kriminalität zu bringen. Was hat dies der Jugendbewegung genützt?

Über die Skandalurteile und illegalen Festnahme- und Verhörmethoden konnte immer ausdrücklicher geschwiegen werden, damit der Jugendbewegung unter der Hand um so leichter der Prozess gemacht werden kann. Scheiben einschlagen ist eine Provokation, zugegeben, aber eine ohnmächtige. Und in dieser Ohnmacht befangen, kann sie zwar zur Solidarität unter Ohnmächtigen führen, aber – solange sie sich nicht politisch zu formulieren beginnt – niemals zu einer Politik werden, die die Massen mobilisieren kann. Darin liegt ihr Fehler.

Die Fehler dieser Politik zeigen sich bereits: Die Sympathien der Bevölkerung drohen durch die Sachbeschädigungen zurückzugehen. Wie leicht die unartikulierte Permanenz von Gewalt gegen Sachen in Gewalt gegen Personen umschlagen kann, haben die Ereignisse vom 1. Mai deutlich genug gezeigt. Eine solche Politik läuft leer.

Wer wird, wenn die Solidarität immer kleiner wird, die Jugendlichen, die verhaftet oder strafrechtlich verfolgt werden, noch verteidigen? Einer Bewegung, die aber nicht wenigstens gegen Repression breite Unterstützung findet, drohen Resignation und weitere Isolation durch die Eigendynamik aktionistischer Politik.

Ein solidarischer Beitrag der Linken kann nur darin bestehen, Jugendliche in der Bewegung zu politisieren und dadurch zu stärken. Und das, ich bin überzeugt, ist den Mächtigen in der Schweiz auf die Dauer ein viel grösserer Dorn im Auge als die paar Millionen Franken an Schäden, die sich für das Bürgertum durch polizeiliche Einkreisung und Isolierung in ganz anderer Form, nämlich durch einen politischen Sieg, sehr schnell auszahlen können.

Eine Diskussion über die Jugendbewegung, über ihre sinnvollen und ihre politisch schädigenden Ausdrucksmittel, über weitere Formen der Unterstützung, muss in der Linken endlich ernsthaft begonnen werden. Denn Solidarität darf immer auch kritisch sein.

Lydia Trüb

Wenn «das konzept» verschwindet, ist die «WochenZeitung» da!

Weil wir annehmen, dass Sie eine solche Zeitung nicht vermissen möchten, bieten wir Ihnen heute schon Abos an:

a) ☐ **Normal-Abo** 80.—
b) ☐ **13 Monate** *(falls «das konzept»-Abo 1981 bezahlt)* 80.—
c) ☐ **15 Monate** *(falls «das konzept»-Abo 1981/82 bezahlt)* 80.—
d) ☐ **Unterstützungs-Abonnement** 150.—
e) ☐ **2-Jahres-Abonnement** *(a: 24 Mte./b: 25 Mte./c: 27 Mte.)* 150.—
f) ☐ **Ausland-Abo** *je nach Land* **90.—** *bis* **110.—**
Luftpost Tarife erfragen

Das Abonnement gilt als um ein Jahr verlängert, sofern es nicht bis spätestens 60 Tage vor Ablauf schriftlich gekündigt worden ist.

Name *Vorname* *Beruf*

Strasse *PLZ* *Ort*

PS: Ich habe Obligationen der Genossenschaft «infolink» (vgl. Zeitungsmitte) im Betrag von mind. 5000.– Franken gezeichnet. Ich wünsche, dass die Abonnementskosten jährlich mit der Zinszahlung verrechnet werden. ☐ *ja* / ☐ *nein*

Talon einsenden an: ***«WochenZeitung», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

«Vor zwei Monaten: Ich schreibe einen kritischen, wenn nicht verzweifelten Brief an den Bundespräsidenten.»
Ich, das ist Roger Strub, in «Smog» Nr. 5/81, einen Besuch beim Bundespräsidenten schildernd. ER empfängt ihn und spricht:
«Sie haben zu kritisieren, also schiessen Sie los.»
Schiesst er jetzt? Ist hier gekonnt die erste Pointe der Satire eingebaut?
«Ich onaniere für einmal nicht in linken Blättern oder am Stammtisch, sondern sag's persönlich an oberster Stelle.»
Aha, ein Witz von der grusigen Sorte!
«Er führt mich zum Fenster seines Büros, zieht die Jalousien hoch» (sollt's vielleicht Soutane heissen?), *«öffnet und weist auf die Bäume rund um die Bundesterrasse. Gleichnishaft bringt er die bald erwachende Blüte mit der Demokratie zusammen.»*
Jetzt muss er aber kommen, bleiben ja nur noch ein paar Zeilen . . .
«Der Abschied ist fast herzlich, zumal wir gemeinsame Bekannte gefunden haben. (. . .) Und doch habe ich ein verdammt gutes Gefühl beim Verlassen des Bundeshauses. Fast ketzerisch für einen Linken, nicht wahr?»
Punkt. Schluss. Soll's doch wahr sein, fragt sich eine peinlich berührte Leserin gleichnishaft, dass Onanie zum Schwachsinn führt?

*

Selbiger «Smog» druckt auf der letzten Seite ein Inserat (ganzseitig!) für «Gesal Moosvertilger» und schreibt:
«Die Annahme solcher Inserate würde uns äusserst schwerfallen, doch dank unserer soliden Finanzlage bleiben wir weiterhin unabhängig.»
. . . und drucken auch weiterhin solche Inserate gratis.

*

Autonomie war für die Partei der Arbeit (Schweizer Sektion) schon immer ein Problem. Nun hat die Parteileitung der PdA Basel plötzlich entdeckt, dass auch AJZ etwas mit Autonomie zu tun hat. Höchste Zeit für eine Grundsatzerklärung, zwei Wochen nach der Schliessung des Basler AJZ. Unter der Parole «Jugendzentren Ja, AJZ Nein» schreibt die PdA: *«Wir sind nach der Erfahrung der letzten Monate nicht mehr bereit, die Forderung nach Bereitstellung eines Gebäudes für ein AJZ und nach bedingungsloser Subventionierung eines AJZ zu unterstützen. Nach unserer Meinung steht der Buchstabe A in der Abkürzung AJZ für eine politische Tendenz und für ein politisches Programm, die wir als Arbeiterpartei ablehnen müssen. Insbesondere wendet sich die PdA gegen die Aussteiger-Ideologie, deren Kern die Arbeitsverweigerung darstellt und die sich äussert in Parolen wie «Wer arbeitet, ist dumm». Diese Einstellung halten wir für arbeiterverachtend und asozial. (. . .)»*

*

In ihrer Broschüre «Entwicklung heisst Befreiung» prangert die «Erklärung von Bern» die Migros an, mit dem Import von 2500 Tonnen Ananaskonserven via den amerikanischen Fruit-Multi Del Monte die Ausbeutung der philippinischen Arbeiter zu fördern. In der Hauszeitung «Brückenbauer» kontert Migros-Boss Pierre Arnold aufs empörteste. Er hat schnell «einen Vertrauensmann» – den objektiven und unvoreingenommenen Produktgruppenleiter der Direktion Kolonial II des Marketing Food beim Migros-Genossenschafts-Bund, Peter Boesch – hinuntergeschickt und sich bestätigen lassen, dass nicht alles so bös ist, wie's aussieht. Pierre Arnold zieht Schlüsse:
«Die Arbeiterinnen, die bei Del Monte beschäftigt sind, wirken fröhlich, unbeschwert und sauber, die Arbeitsbedingungen erscheinen vorbildlich für die Philippinen.»
Schaffe, schaffe und dabei sauber bleiben, das ist die Hauptsache.
«Was will die ‹Erklärung von Bern›? Sie will schlicht und einfach, dass mit den Einkäufen aus den Philippinen Schluss gemacht wird.»
Jawohl, so einfach ist das. Endlich kapiert?
«Sollen wir überhaupt alle Länder boykottieren, in denen die Menschenrechte missachtet werden wie in der Sowjetunion mit ihren unzähligen politischen Gefangenen?»
Bravo! Ganz genau das sollt ihr. Oder wenigstens mit dem humanistischen Gequassel in eurer Werbung aufhören.
Aber der langen Rede kurzer Sinn:
«In der Zwischenzeit empfehle ich Ihnen, Ananas von den Philippinen zu kaufen. Sie sind gut, und die Arbeiter werden vergleichsweise gut behandelt.»
Fast wie in der Schweiz, wo die Büsis vergleichsweise gut behandelt werden.
«Boykottieren heisst Bestehendes zerstören.»
Und Bestehendes ist immer gut (für uns).
«Kaufen heisst helfen.»
Das befehle ich, Pierre Arnold, Herrscher über das Reich «Migros-Food», auf dass es grösser und grösser und grösser werde . . .

*

Das Schweizer Militär kann auf seine zukünftigen Kanonenfütterer stolz sein. Der «Divisions-Kurier» der «Zeitung für die Wehrmänner der Mech Div 4» vom April 1981 hat tränengerührten Auges folgende Erfreulichkeit beobachtet:
«‹So schön können Waffen sein, und so interessant diese Geräte!› Diese noch kindliche Vorstellung brachte an der Neuendorfer Wehrschau mancher Dreikäsehoch vor. Tatsächlich konnte jeder Knirps mehr oder weniger nach Herzenslust auf einer Panzerhaubitze herumkraxeln, an Gewehrfett riechen oder sich ganz

«Ich glaube, mir ide Mech Div 4 müend alli am glyche Strick zieh, süsch füehrt das zu keim Ziel.

einfach von martialischen Fliegerabwehrraketen beeindrucken lassen. Aber nicht nur Buben, auch Mädchen hatten zum Teil ihre helle Freude an den ausgestellten Waffen und Geräten. Selbst der Zivilschutz, noch nicht gerade Publikumsliebling, weckte verdientes Interesse. Fazit: Die Schau zeigte, was einmal gezeigt werden muss.»
Sind doch sauglatt diese Waffen, nur richtig loslegen sollte man können, nach Herzenslust mit den martialischen Fliegerabwehrraketen dreinböllern, peng, peng!
Und der wissenschaftliche Dienst loc. cit. Blattes folgert aus einer repräsentativen Umfrage bei sechs Defilee-Besucherinnen im Rahmen eines Feldforschungsprogramms:
«Frauen mögen Panzer» (. . .) Dass das Interesse der Frauen sich aber keineswegs etwa auf die Männer in Uniform oder Kämpfer beschränkt, zeigte eine Umfrage (. . .) unter den Z u s c h a u e r n am Truppenvorbeimarsch.»
Eben wegen der neuen Panzer sind sie gekommen, nicht wegen der alten Knacker. Schön emanzipiert.

Optik Iselin
Rämistrasse 39, 8001 Zürich
Telefon 01 69 44 41

Spots

Das Inspektionsbüro der NRC hat nach Abschluss einer neunmonatigen Untersuchung dem Betreiber des Atomkraftwerks «Three Mile Island 2» (Harrisburg), Metropolitan Edison, zwei Verstösse gegen die NRC-Vorschriften während des Unfallablaufs im März 1979 vorgeworfen. Die NRC hat jedoch in diesem Fall kein Bussgeld festgelegt. Sie begründet diese Massnahmen mit der Feststellung, dass die Metropolitan Edison schon im Januar 1980 für andere Vorstösse mit einer Busse von 155 000 US-Dollar bestraft worden sei und damit bereits die Höchstgrenze erreicht habe.

*

Im Genfer Gefängnis Champ-Dollon, bekannt für seine hohe Sicherheit, haben sich in den letzten Wochen zwei Insassen umgebracht: Ein 23jähriger Drögeler (welcher sich kurz zuvor schon einmal die Pulsadern aufgeschnitten hatte!) erhängte sich in seiner Einzelzelle. Wenige Tage später beging ein 47jähriger Spanier Selbstmord. Seit der Eröffnung von Champ-Dollon im Mai 1977 ist dies der neunte Suizid. Champ-Dollon, mit seinen klinisch von allen äusseren Einflüssen abgeschirmten Einzelzellen, gilt nach wie vor als Musterbeispiel für weitere Gefängnisneubauten, ebenso das Amtshaus Bern (seit 1975 6 Selbstmorde).

das konzept

Redaktion: Marianne Fehr, Georg Hodel, Nicolas Lindt, Liselotte Suter.

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80 - 37626. «WoZ»-Telefon (01) 69 28 28.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern.

Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Abonnemente: pro Jahr 22 Fr. (Ausl. 30 Fr.), PC-Konto 80-37626

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich.
Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile (27 mm) –.72 Fr. Gültiger Tarif Nr. 82, auch gültig für «WoZ»-Null-Nummer vom 1. 7. 1981.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Redaktionsschluss: Nr. 7/8 81: 15. 6. 81
Inserateschluss: Nr. 7/8 81: 18. 6. 81

«WoZ»-Null-Nummer: 20. 6. 81

Schwarzfahren in Zürich wird schwieriger

Das Kavaliersdelikt und der Grenadier~Turnus

Von Nicolas Lindt

Der fortschreitende Zerfall der bürgerlichen Moral in unseren Städten bringt es mit sich, dass auch die Schwarzfahrerquote ständig zunimmt. In Zürich – so schätzen die städtischen Verkehrsbetriebe VBZ – fahren mindestens 6 von 100 Passagieren schwarz. Gäbe es keine Kontrollen, würden noch viel mehr Leute zum Nulltarif fahren. Grund genug für die VBZ, den Kontrolleurbestand auf 1. Juni zu verdreifachen. Aber nehmen die Schwarzfahrer ab, wenn die Kontrollen zunehmen?

«Nein, um Gottes willen, ganz sicher nicht!»
SP-Stadtrat *Jürg Kaufmann*, Vorsteher der VBZ, auf die Frage, ob er selber schon schwarzgefahren ist.

«Solange sich Leute finden, die solchen Idealismus, Schneid und Einsatz aufbringen, braucht es uns vor der Zukunft nicht zu bangen, auch wenn wir daran manchmal zweifeln mögen.»
Die VBZ-Personalzeitung über ihre Kontrolleure.

Dass ich schwarzfahre, habe ich den VBZ-Herren verschwiegen. Ich hatte den Mut nicht, es zuzugeben, ausserdem hätte ich als erklärter Schwarzfahrer wohl gar keine Auskunft erhalten. SP-Stadtrat Kaufmann sagte mir deutlich, Schwarzfahren sei *«nicht gentlemanlike»*. Ein Journalist ist ein gentleman, aber wenn er schwarzfährt, ist er keiner mehr.

Das Schwarzfahren habe ich entdeckt, als ich noch zur Schule ging: Spätpubertäre Wiederauferstehung der Wildwestromantik, das Zürcher VBZ-Netz als Kriegsschauplatz: Unbemerkt von den Sichtkarten-Gesichtern um mich herum, sass ich im Tram, schwelgte in Schwarzfahrer-Phantasien und heckte immer neue Taktiken aus, um dem Feind zu entkommen. Wenn plötzlich doch ein Kontrolleur vor mir stand, gab ich mich keineswegs geschlagen, bestand darauf, an der nächsten Haltestelle auszusteigen, und kaum standen wir draussen, der Kontrolleur und ich – ein Satz quer über die Strasse und schon war ich in einer Seitengasse verschwunden.

Einige Niederlagen musste ich allerdings hinnehmen, und ich hätte mich dafür in Grund und Boden schämen können. Eines Morgens sassen wir zu zweit im Tram und redeten übers Schwarzfahren, so dass es jeder hören konnte. Auch der Zivilkontrolleur, der plötzlich auf meine Schulter tippte . . . Oder an einem andern Morgen, als ich den kleinen, drahtigen VBZ-Beamten übersah, der sogleich auf mich zusteuerte, wie wenn er schon lange nach mir gefahndet hätte. Dass ich mein Billett verloren hatte, machte ihm keinen Eindruck, und aussteigen liess er mich auch nicht. Verletzt in meinem schwarzfahrenden Stolz, mit hochrotem Kopf, aber um keinen Preis bereit aufzugeben, sagte ich: «Kann doch jedem passieren, dass er sein Billett verliert!» – Ich sagte es mit einem hoffnungsvollen Seitenblick auf die umstehenden Passagiere, doch die Reaktion war eindeutig: Von Arbeitslagern und Einsperren war die Rede, niemand zeigte Verständnis, nur ein Ausländer bemerkte, er habe auch schon ein Billett verloren. Die schweigende Mehrheit der Trampassagiere entschied gegen mich. Am Bellevue führte mich der Kontrolleur zum Aufsichtsbeamten, der das Urteil des Volkes sogleich vollstreckte.

Die Linke und der Nulltarif

Die Faszination des Schwarzfahrens versandete allmählich in der Routine, der Reiz des Verbotenen verblasste. Was blieb, war die politische Begründung: Ich sah im Schwarzfahren eine revolutionäre Handlung und unterstützte damit die Forderung nach dem Nulltarif. Damals konnte ich mich sogar auf Stadtrat Kaufmann berufen, der – vor seiner Wahl in die Stadtregierung 1974 – noch erklärt hatte: *«Auf lange Sicht bin ich ein Befürworter des Nulltarifs.» «Auf kurze Sicht nein»*, hatte er auch noch gesagt, und kaum war er gewählt, war für ihn der Nulltarif kein Thema mehr. Kein Wunder, er persönlich musste sich als Stadtrat nicht länger mit VBZ-Automaten und Sichtmarken herumplagen. *«Die Gratiskarte für das Tram, die alle Stadträte erhalten, lag an seinem ersten Arbeitstag im Büro bereit»* («TA», 24. 4. 1974). Seither gehört Kaufmann zu den Weissfahrern, und statt für den Nulltarif setzt er sich für kräftige Taxerhöhungen ein. Begründung: *«Utopische Horizonte muss man immer mit der Wirklichkeit konfrontieren.»*

Schon Ende 1973 waren die Taxen erhöht worden, und Ende 1976 sollten sie schon wieder teurer werden. Die Zürcher waren zuerst dagegen, und es brauchte – wie schon 1973 – eine *zweite* Volksabstimmung, um die Taxerhöhung doch noch durchzuzwängen. Im zweiten Anlauf war das Volk wieder vernünftig geworden – die Bürger und ihr *sozialdemokratischer* Stadtrat triumphierten. Die Linken aber seufzten über das «dumme» Volk, und noch mehr seufzten sie über sich selber, was sie wohl falsch machten, dass das Volk einmal mehr gegen seine eigenen Interessen entschied.

Das war die Zeit, als ich mein Traum von den schwarzfahrenden Volksmassen auf Eis legte. Ich sagte mir, solange die Leute nicht massenhaft schwarzfahren, hat mein persönlicher Nulltarif ja doch keine politische Wirkung. Weil ich den Marsch durch die Institutionen angetreten hatte und einer regelmässigen Arbeit nachging, hatte ich vor allem gar keine Zeit und Lust mehr zum Schwarzfahren. Während sich andere einen R 4 anschafften, löste ich eine Sichtkarte und reihte mich unauffällig in die Kategorie der Normalfahrer ein.

Mehr Schwarzfahrer, weniger Kontrolleure

Gleichzeitig stiegen aber die Schwarzfahrerquoten in den Städten unaufhaltsam weiter an. Vor allem in Zürich: 1979 fuhren bereits 6 von 100 Passagieren schwarz. Das sind fast europäische Rekordzahlen. Die Mittelwerte in der BRD liegen bei 1,5 Prozent. In Bern und Basel machen die Schwarzfahrer nur 1 Prozent aus. Dass die Quote in Zürich derart in die Höhe schnellte, dafür gibt es eine einfache Erklärung:

Weil der Kontrolleurbestand auf 23 Beamte zusammengeschrumpft ist. Herr *Zwygart*, Chef der VBZ-Kontrolldienst- und «Zuschlags»-Abteilung, erklärte mir, dass ein Grossteil der Kontrolleure – zum Teil ehemalige Kondukteure – wegen Pensionierung ausschied. Andere haben aus gesundheitlichen Gründen aufgehört: Unter dem Kontrollpersonal sind Krankheitsfälle häufiger als beim übrigen VBZ-Personal. Von den ursprünglich 12 Zivilkontrolleuren sind heute nur noch 2 im Einsatz. Neue Kontrolleure zu finden war schwierig bis unmöglich, weil der Job erstens relativ schlecht bezahlt ist und auch sonst nicht gerade zu den Traumberufen gehört. Ja, es gab sogar Fälle, wo Kontrolleure tätlich angegriffen wurden, und zwar auch von älteren Leuten. Zwygart erinnert an das Beispiel jener alten Frau, die mit ihrem Schirm zuschlug, weil sie den Zuschlag nicht bezahlen wollte. Der Kontrolleur war nachher einige Tage arbeitsunfähig.

Moralische Aufrüstung und Politik der Verweigerung

Um das Schwarzfahrergeschwür einzudämmen, starteten 30 öffentliche Verkehrsbetriebe in der Schweiz bereits 1978 eine gemeinsame Kampagne. In

Foto: Daniel Schaublin

zeitgemässe PR verpackt, appellierten sie an die Moral der Bürger: Neben der dunklen Silhouette eines anonymen Schwarzfahrers stand der Spruch: *«Er fährt auf Ihre Kosten – Schwarzfahren unfair!»* Aber solche Aktionen gehören eher in den Bereich der Alibiübungen. Die Leute in den Städten lassen sich nicht mehr so ohne weiteres vorschreiben, was «fair» und «unfair» ist.

«Schwarzfahren ist kein Kavaliersdelikt», betonte kürzlich Vizedirektor Stutz von den Basler Verkehrs-Betrieben. Aber «Kavalier» sein, «Gentleman» sein – wer strebt das heute noch an?! Die kollektive, von oben verordnete Moral hat Risse bekommen. Und mit den Bewegungen seit dem letzten Sommer sind diese Risse noch grösser geworden. Ich selber habe für den anonymen schwarzen Mann von Anfang an insgeheime Sympathie empfunden. Und seit ich selber wieder gratis fahre, fühle ich mich ihm noch mehr verbunden.

Warum fahre ich wieder schwarz? – Weil ich nicht mehr so viel und so regelmässig arbeite wir früher, mich dadurch weniger anzupassen brauche, frecher, mutiger geworden bin und weniger Schiss vor den Konsequenzen habe. Für mich sind das alles auch «politische» Gründe. Aber diesmal hat die Politik mehr mit mir selber zu tun und weniger mit abstrakten Nulltarifforderungen und abgedroschenen Argumenten für die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Oder wie es ein Bekannter von mir sagte: *«Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass das Tram gratis ist, wenn es schon ‹öffentliches› Verkehrsmittel heisst.»* Die meisten Leute in meinem Bekanntenkreis fahren «ab und zu» oder «immer» schwarz. Argumente: *«Weil es mir stinkt, zu zahlen»*, *«Weil ich oft kein Münz habe»*, *«Weil ich der Bürokratie eines auswischen will»*, *«Weil ich's zu teuer finde»* . . . Fast alle, die ich fragte, würden aber auch dann noch schwarzfahren, wenn das Tram billiger wäre. Am Preis liegt's also nicht.

Jemand sagte mir: *«Erst wenn der Privatverkehr aus der Stadt verbannt ist und das Tramfahren ernsthaft gefördert wird, wäre ich vielleicht bereit, wieder etwas zu zahlen.»* Anders gesagt, Nulltarif als isolierte Lösung wäre keine Lösung. Ein grundsätzlich anderes Verkehrskonzept ist gefragt, wenn schon.

Kontrolleure kontra Schneeballeffekt

Bisher konnte unsereins in Zürich problemlos schwarzfahren. Keine Kontrolleure mehr weit und breit. Gemeinderäte und andere besorgte Steuerzahler beschwerten sich deswegen. Einer schrieb den VBZ, er fahre täglich die gleiche Strecke und habe seit 7 Monaten keinen Kontrolleur mehr angetroffen! – Das erzählte mir *Beat Cagienard*, VBZ-Direktionsassistent, zuständig für das Image der VBZ in der Öffentlichkeit: *«Wir mussten etwas unternehmen, die Quote war einfach zu hoch. Es gab eine Art Schneeballeffekt, immer mehr Leute sagten sich, warum soll ich nicht auch schwarzfahren, wenn's andere tun?!»* – Cagienard schliesst daraus, dass *«moralische Bedenken hier offenbar keine Rolle mehr spielen»*.

Die VBZ sahen nur noch einen Ausweg: mehr Kontrollen. Auf den 1. Juni wurde der Kontrolleurbestand von 23 auf 80 erhöht. Die 53 «Neuen» sind allesamt bestandene VBZ-Wagenführer mit einem männlichen Vornamen und mindestens fünf Dienstjahren. 70 Prozent ihrer Arbeitszeit bestehen ab sofort nicht mehr im Fahren, sondern im Kontrollieren.

Nur auf diesem Weg waren genügend neue Kontrollbeamte zu gewinnen. Ein junger VBZ-Wagenführer erzählte mir: *«Die meisten von uns finden Kontrollen zwar nötig, würden es aber selber nie machen wollen. Auch deshalb nicht, weil man beim Kontrollieren ständig mit Anrempeleien und Tätlichkeiten rechnen muss. Der Kontrolldienst heisst bei uns deshalb ‹Schläger-› oder ‹Grenadier-Turnus›»* . . . Wieso haben sich trotzdem genügend Wagenführer dazu gemeldet? – *«Erstens kommt man in eine höhere Lohnklasse, und zweitens war es offensichtlich: Wer bei den VBZ aufsteigen will, wer zum Beispiel Aufsichtsbeamter an den grossen Haltestellen werden will, musste sich melden.»*

Mit Schwarzfahrern leben lernen?

Durch die vermehrten Kontrollen seit dem 1. Juni lasse sich das Schwarzfahren höchstens «eindämmen», meint Cagienard. *«Die Profi-Schwarzfahrer werden wir auch in Zukunft nicht erwischen. Das würde nur gelingen, wenn die Kontrolleure beispielsweise auf offener Strecke einsteigen würden, damit niemand vorher aussteigen kann.»* In Bern wird das praktiziert, aber solche Methoden sind Cagienard eher unsympathisch. Auch zivile Kontrollen findet er *«unschön»*, das sehe nach Polizeimethoden aus und schade dem Image der VBZ. Cagienard ist bei den VBZ für PR zuständig. Von seinem Standpunkt aus würde er unter

Umständen sogar ein paar Prozent ständige Schwarzfahrer in Kauf nehmen und halt einige Millionen dafür von vornherein einkalkulieren.

Nicht ganz so grosszügig sieht es Herr Zwygart vom Kontrolldienst. Er stellt fest, dass die Schwarzfahrer *«leider keine kleine Minderheit mehr sind»*. Zwygart befürchtet Stuttgarter Verhältnisse, wo die Schwarzfahrer-Dunkelziffer angeblich 20 Prozent beträgt! – Soweit dürfe es in Zürich nicht kommen, meint der VBZ-Chefbeamte. Er persönlich ist deshalb auch für vermehrte Zivilkontrollen. Es gebe immer wieder Fahrgäste, die die VBZ auf potentielle Schwarzfahrer aufmerksam machten – und gerade für solche Fälle seien Zivilkontrolleure erforderlich. Auch vermehrte Kontrollen in den Trams, die zum AJZ fahren, sind seiner Meinung nach notwendig. *«Wir weichen dem vorläufig noch aus, aber im Interesse der zahlenden Fahrgäste müssen wir konsequenter kontrollieren.»*

Dass in letzter Zeit verhältnismässig viele Leute schwarzfahren, ist auch für Zwygart ein Zeichen, dass *«die Moral ins Wanken geraten ist»*. Unser Gespräch am Telefon führt in eine Grundsatzdiskussion über die heutige Zeit, und Zwygart schliesst mit den Worten: *«Wir müssen wohl alle ein Fragezeichen vor die Zukunft setzen.»*

★

Schwarzfahren wird schwieriger in Zürich, aber wer unverkrampft schwarzfährt und ab und zu einen gelassenen Blick aus dem Fenster wirft, wird auch künftig kostengünstig und unbürokratisch ans Ziel kommen. Die Profis haben ihre 20 Franken schon im Sack, falls sie doch einmal erwischt werden. Übrigens: Damit es nicht zu teuer wird, haben sich in Berlin Schwarzfahrer zusammengetan und kleine Schwarzfahrer-Versicherungen gegründet.

Und noch etwas: Einer, der in Zürich 36mal erwischt wurde und nie bezahlte, hat jetzt drei Monate unbedingt bekommen, *«wegen wiederholter und fortgesetzter Erschleichung einer Leistung»* (StGB, Art. 151, 1). Der Richter sprach von einer *«bedenklichen Unbelehrbarkeit»* des Angeklagten. Auch damit müssen die öffentlichen Verkehrsbetriebe leben lernen: mit den Unbelehrbaren. ●

Spots

«Wir jungen Menschen – was steht uns bevor? Die Zukunft, noch etwa 60 Jahre unseres Lebens! Wir sind die Träger der Wirtschaft von morgen! – WAS WOLLEN WIR? Den Gesamtarbeitsverträgen unterstellt werden!» (aus dem 1.-Mai-Flugblatt der SMUV-Jugendgruppe Sektion Zürich).

*

Anfang April bemalten zehn Sprayer die Rückseiten von Autobahnschilderbrücken in der Nähe von Heilbronn mit Parolen, die auf den Hungerstreik der RAF-Häftlinge aufmerksam machten, und mit Fünfzacksternen. Dabei war auch die Frau des Hungerstreikenden Haag, Mutter von zwei Kindern. Sechs Wochen lang sassen alle zehn im berüchtigten siebten Stock des Stammheimer Knastes und im Sondertrakt von Bühl. Grund: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (Paragraph 129a), weil der Fünfzackstern das RAF-Emblem sei. Zur Anwendung von Paragraph 129 bedarf es in der BRD keinerlei besonderer Haftgründe. Der Verdacht reicht aus.

Hausbesetzer, Flugblattverteiler, Parolensprayer wurden aufgrund dieses Paragraphen in den letzten zwei Monaten zuhauf verhaftet. Allein der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof, Kuhn, erliess über 30 Haftbefehle. Weitere Verhaftungen wurden von untergeordneten Strafverfolgungsbehörden in den Bundesländern erlassen: in Bayern ein gutes Dutzend. Verfassungsrichter Martin Hirsch – von der «tageszeitung» («taz») zu diesen Massnahmen befragt – kritisierte die justitiale Hysterie und verglich sie mit der Kommunistenverfolgung Anfang der 60er Jahre. Man bekämpfe mit solchen Massnahmen den Terrorismus nicht, sondern führe ihm weitere Sympathisanten zu. Hirsch setzte sich vehement für den Grundsatz der freien Meinungsäusserung ein; solche Vorfälle müssten von der Presse dokumentiert werden. Die Reaktion auf das Hirsch-Interview erfolgte postwendend: Der Bundesgerichtshof warf dem liberalen Hirsch vor, er wäre wahrscheinlich nie als Verfassungsrichter geeignet gewesen und sei überdies «zu alt».

Seltsame Zustände herrschen da in unserem Nachbarland. Aber noch ganz human, wenn man mit den Verhältnissen vergleicht, die in der Schweiz mal herrschen werden, wenn erst die Strafgesetzbuch-Revision durchgekommen ist.

*

Nach Feststellungen von Craig Fontaine bei der Instrument Laboratory in Watertown, Massachusetts, USA, eignen sich Frauen für die Bedienung von Kernreaktoren besser als Männer. Grund ist eine wesentlich bessere physiologische Reaktion auf Stress. Urinanalysen liessen erkennen, dass Frauen unter extremem Stress weniger Reaktionsfehler unterliefen als Männern.

Als Student bekommen Sie ein Tages-Anzeiger-Abonnement zwischen Fr. 99.75 und Fr. 0.–. Alle anderen Leute zahlen Fr. 142.50. Schicken Sie uns eine Kopie Ihrer Legi, und Sie zahlen 30 Prozent weniger: nur Fr. 99.75. Noch weniger zahlen Sie, wenn Sie für sich selber ein Jahresabonnement bestellen und dazu ein paar weitere Abonnenten werben. Für jeden schreiben wir Ihnen Fr. 20.– gut. Mit fünf neuen Abonnenten zahlen Sie für den Tages-Anzeiger gar nichts mehr. Und jeder neue Abonnent zahlt nur Fr. 99.75, falls auch er ein Student ist und Sie eine Kopie seiner Legi mitschicken.

Ich abonniere den Tages-Anzeiger nur für mich.

Name

Adresse

Zahlungsweise:
☐ jährlich Fr. 99.75
☐ halbjährlich Fr. 50.40
☐ vierteljährlich Fr. 25.50

Senden an:
Tages-Anzeiger, Verkauf/Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich.
(Legi nicht vergessen.)

8015

k

99.75

Ich abonniere den Tages-Anzeiger mindestens 1 Jahr für mich und habe 1 weiteren Abonnenten gewonnen.

Name

Adresse

Der weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Senden an:
Tages-Anzeiger, Verkauf/Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich.
(Legi nicht vergessen.)

8015

k

80.–

Ich abonniere den Tages-Anzeiger mindestens 1 Jahr für mich und habe 2 weitere Abonnenten gewonnen.

Name

Adresse

Der 1. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährl ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 2. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Senden an:
Tages-Anzeiger, Verkauf/Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich.
(Legi nicht vergessen.)

8015

k

60.–

Ich abonniere den Tages-Anzeiger mindestens 1 Jahr für mich und habe 3 weitere Abonnenten gewonnen.

Name

Adresse

Der 1. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 2. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 3. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Senden an:
Tages-Anzeiger, Verkauf/Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich.
(Legi nicht vergessen.)

8015

k

40.–

Ich abonniere den Tages-Anzeiger mindestens 1 Jahr für mich und habe 4 weitere Abonnenten gewonnen.

Name

Adresse

Der 1. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 2. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 3. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 4. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Senden an:
Tages-Anzeiger, Verkauf/Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich.
(Legi nicht vergessen.)

8015

k

20.–

Ich abonniere den Tages-Anzeiger mindestens 1 Jahr für mich und habe 5 weitere Abonnenten gewonnen.

Name

Adresse

Der 1. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 2. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 3. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 4. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Der 5. weitere Abonnent:

Name

Adresse

Student: ☐ ja ☐ nein

Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich

Senden an:
Tages-Anzeiger, Verkauf/Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich.
(Legi nicht vergessen.)

8015

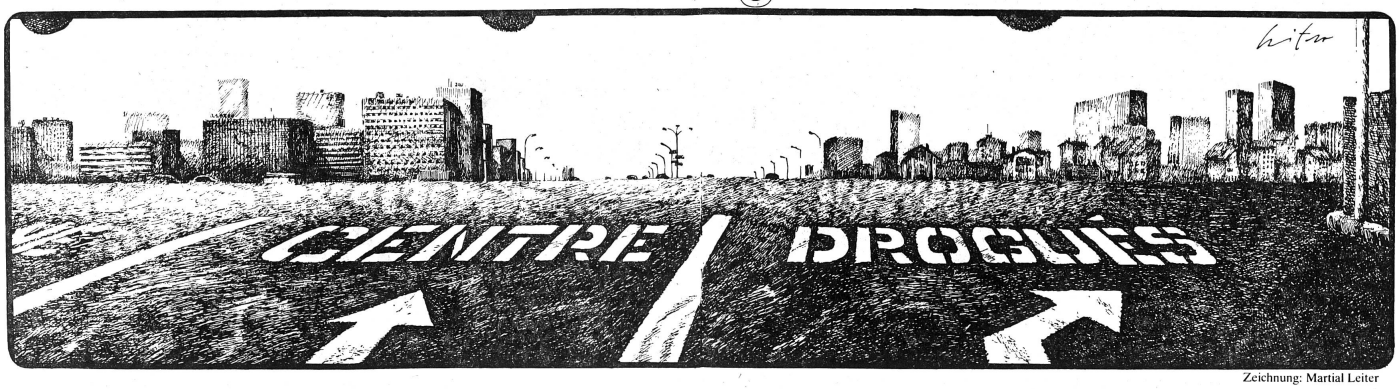
k

0.–

Seiler Zürich BSP

Nehmen Sie den Coupon, den Sie ausgefüllt haben, in die Schere und senden Sie ihn an:
Tages-Anzeiger, Verkauf/Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich.
Nicht vergessen: Legitimationskarte(n) beilegen!

Tages-Anzeiger



Zeichnung: Martial Leiter

Staatsrechtliche Beschwerde betreffend «Rechtsgleichheit im Drogenkonsum» vor Bundesgericht

Shit auf dem Rechtsweg

Von Liselotte Suter

Neueren psychosozialen Erkenntnissen folgend, werden heute auch Eltern von Drogenkonsumenten «mitbetreut». Walter Portner aber, Vater eines wegen Haschischkonsums und -handels zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilten Sohnes, will keine Hilfe, kein Mitleid und kein Verständnis, sondern kämpft verbissen um «Rechtsgleichheit im Drogenkonsum». Warum werden etablierte Drogen wie Nikotin und Alkohol gesellschaftlich sanktioniert, die «Jugenddroge» Hasch aber wird verfolgt wie ein Verbrechen? Vater Portner rebelliert – auf dem Rechtsweg.

Der *Rechtsstaat* – für viele ist er nach wie vor mehr als das, was die Polizisten bei der Demo krampfhaft hinter ihren geflochtenen Schildern verstecken: nämlich d e r Ort in unserer Gesellschaft, wo erlittenes Unrecht wiedergutgemacht, gesühnt werden soll. Zum Beispiel für Walter Portner. *Er* kämpft nicht mehr nur um sein Recht, sondern um *Gerechtigkeit* schlechthin; er verlangt nicht mehr nur korrekte Anwendung der bestehenden Gesetze, sondern *objektive Wahrheitssuche* – und erfährt: für so was ist unsere Rechtsprechung nicht ein«gerichtet».

★

Am 25. August 1980 – im Publizitätsschatten der Jugendbewegung – wird am Obergericht Zürich das Urteil gefällt: Daniel Portner, 1958, Sohn des Walter Portner, wird wegen *«wiederholter und fortgesetzter Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz»* zu *«dreieinhalb Jahren Gefängnis abzüglich 124 Tage Untersuchungshaft»* verurteilt. Daniel Portner, der eigentlich professioneller Schlagzeuger hatte werden wollen, sitzt jetzt seit acht Monaten in Regensdorf, *«seines sozialen Status und der Freiheit beraubt»* (Vater Portner). Weil er zur falschen Droge gegriffen hat: Alkohol und Nikotin sind gesetzlich zugelassene «Genussmittel», werden ziemlich ungehindert konsumiert und gehandelt. Cannabis hinegen ist ein *«Betäubungsmittel im Sinne des Gesetzes»*, gehört zu den paar Dingen in unserem Alltag, die – laut Bundesverfassung (Art. 69bis) – *«das Leben und die Gesundheit gefährden können»*.

Der Obergerichtsreferent, der ruhig *«in Anwesenheit einer jungen, hochschwangeren Frau»* (W. Portner) eine Zigarette nach der andern inhaliert, während er Daniel Portner der «Gefährdung der Gesundheit vieler» beschuldigt – das ist die Art Ungerechtigkeit, gegen die Walter Portner rebelliert. Doch nicht als Sprayer. «Legalize it» und «Gras macht Spass»-Sprüche passen nicht zu dem gesetzten Mann, ehemals Landwirt, gelegentlicher Weissweingeniesser. Walter Portner kämpft verzweifelt, aber demokratisch, spannt als Sekretär für «Rechtsgleichheit im Drogenkonsum»* Rechtsanwälte, Politiker und Journalisten für seine Anliegen ein, schreibt selber Leserbriefe und Beschwerden «betr. Daniel Portner», mit der hartnäckigen Ungeduld des Nochnichtresignierten will er *«Justice now»* erzwingen.

★

Sogar Gesetze zeigen – über Generationen hinweg gesehen – eine merkliche Entwicklung. Heute, wo jede gesetzliche Regelung der Alkohol- und Zigarettenwerbung («Guttemplerinitiative») als Einschränkung der Handels-, Gewerbe- und Konsumentenfreiheit abgelehnt wird, ist es nicht mehr als ein historisches Anekdötchen, dass 1691 in Lüneburg blosses Tabakrauchen die Todesstrafe nach sich zog. So könnte es ja auch mal den Cannabisprodukten ergehen: Immerhin ist die älteste der bekannteren wissenschaftlichen Untersuchungen, welche die relative Harmlosigkeit von Haschisch belegen, auch schon bald 100 Jahre alt: Von 1893/94 stammt der *Bericht der Indischen Hanfdrogenkommission;* seitdem gab es immer wieder ähnlich lautende Gutachten, vor allem aus Grossbritannien und den USA. Und falls Marihuana auf die nüchternen Schweizer anders wirken sollte: Auch hierzulande wiesen die *Professoren Uchtenhagen, Kielholz und Ladewig* im Juni 1978 zuhanden des Zürcher Obergerichts nach:

1. Haschisch ist keine Einstiegsdroge zu stärkeren Rauschmitteln.
2. Haschisch ist weniger schädlich als Alkohol und Nikotin.
3. Haschisch ist bei normalem Konsum relativ harmlos.

Sogar eine institutionell so abgesicherte Stelle wie das *Bundesamt für Gesundheitswesen* hält in seinem «Jahresbericht 1980 der Kantone über die präventiven und therapeutischen Massnahmen in der Drogenhilfe» fest: « . . . *Nach wie vor wird auch viel Marihuana und Haschisch geraucht, wobei diese Konsumentengruppen kaum oder nur selten gesundheitsrelevante Probleme stellen.»*

Das Bundesgesetz über Betäubungsmittel vom 3. 10. 1951 ist also kaum mehr auf dem neuesten Stand. Die Legitimationsbasis des Gesetzes, dass Cannabis zu den *«abhängigkeitserzeugenden Stoffen und Präparaten»* gehört, lässt sich kaum aufrechterhalten – jedenfalls nicht, wenn man zur gleichen Zeit die erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten bereitwillig duldet, welche Brauch und Missbrauch von Alkohol jedes Jahr verursachen. Doch solche grundsätzlichen Überlegungen müssen den einzelnen Richter bei der Ausübung seines Amtes herzlich wenig kümmern. Er wendet seine Gesetzesparagraphen an wie schlechte Köche ein verbrauchtes Rezept. Oder wie Lehrer ihre Notenskala.

★

Walter Portner jedoch zählt auf die Einsicht der Staatsanwälte und Richter. *«Das sind doch intelligente, gebildete Menschen, welche die Resultate der Wissenschaft aufnehmen und verarbeiten. Die müssen doch einfach sehen, dass das mit der Gesundheitsgefährdung von Haschisch nicht erwiesen ist.»* Und: *«Die können doch nicht auf solch wackeliger Rechtsgrundlage die Existenz eines jungen Menschen ruinieren.»*

In den Augenblicken, in denen Vater Portner realisiert, dass die Herren Juristen das sehr wohl können, dass der Strafvollzug nicht eine Sache der Vernunft ist, wird er hart, verbissen: *«Diese Beamten nützen ihre vorteilhafte Position dazu aus, berufliche Erfolge zu erzielen, indem sie sich die Notlage Schwächerer zunutze machen. Von Pflichterfüllung kann in solchen Fällen nicht die Rede sein.»*

«Doppelbödige Rechtsmoral oder Zerbröckelung der Rechtsstaatlichkeit?, das ist die Frage». Jedenfalls für Walter Portner, nach seinen bzw. seines Sohnes hautnahen Erfahrungen mit der Justiz. Und er schreibt in seiner frischen Enttäuschung gleich ein 39seitiges *«Exposé mit Beweisen.»* Wenn man die darin geschilderten Zustände mit den zumindest im letzten halben Jahr in Zürich üblichen Rechtshandlungen vergleicht, ist es keineswegs das Werk eines Eiferers: Unklare Verhältnisse bei der Verhaftung, Irreführung bei der Einvernahme, Verweigerung von Protokollen, Behinderung, gar Bedrohung des Verteidigers – das beinah schon gewohnte Bild von «Jugendprozessen». Wenn sich der Vater einschaltet wie im vorliegenden Fall, wird auch er von der «Behandlung» nicht ausgenommen: In schnoddrigem Ton belehrt ihn der zuständige Bezirksanwalt Bötschi am Telefon: *«Ich kann Ihnen noch eine Illusion nehmen. Wenn ein Täter geständig ist, dann werden die Akten in der Regel gar nicht mehr richtig gelesen, weil der Richter überhaupt keine Veranlassung mehr hat, grosse, dicke Akten ‹durezwurschtle›.»* Für Walter P. bricht die heile Rechtswelt zusammen: *«Damit gesteht er* (der BA, die Red.), *dass sich die Richter nicht die Mühe nähmen, objektiv der Wahrheit nachzuforschen . . . Gemäss Art. 31 der Strafprozessordnung müssen die Untersuchungsorgane den entlastenden Tatsachen mit der gleichen Sorgfalt nachforschen wie den belastenden.»*

Schön wär's. Der obenerwähnte BA Bötschi in demselben Telefongespräch: Es sei für einen Angeschuldigten sehr schwer zu beweisen, dass durch Beamte die Strafprozessordnung und das Dienstreglement vorsätzlich missachtet würden.

Doch so schnell krebst Portner nicht zurück. Letzten Sommer hat er gegen die betroffenen Beamten ein Disziplinarverfahren beantragt. Die Antwort steht noch aus . . .

★

Wird jemandem auf dem Rechtsweg Unrecht getan, und er gibt nicht auf, so hat er es fortan als Laie mit Profis zu tun. Zwar gibt es ungezählte Rekursmöglichkeiten, und die werden auch rege genutzt. Aber oft verschwinden die Reklamationen unbeantwortet in den Schubladen, und fragt man nach, so hat irgendein juristischer Formfehler den Empfänger dazu berechtigt, sich der inhaltlichen Auseinandersetzung zu entziehen. Der Rekurrierende fühlt sich einmal mehr – wenigstens moralisch – ins Unrecht versetzt . . . Die Sache kann von vorn beginnen, und ändern tut sich nichts, ausser dass die Verfahrenskosten steigen, die Verbitterung zunimmt und das Recht sich einmal mehr behauptet.

★

Walter bzw. Daniel Portners Begehren für *«Rechtsgleichheit im Drogenkonsum»* ist jetzt an höchster Stelle angelangt: vor dem *Bundesgericht.* Am 24. März wurde eine *staatsrechtliche Beschwerde* eingereicht, 13 Seiten, auf denen nochmals in aller Ausführlichkeit dargelegt wird, warum die Unterstellung von Cannabis unter das Betäubungsmittelgesetz unsinnig ist:

● Alkohol wird gesetzlich als «Genussmittel» eingestuft (und entsprechend behandelt), *Cannabis* hingegen als *Betäubungsmittel*, obwohl die gesundheitliche Gefährdung von Hasch wissenschaftlich längst weit umstrittener ist als die von Alkohol.

● Wenn man von den Berechnungen in andern Ländern (USA, Niederlande) ausgeht, wird nur etwa *1 Prozent der Cannabisproduzenten gerichtlich erfasst.* Die glücklichen 99 Prozent, die ihr Pfeifchen still und zufrieden vor sich hinschmauchen können, sollten eigentlich auf die relative Harmlosigkeit der Cannabisprodukte hindeuten . . .

● In der Schweiz gibt es schätzungsweise 630 000 Cannabiskonsumenten und etwa 5700 schwer Drogenabhängige. Zwingend kann also der Übergang von Hasch auf H(eroin) nicht gerade sein.

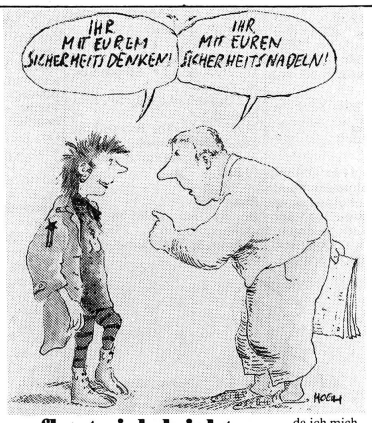
● Um sich auch nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 zu 50 mit Hasch totzudopen, müsste ein erwachsener Mensch gegen *2½ Kilogramm aufs Mal* konsumieren. Woher nehmen . . .?

Die heutigen Haschischgesetze, heisst es in der Beschwerdeschrift, würden gegen Art. 4 der BV – *«Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich»* – verstossen und einseitig die Cannabiskonsumenten diskriminieren: *«Das Beispiel von Alkohol, als schädigend gegenüber der allgemeinen Wohlfahrt und dennoch hinsichtlich des Umgangs und Konsums zugelassen, ist beileibe nicht das einzige; zur Familie der zugelassenen, jedoch gegen die allgemeine Wohlfahrt wirkenden Stoffe oder ‹Gebrauchs- bzw. Genussmittel› kann man, je nach Ansichtspunkt, viele andere mehr zählen: mitunter Tabak, Süssigkeiten, gewisse Lebensmittel und chemische Lebensmittelzutaten und nicht zuletzt das Konsumgut Fernsehen; alle diese haben es in sich, Sucht zu erzeugen, und können süchtig und gegebenenfalls abstumpfend wirken.»*

Dass Gesetze dem kulturell-gesellschaftlichen Phänomen Sucht kaum je beizukommen vermögen, ist eine schöne Einsicht – die aber dem schweizerischen Bundesgericht bis auf weiteres verschlossen bleiben wird. «Nach erster Prüfung» hat jetzt die oberste Gerichtsbehörde die unentgeltliche Rechtspflege *«wegen Aussichtslosigkeit der Beschwerde»* abgelehnt und für die weitere Behandlung vorerst 600 Fr. Vorschuss verlangt. Lausanne ist wohl eine Sackgasse. Irgendwann werden die Herren höflich zurückschreiben: «. . . mit Bedauern . . . feststellen zu müssen . . ., dass die Schweiz keine eigentliche Verfassungsgerichtbarkeit kennt . . . Im übrigen verweisen wir auf die Paragraphen . . .» Inzwischen hocken Daniel Portner, der Hasch halt nicht nur konsumiert, sondern auch gehändelet hat, und ein paar andere, die Pech gehabt haben, weiterhin im Loch. Daniel für 3½ Jahre, wie ein gewerbsmässiger Betrüger sehr hoher Beträge oder wie nach einem Totschlag.

Walter Portner und ein paar Unentwegte kämpfen draussen weiter für Öffentlichkeit, für Einsicht, für Toleranz – für eine der vielen Minderheiten, für die es kein Recht gibt.

* Sekretariat für Rechtsgleichheit im Drogenkonsum, Fach 9017, 8050 Zürich.



rechts pflegt sich leicht

neulich
als ich zum zwecke
der reinigung
eine flasche
benzin
von der tankstelle
mit nach hause trug
wurde ich
verhaftet

mit der begründung
ich hätte diesen
molotowcocktail
irgendwo
bei irgendwem
in die villa
schmeissen wollen
nach einer woche haft
entliess man mich
ohne entschuldigung
und meine klage
gegen diese verhaftung
wurde abgewiesen
mit der begründung
durch das herumtragen
einer bezinflasche
hätte ich
die verhaftung
selber verschuldet

letzthin
als mich meine frau
an der strassenecke
bei der bank
erwartete
wurden wir
verhaftet

mit der begründung
wir hätten
an der vorbereitung
eines raubüberfalls
auf ebendiese Bank
teilgenommen
nach schon vierzehn
tagen haft
wurden wir
wieder freigelassen
wir waren froh
darüber und
erhoben keinerlei
einsprache

vor kurzem
als ich in der epa
ein neues brotmesser
aus edelstahl
erstand
wurde ich
auf dem weg
nach hause
verhaftet

mit der begründung
ich hätte mich auf dem
weg befunden
vermutlich
jenen polizeileutnant
anzufallen
der mich schon
zum
drittenmal
verhaften liess

die drei wochen haft
gingen schnell vorüber
eine busse von
200 franken
wegen
irreführung
der rechts
pflege
bezahlte ich sofort

jetzt sitze ich
schon wieder
da ich mich
nach der letzten
haft
zwei wochen
nicht mehr aus
dem haus
gewagt
habe

begründung der rechts
pflege:
angeblich wäre ich
mit der planung
irgendeines
komplotts
beschäftigt
gewesen

da es nun
das viertemal
ist
dass ich mit der rechts
pflege
wegen
terroristischer
umtriebe
in konflikt gerate
ist es gemäss
protokoll
ebendieser rechts
pflege
an der zeit
mich
in
sicherheitshaft
zu nehmen
da ich
offensichtlich
und
vermutlich
wahrscheinlich
ein
gefährlicher
wiederholungstäter
sei

adrian ruckstuhl

Grafik: Eugen Bisig

Zürich . . .

Folk
Mi, 3. Juni, 20.15 h, im Restaurant «Linde», Universitätstr. 91: Folk Club Züri presents: die flämische Folk-Formation «Rum».

Literatur
Do, 4. Juni, 20 h, in der Paulus-Akademie, Carl-Spitteler-Str. 39: Hugo Loetscher liest aus «Wunderwelt. Eine brasilianische Begegnung».

Filmpodium
Kino Walche, jeweils 17, 19, 21, 23 h, neue deutsche Filme:
Do, Fr, 4./5. Juni: «Zwischen zwei Kriegen» von Harun Farocki.
Mo, Di, Mi, 8./9./10. Juni: «Die Reinheit des Herzens» von Robert van Ackeren.
Do, Fr, 11./12. Juni: «Endstation Freiheit» von Reinhard Hauff.
Sa, So, Mo, 13./14./15. Juni: «Berlin Chamissoplatz» von Rudolf Thome.
Ab Mitte Juni täglich im Studio Commercio: «Bildnis einer Trinkerin» von Ulrike Ottinger.

Italienische Lieder
Do, 18. Juni, 20.15 h, im Gemeinschaftszentrum Wipkingen: Das Collettivo Teatrale Operaio spielt Arbeiter-, Frauen-, Dialektlieder.

Barbara Thompson
Mo, 22. Juni, 19.30 h, Open Air, Polyterrasse ETH (bei schlechtem Wetter in der Mehrzweckhalle ETH): Barbara Thompson in concert.

. . . und Umgebung

Maur: Festival 81
Sa, 13. Juni, ab 14 h: Festival mit Musik, Autorenlesungen, Theater und einer Ausstellung «Peinture et poésie». Mit «Antonello Salis Sextett», Sardinien, «Reinhardt Stumm Quintett», BRD, Carlos Santos, Spanien, und Clownereien von Laienartisten.
Sa, 13. Juni, 20.30 h, in der «Alten Mühle»: «Galgevögel», Mundart-Rock.

Veltheim: Aller Gattung
Gasthof «Bären»:
Fr, 5. Juni: Lothar Pommerenke, deutsche Lyrik.
Sa, 6. Juni: Notalgie- und Wunschdisco.
Sa, 13. Juni: «Peeping Tom», Rock 'n' Roll.
Sa, 20. Juni: «Morphophon Musik», engagierte und poetische Lieder in Brienzerdeutsch.
Sa, 27. Juni: Alberto Perez, neue chilenische Lieder.

Baden: Spatziges
Fr, 19. Juni, 15 und 20.15 h, im Claque-Keller: «Strititis» von und mit «Spatz & Co.»
Sa, 20. Juni, 10, 15, 20.15 h, im Claque-Keller: «Blyb bi dir» von und mit «Spatz & Co.» (ebenso am So, 21. Juni, 10 h).

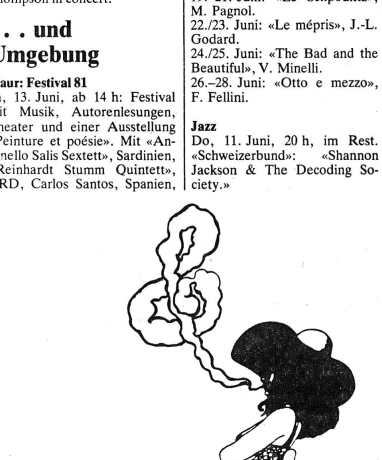
Brugg: Theater
Fr, 26. Juni, 20 h, im kantonalen Lehrerseminar: «Günz, Mindel, Riss und Würm», gespielt vom Theater Momo, Etzgen.

Bern . . .

Smoke-in
Sa, 6. Juni, 14 h: Smoke-in auf dem Bundesplatz.

Kellerkino
Täglich um 18.30 h und 20.30 h, Fr und Sa Nachvorstellungen um 22.30 h im Kellerkino:
9./10. Juni: «La Signora senza camelie» von M. Antonioni.
11./12. Juni: «La nuit américaine», F. Truffaut.
13./14. Juni: «Warnung vor einer heiligen Nutte», R. W. Fassbinder.
15./16. Juni: «Sunset Boulevard», B. Wilder.
17./18. Juni: «Amator», K. Kieslowski.
19.–21. Juni: «Le Schpountz», M. Pagnol.
22./23. Juni: «Le mépris», J.-L. Godard.
24./25. Juni: «The Bad and the Beautiful», V. Minelli.
26.–28. Juni: «Otto e mezzo», F. Fellini.

Jazz
Do, 11. Juni, 20 h, im Rest. «Schweizerbund»: «Shannon Jackson & The Decoding Society.»



«Morphophon Musik», Schweiz, «Andreas Vollenweider und Fründ», Schweiz, «Suonofficina», Sardinien. Autoren: Maria Lutz-Gantenbein, Christoph Kuhn, Robert Peterhans, Silvio Blatter, Elvira Marazzi, Martin Hamburger. Theater: «Circo Palaveri», «Lukkys Zauberkabinett».

Männedorf: Sexualität
Sa, So, 13./14. Juni, im Evang. Tagungszentrum Boldern: Tagung über «Sexualstrafrecht – auch in Sachen Homosexualität».

Aargau

Merenschwand: Lumpereien
Fr, 5. Juni, 20.30 h, in der «Alten Mühle»: «Il più piccolino circolino del mondo», Akrobatik
Mi, 17. Juni, 20 h, im Hotel «National»: «Dexter Gordon Quartet».

Musik, Musik
Die Kulturstelle der Uni Bern organisiert:
Fr, 12. Juni, 20.15 h, im «Schweizerbund»: Hambühl-Musig, Mahavishnu.
Di, 16. Juni, 20.15 h, im «Schweizerbund»: «Suonofficina», Volksmusik aus Sardinien.

. . . und Umgebung

Langenthal:
Zirkus und Travestie
Im Chrämerhuus:
Fr, 12. Juni, 20 h: Raphaels Show «Uferlos», danach Tanz mit einer Salsa-Band.
Sa, 13. Juni 15 h: «Zirkusluft – Zirkusluft» für Familien mit Kindern (auch am So, 14. Juni, gleiche Zeit).
Sa, 13. Juni, 20 h: «Stuzzicadenti» mit der neuen Performance «Blaue Bohnen – heisst Luft», danach Tanz mit einer Steel-Drum-Band.
So, 14. Juni, 20 h: «The Vienna Art Orchestra» von Mathias Rüegg (vgl. «konzept» 5/81).

Basel . . .

Musik und Kabarett
«Kaffihuus zum Isaak», Münsterplatz 16:
Mi, 3. Juni, 20.15 h: Jazz mit Art Lande, Piano, P. McCandless, Oboe, D. Samuels, Vibr.
Sa, 6. Juni, 20.15 h: W.-A.-Mozart-Kammermusikabend.
Do, 11. Juni, 20.15 h; Sa, 13. Juni, 20,15 h; So, 14. Juni, 10.30 h: Jazz mit V. Biesenbender, Violine, J. von Drogenbrock, Piano, B. Palm, Drums.
Mi, Do, 17./18. Juni, 20.15 h: Der Komponist R. Meyers, USA, spielt aus seinen Werken für Sologitarre.
Sa, 20. Juni, 20.15 h: «Stocker's Lachzigerkabinett».
Fr, 26. Juni, 20.15 h: Dovland-Mobley, Lieder zu Lautenklängen.
Sa, 27. Juni, 20.15 h: Lautenabend mit Y. Imanura (Bach, Händel, Kohaut).

Kulturwerkstatt Kaserne
Fr, Sa, 5./6. Juni, jeweils 20.30 h: Laurie Booth/Miranda Tuffnell, Contact Improvisation.
Di, 9. Juni, 20.30 h: Im Rahmen der Ausstellung «Kultur aktiv in alten Gebäuden». Gespräch am offenen Mikrophon mit allen Interessierten aus dem Kultur-, Bildungs- und Sozialbereich zum Thema «Was für eine Kultur brauchen wir?»
Do, 11. Juni, 15.00 h: «Bobibibifax Compagnie», Kindertheater: «S Loch oder de Mosul met em steinerne Härz».
Fr, 12. Juni, 20.30 h: «Vagabu», Figurentheater: «Wüsche macht selig».
Sa, 13. Juni, 14.00 h: «Bobibibifax Compagnie», Kindertheater: «S Loch oder de Mosul met em steinerne Härz».
Mi, 17. Juni, 20.30 h: «Mit», Basler Jazz mit Alex Buess, Alfred Zimmerlin, Felix Bopp und Kunud Remond.
Do, 18. Juni, 20.30 h: «Anna Furse», Traditional Identity.
Fr, 19. Juni, 20.30 h: G.-Hoffmann-Soto, Dance Performance aus San Francisco.
Sa, 20. Juni, ab 18 h: «Kulturwerkstatt-Fäscht!» mit viel Musik, Theater, Tanz, Essen, Trinken etc.

Tourismus
Mi, 17. Juni, 9.30–17 h, im Projektsaal, Missionsstr. 21: Arbeitstagung, organisiert vom Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung zum Thema «Trekking in Nepal – mehr Schaden als Nutzen?» Mit Kurzreferaten und Diskussionen.

Barbara Thompson
So, 21. Juni, 20 h, im Gundeldinger Casino: Barbara Thompson.

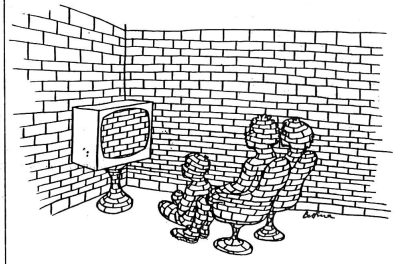
. . . und Umgebung

Riehen: Figurentheater
Mi, Do, 3./4. Juni, 20.15 h; Freizeitanlage Landauer, Bluttrainweg 12: Figurentheater «Vagabu» spielt «Wüsche macht selig».
Mi, Do, 10./11. Juni, 20.15 h, im Meierhof, Kirchstr. 20: «Wüsche macht selig».

Ostschweiz

St. Gallen: Open-air-Festival
27./28. Juni (in Abtwil (b. St. Gallen): 5. Open-air-Festival mit Jazz, Rock, Blues und Folk und Kaberett. Mit «Lazy Poker Blues Band», «Irrwisch», «Polo Hofers Schmetterding», «Beau Katzmann Gang», «Vic Vea», «Betty Legler», «Maloo», «Mano», «George Gruntz», «Escola de Samba Sao Gallo», «Cargo», «Räms», «Marco Zappa und Joachim Rittmeyer».

Sommeri:
Im Thurgau bewegt sich was
Jeden zweiten Freitag, 20 h, treffen sich im «Löwen», Sommeri, Mitglieder und Sympis der Kritischen Alternative Thurgau (KAIT). Beteiligt sind vor allem Aktive aus der Region Kreuzlingen, Amriswil, Romanshorn, Weinfelden, Arbon. Zu verschiedenen Themen haben sich Arbeitsgruppen gebildet.



Mo., 8. Juni, 20 h, SRG
Für Musicalanhänger: «Singin' in the Rain» (1952) mit Gene Kelly, Stanley Donen u. v. a.

Mi., 10. Juni, 20 h, SRG
«Gleiche Rechte für Mann und Frau», Befürworter und Gegner diskutieren live mit Publikum aus Olten.

Mi., 10. Juni, 19.50 h, Südwest 3
«Susan Lenox», amerikanischer Spielfilm von Robert Z. Leonard (1931) mit Greta Garbo und Clark Gable.

Mi., 10. Juni, 22.40 h, ZDF
Theater der Avantgarde: «Generalprobe», Film von Werner Schroeter. Schroeter besuchte 1980 das Festival von Nancy, das Treffen vieler internationaler Experimentiertheater und Underground-Gruppen. Er realisierte einen anderthalbstündigen Phantasiefilm: Szenenausschnitte, persönliche Gespräche, Musikeindrücke, Bilder aus dem Theater.

Fr., 12. Juni, 22.45 h, SRG
«Rashomon», japanischer Spielfilm von Akira Kurosawa (1950): Viermal wird dieselbe Geschichte erzählt, doch jedesmal ist sie anders. Am Ende steht fest: Die absolute Wahrheit gibt es nicht.

Fr., 12. Juni, 20.15 h, ARD
«Schicksal aus zweiter Hand», Spielfilm von Wolfgang Staudte (1949).

Sa., 13. Juni, 22.05 h, ARD
«Der Frauenmörder von Paris» (orig. «Landru»), Spielfilm von Claude Chabrol (1962).

Di., 16. Juni, 22.35 h, SRG
«Hat ein Schweizer Schwierigkeiten mit seiner Literatur?» Eine Podiumsdiskussion mit Manfred Gsteiger, Charles Linsmayer, Peter von Matt, Reinhardt Stumm und Werner Weber (Literaten).

Mi., 17. Juni, 21.05 h, SRG
«Kamera 81 – Internationales Filmfestival Cannes»: Marcel Boucart und Wolfram Knorr dokumentieren neue Tendenzen im amerikanischen Film.

Fr., 26. Juni, 22.15 h, SRG
«Catch 22», amerikanischer Spielfilm von Mike Nichols (1970).

Fam. mit kleinem Kind sucht ab Sept. in Zürich u. Umgebung 3-Zimmer-Wohnung, evtl. in Bauernhaus. Sehr erwünscht wäre auch Hausgemeinschaft mit Kindern. Tel. (061) 25 34 56.

Ich suech es Zimmer inere läbige WG i de Region Bülach–Eglisau und Umgäbig. Richi, 26j., Tel. P. (01) 301 02 81, Arbeit: (01) 860 11 87

Wir sind z. Z. 9 Personen (davon 1 Fam. mit 2j. Kind), die in der Umgebung von Basel nach neuen Wohnmöglichkeiten suchen. Welche Erwachsenen mit Kleinkind(ern) möchten uns bei der Planung und Suche helfen? (061) 97 95 04.

Vermiete in Zürich ab Ende Juni bis Oktober 81 **Zimmer (160 Fr. inkl.).** Dusch- und Kochgelegenheit! Tel. (01) 44 03 54 (Mo.–Do.), sonst (061) 49 35 20, Charly.

Liebe Kreuzworträtsler,
ich muss Sie leider ein weiteres Mal enttäuschen. Angesichts der völlig anders gelagerten Denkanforderungen in der Vorbereitung der «WochenZeitung» war es mir ganz einfach unmöglich, Zeit zu finden, vergnüglich um die Ecke zu denken. Hier wenigstens wie versprochen die Lösung des letzten Rätsels, bei dem sich (wie alle Löser herausgefunden haben) bereits stressbedingte Fehler eingeschlichen hatten: *Die «WochenZeitung» (WoZ) ist geplant, und zwar durch «das konzept» auf Oktober 81. Was meint wohl der Riese Ringier mit seiner «Woche» zu dieser Nachricht?* – Nun, bis jetzt meinte er noch gar nichts, wogegen wir mit den Vorbereitungen bestens vorankommen: Am 1. Juli erscheint die Null-Nummer. Und dann geht's los ab Herbst. Denken Sie daran, frühzeitig zu abonnieren. Nicht dass dann plötzlich in der Kartei kein Platz mehr für Sie vorhanden ist . . .

Sie können bei uns Informationen beziehen, falls Sie einen Schwangerschaftsabbruch in Betracht ziehen müssen. Soeben haben wir die Dokumentation neu überarbeitet (Dez. 1980). Sie finden darin Angaben über Ärzte und Kliniken im In- und Ausland sowie weitere Informationen zum Thema Schwangerschaftsabbruch und Empfängnisverhütung.
Die Unterlagen können Sie bei der Redaktion gratis beziehen gegen ein adressiertes und frankiertes Antwortcouvert.

Deutschschweizer Familie sucht für einjährigen Aufenthalt in Kalifornien **die Begleitung einer jungen Frau als au pair,** ab Okt. 81. H. R. Zumbrunnen, rue Louis-Cholet 6, 1700 Freiburg, (037) 22 23 88.

Hast Du (weibl., 25–35) das Alleinsein ebenso satt wie ich? Ich (34, Lehrer) suche eine **Freundin zum Gernhaben.** Raum Bern–Biel–Solothurn. Brief mit Photo an Chiffre A670.

Welche intelligente Frau denkt wie ich (m./39), dass **Erotik auch als befreiende Abwechslung ausgeübt** bezaubern und beglücken kann? Ich freue mich auf Deinen Brief! Chiffre B671.

Erwartest Du von einer Beziehung auch Wärme, Zärtlichkeit und die Bereitschaft, aufeinander einzugehen? Bist Du eine Frau, die bereit ist, **immer wieder konsequent in Frage zu stellen?** Dann würde ich (m./28/167) Dich gerne einmal kennenlernen: Vielleicht kommt bei uns der Wunsch auf, uns näher aneinander heranzutasten. Mein Steckbrief: unangepasst und mit vielem unzufrieden, getragen vom Bedürfnis nach Veränderung im persönlichen und gesellschaftlichen Bereich, eher introvertiert und unmännlich (Raum Basel). Chiffre C672.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung
Gratis-Reisepartnersuche

Max. 35 Wörter (Schreibmaschine) an: das konzept, *Reis mit,* Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. (Keine kommerziellen Inserate, Chiffre-Inserate siehe Rubrik «Kontakt».)

Ich (26/180, berufstätig) suche für meinen **Griechenlandaufenthalt** (Mitte-Ende Juli) eine Ferienpartnerin (20–30). Neben der Kultur möchte ich mich vor allem der Gemütlichkeit widmen. Meine Adresse: Jean-Paul Dietrich, Alfons-Aeby-Str. 14, 3186 Düdingen, Tel. (037) 43 22 71.

Die RS erwartet mich, aber vorher will ich noch einmal zuschlagen: **2 Wochen Frankreich mit Velo und/oder Zug** im Juni. Mit meinem Kollegen suche ich noch Reisebegleiterinnen. Herbert Marchesi, Wartstrasse 20, 8400 Winterthur, (052) 85 11 11, int. 2917, oder Privat (052) 22 78 15.

Suche für **Holland-Tramp (Amsterdam)** Reisepartner(in). 25. 7. bis 9. 8. 81. Renate Züger, Brandgrubenstr. 24, 8610 Uster.

Liebst Du den Süden, das Meer, die Natur und die Freiheit? Diskutierst Du gerne? Einem aufgeschlossenen Studenten fehlt eine sympathische Partnerin zur **Planung der gemeinsamen Sommerferien.** PW vorhanden. Melde Dich ab 20 h unter (061) 25 65 48 (Thilo).

Nepal! Ich (Frau, 29) habe vor, ab Okt. 81 bis ca. Dez. 81 Nepal per Bus, evtl. Flugzeug, hauptsächlich aber durch «Trekking» kennenzulernen. Suche Frau, Mann oder Paar zum Mitreisen. Tel. BRD, Hamburg, (040) 491 64 43.

Wer möchte mit mir (w., 16) für 2 Wochen zwischen dem 6. 7. und 8. 8. 1981 nach **Sardinien** oder sonst ans **Mittelmeer** verreisen? Ich bin unternehmungslustig, faulenze aber auch gerne ab und zu. Antwort bitte mit Photo. Gabi Grimm, Johannisburgstr. 8, 8700 Küsnacht ZH.

Wer hat Lust, im Juli mit mir in Dubrovnik (Jug.) 2 Wochen FKK-Ferien zu verbringen? Ich bin ein 16½ Jahre altes Mädchen. Meine Adresse: Martina Sonns, Illnaustr. 22, 8307 Effretikon.

Ich (24, m.) suche Begleiter(in) für **Kanada–Alaska-Reise** vom 11. 7. bis 3. 8. 81. Reise (mit gleichaltrigen Schweizern) wird vom SSR organisiert. Kosten insgesamt ca. 4500 Fr. Melde Dich bitte bei G. Huser, Wartstr. 32, 8400 Winterthur.

Suche Begleiter(in) für eine Reise nach den **USA** und evtl. **Kanada,** dies für Ende Juli für etwa neuen Wochen (4. Okt.). Ich, René, bin 23jährig und zu erreichen über Tel. (061) 41 41 92.

Wer kommt ab Mitte September für 2–3 Monate mit nach **Australien/Neuseeland?** Telefoniere mit Geduld ab 18 Uhr! Urs (26), (01) 361 73 06.

Bruno (44/176) sucht nette Ferienpartnerin nach **Spanien** für Juli–August. Tel. (057) 6 87 21 od. Postfach 20, 5610 Wohlen 2.

Ich hab' wenig fixe Ideen – Spektrum **von USA/Kanada bis Griechenland.** Fix sind nur das Datum (6. 7.–8. 8.) und mein Wunsch, dem Touristenhaufen auszuweichen. Welche(r) aufgestellte(r) Frau/Mann zwischen 26 und 36 kommt mit? Nina (01) 65 35 62 (morgens!).

Wer möchte mit mir kommen, um **dem Winter zu entfliehen?** Ich (23, w.) suche Reisepartner(in) von Ende Herbst 81 bis Anfang Januar 82 für Entdeckungsreise nach Australien. Alles Weitere über Tel. (057) 6 85 65, Privat-, oder Geschäft: Tel. (057) 6 24 00 (Frl. Lanz).

Wer hat Lust, Zeit, Geld, mit mir ab Mitte Juli ca. 4–6 Wochen in die **USA oder nach Kanada** zu reisen? Monika Schmidt, Pad.-Stud., 26 Jahre, Schönbergstr. 105, D-7801 Ebringen, Tel. 076 64/63 04.

Student (22) sucht Reisebegleiter(in) für **England.** Ich möchte 1 Woche trampen und 1 Woche **London** besichtigen. Mai und Juni bin ich bereits drüben: Peter Frey, c/o Farley-Schwaller, Severnleigh, 1 Stoke Hill, Stoke Bishop, Bristol BS 9/1 JE.

Weltreise – Route noch offen – möchte 37j. Lehrerin für Krankenpflege ab September 81 verbinden mit Nachforschungen über die Krankenpflege in den einzelnen Ländern der Erde. Wer Interesse an einer solchen Arbeit hat, melde sich bitte bei Gundula Froeseler, Taborweg 21, D-7750 Konstanz, Tel. 075 31/624 93.

Im Wirrwarr unseres Rechtsdschungels fühlen Sie sich vielleicht etwas weniger hilflos, wenn Sie einen fortschrittlichen Anwalt zu Rate und ins Vertrauen ziehen können. Deshalb haben wir eine Liste von Juristen aus den Regionen Basel, Bern, Genf, Lugano und Zürich zusammengestellt. Telefonisch geben wir Ihnen die Adressen bekannt. Ihr Recht können wir Ihnen nicht garantieren, aber mit einer ernsthaften Behandlung Ihrer Anliegen durch die Anwälte dürfen Sie rechnen.

Telefonieren Sie: (01) 47 75 30.

Die billigsten Kleininserate!

·Kontakt·Wohnen·Markt·

5 Zeilen nur 10 Fr., mit Chiffre 15 Fr. **Jede weitere Zeile 2 Fr.**

Talon an: das konzept, Inserateverwaltung, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. Betrag (10/15 Fr. plus je 2 Fr. pro zusätzliche Zeile) auf Postscheckkonto 80-36651, das konzept, *Inserateverwaltung,* Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.**

Name und Adresse:

Ein Fernsehstück löst moralische Entrüstung aus

Das Sennetuntschi oder was nicht sein darf, ist nicht

Von Marianne Fehr

In den letzten Wochen hat eine Fernsehsendung die Gemüter beschäftigt: das «Sennetuntschi» von Hansjörg Schneider provozierte Hunderte von erbosten Zuschauer(innen)-Reaktionen. Vorab Ausdrücke wie «vögeln» – von sennischer Seite durch männlich gewohnte Gebärden veranschaulicht – verletzten Gefühle von Würde und Moral. Das Schweizer Fernsehen sah sich veranlasst, eine medienkritische Sendung anzusetzen, in welcher sich Erboste, Erfreute, Spezialisierte, Fernsehverantwortliche ausgiebig und aus recht unterschiedlichen Interessenlagern zu Wort meldeten. Wir dokumentieren auszugsweise die Ansammlung der Voten.

Die medienkritische Sendung, eingeleitet mit den anstössigsten Szenen des Stücks, wurde am Montag, 18. Mai, gesendet. In der Wiederholung vom Sonntag, 24. Mai, führte ein Verantwortlicher des Ressorts «Religion und Gesellschaft» an, aus Rücksicht auf die Jugendlichen und die breite Opposition würden die entsprechenden Stellen nicht mehr gezeigt.

Das Stück

Das «Sennetuntschi» von Hansjörg Schneider – die Adaption einer uralten Sage, die in hundertfachen Variationen überliefert ist – spielt in der Wohnstube einer Sennhütte. Drei Sennen leben in einer Gemeinschaft, und sie gehen einander oft auf die Nerven. Gut schweizerisch jassen und saufen sie am Abend. Eines Tages kommt einer der Sennen auf die Idee, die Strohhülle der Chianti-Flasche mit einem Frauengesicht zu bemalen. Der Zusenn konstruiert aus einer Heugabel, Stroh und alten Kleidern eine lebensgrosse Puppe, das Sennetuntschi. Die Sennen steigern sich in sexuelle Phantasien, zotig und männlich ungeschlacht. Über Nacht verändert sich die Puppe. Das Tuntschi hat einen Frauenkörper und beginnt zu reden. Auf den Namen Maria getauft, wiederholt es alles, was die Sennen sagen. Maria lernt nicht nur reden und gehen, sondern auch essen und trinken und erfüllt bereitwillig die sexuellen Wünsche der Sennen. Sie ist das allzeit bereite Sexualobjekt ihrer Herren. Zur Zeit der Alpabfahrt ist Maria dick gemästet – und frech geworden. Der Zusenn Fridolin kommt nicht von ihr los und bleibt. Maria sühnt: Sie nimmt den Ausspruch «D Huut über d Ohre zie und luege, was drunder isch» beim Wort und verlässt das gemeinsame Schlafgemach – die Haut des Zusenns hinter sich her schleifend.

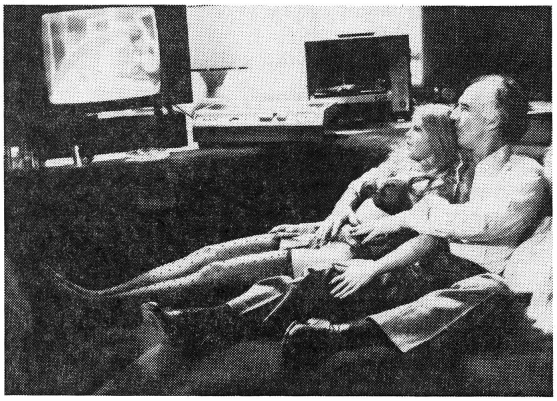
Die Positionen

Hans Künzle: Das ist eine gottlose Sache. Schon dieser Wortschatz. Im Fernsehen dürfte so was nicht gebracht werden. Es ist eine Gotteslästerlichkeit sondergleichen, dass man eine sakrale Handlung – die Taufe – an einem Lustobjekt vornimmt. Das ist furchtbar. Die Hauptkritik geht an Herrn Ammann und Herrn Kündig: Ein solches Stück dürfte nicht gebracht werden.

Silvia Borter: Als ich das Stück gesehen habe, dachte ich: Den Fernsehverantwortlichen möchte ich am liebsten auch die Haut überziehen, um zu schauen, ob da drunter nicht ein bisschen Ehrfurcht, ein bisschen Würde ist, die noch da sein sollte. Mich hat das Ganze verletzt, da ist nichts von Würde drin. Das ist primitiv, abstossend und ekelhaft. Ich hätte nachher kotzen können.

Stephanie Weber: Ich komme nicht von der Religion her. Für mich ist das Volksbrauchtum lächerlich gemacht worden.

Liliane Gschwind: In diesem Stück geht es gar nicht um eine Frau. Es ist ein Tuntschi, das die Männer für ihr Bedürfnis geschaffen haben. Das sind Männerphantasien. Das hat mit mir als Frau, die ich etwas mehr bin als eine heilige Muttergottes Maria und ein reines Lustobjekt, nichts zu tun. Hier sieht man Sachen, die in Männern in Abgeschiedenheit vorgehen. Sachen, die im Militär oder in reinen Männergesellschaften zum Vorschein kommen. Meiner Meinung nach war das etwas überzeichnet, aber das ist auch der Sinn, wenn man etwas dramaturgisch darstellt. Man muss die wichtigen Punkte herausschälen.



Das Fernsehtuntschi (Plastik statt Stroh) aus dem Film «Grandeur nature» von Luis G. Berlanger

Die Nutzungsverantwortung

Ulrich Kündig: Ich habe mir den Entscheid nicht leicht gemacht. Ich habe selbst eine recht zwiespältige Haltung diesem Stück gegenüber. Auf der einen Seite hat es mich bedrängt, beengt, fasziniert, gefesselt und hat mich als Mann getroffen, weil ich da drin Elemente von unserem Wesen gefunden habe, Elemente, mit denen wir selber fertig werden müssen. Auf der andern Seite haben mich gewisse äusseren Kruditäten abgestossen. Das war meine persönliche Reaktion als Kündig und nicht als Programmdirektor. Für mich als Programmdirektor war entscheidend, dass das Stück sicher in einer harten Schale daherkommt, aber im Grunde einen absolut gesunden, positiven Kern hat.

Die Reaktionen in der Öffentlichkeit zeigen, dass wir mit der Wirkung dieses Stücks Schwierigkeiten haben. Die Kritik entzündet sich an einer Oberfläche, an den verbalen Überzeichnungen. Wir haben absichtlich einige Schwellen eingebaut: späte Sendezeit, Hinweise in den Medien. Obwohl wir die Programmverantwortung ungeteilt tragen, trägt der Zuschauer eine Art Nutzungsverantwortung mit, wenn er sich diesem Stück aussetzt.

Die Gefühle

Hannes Steffen: Ich erzähle Ihnen jetzt mal von meinen Gefühlen: Mir schlägt es auf den Magen. Ich bin einer von denen, die noch nicht Abschied genommen haben von aller sittlichen, moralischen und religiösen Würde. Ich bin in meiner ureigentümlichen Würde beleidigt. Sie haben mich als Person verletzt. Sie haben mein Schamgefühl verletzt. Das ist etwas vom Schlimmsten, was einem Menschen passieren kann. Wenn ihm das einige Male verletzt wird, verliert er es. Ich habe mir sagen lassen, dass niemand anders als *Herr Freud* geschrieben habe, wenn ein Mensch das Schamgefühl verliere, sei das die erste Stufe der *Schwachsinnigkeit.*

Stephanie Weber: Man müsste die Fragen der Sexualität nicht an einem alten Stück, sondern mit Menschen der modernen Zeit diskutieren.

Silvia Borter: Mein Vater war Senn. Der hätte das nie gemacht.

Die sog. sexuelle Revolution

August E. Hohler: Wir haben eine sogenannte sexuelle Revolution, die aber nur die Oberfläche ankratzt und tiefer unten gar nichts bewirkt hat, im Gegenteil. Wir reden von diesem Stück, als wäre die Sexualität am Fernsehen eine einmalige Sache. Wir begegnen ihr auf Schritt und Tritt im Alltag. Sie können sich kaum mehr einen Werbespot anschauen, in dem sie nicht offen oder verkappt – Frau als Ware, Sex, Phallussymbole – vorkommt. Wenn schon, soll man das direkt ansprechen.

Hans Künzle: Wir müssen die ganze Problematik von einer grösseren Perspektive aus anschauen. «Sexualrevolution» ist gefallen. Da ist das Monopolmedium Fernsehen nur ein Teil davon. Denken wir an den Expertenbericht zur Revision des Sittlichkeitsgesetzes. Deswegen gibt es unser Aktionskomitee übrigens auch: weil wir jegliche Liberalisierung bekämpfen. Das Fernsehen begünstigt diese Revolution: Wir haben in diesem Jahr bereits vier *Sexfilme* gesehen: *«Jugend und Sexualität»,* wo Masturbation propagiert wird, *«Die Konsequenz»* von Alexander Ziegler, wo die widernatürliche Unzucht der Homosexualität salonfähig gemacht werden will, *«Behinderte Liebe»,* da lässt sich streiten, was dieser Film gebracht hat. Und jetzt das *«Sennetuntschi».* Auch hier ist wieder Perversion vorgekommen, wenn auch nur versteckt. Ja sogar bis hin zum Lustmord. Es scheint, als wäre hier ein System, eine Methode, hinter dieser ganzen Sache. Ich glaube, der Breschnew hat das ganz gut ausgedrückt. Ich zitiere aus einer Rede, die er zum 100. Geburtstag von Lenin gehalten hat: *«Dort im Westen gibt es eine ungeheure Welle der Kriminalität und die dunklen Wirbel der Rauschgiftsucht und Pornographie sowie der pervertierten Gefühle und verstümmelten Seelen. Allein schon der sittliche Verfall im Westen wird mit absoluter Sicherheit den schliesslichen Triumph des internationalen Sozialismus und Kommunismus mit sich bringen.»* Und wenn man noch schaut, welche Wirkungen diese Fernsehsendungen haben: nämlich eine gesellschaftsverändernde Wirkung.

Das rein Politische

Hannes Steffen: Diese Wirkung ist schon eingetroffen. Sie können das in gewissen Verhaltensnormen bei unseren Mitmenschen sehen. Ich denke an den *Nacktmarsch* von gewissen Leuten durch Zürich, das hätte es vor dreissig Jahren nicht gegeben. Der Prozess ist bereits fortgeschritten, und zwar recht weit. Ich bin eben Lehrer und habe als solcher eine Pflicht zu erfüllen. Das macht mir Probleme. Ich habe Schüler, die schauen sich so einen Film von Alexander Ziegler an, und das widerstrebt mir. Das ist politisch und nicht mehr nur Aktivität, Theater, da geht's ins rein Politische. Da wird in einer sehr schweren Weise manipuliert. Ich habe Literatur aus dem Osten studiert. Ausgerechnet im Osten herrscht eine pietistische Sexualmoral. Aus den Fehlern, die die Leute in den zwanziger Jahren im Osten machten, haben sie etwas gelernt und dazu noch etwas festgestellt: Mit dem kann man das Volk kaputtmachen. Hier ist es eine Frankfurter Schule mit Leuten wie *Habermas, Adorno* und *Konsorten,* die uns den gleichen Zauber ins Land hineinliefern. Ziel: Revolution!

Die gesellschaftlichen Hintergründe

August E. Hohler: Wenn wir uns ebenso über die Offiziere, die auf nackte Frauen zielen, erregen könnten wie über diese Sendung, über *«Aktenzeichen: . . . XY»,* über die Degradierung der Frau in der Werbung, wären mal einige Extremfälle ausgedrückt, und dann könnte man dazu kommen, über Sexualität zu sprechen. Was es bedeutet, dass heute die Akzeleration zunimmt, dass also ein junger Mensch sexuell schneller reif wird als früher, dass gleichzeitig die wirtschaftlichen Umstände viel schwieriger sind, als sie früher waren; dass hier ein enormes Spannungsfeld besteht. Wir könnten darüber reden, dass in der gleichen Gesellschaft mindestens fünf bis sieben ganz verschiedene Konzeptionen von Moral und Ethik nebeneinander herlaufen; was im Zusammenleben eine enorme Schwierigkeit bedeutet. Insofern ist es fast unvermeidlich, dass ein solches Stück die unterschiedlichsten Aufnahmen auslöst. Das Interessante an diesem Stück ist nicht das Stück, sondern dessen Aufnahme. Die Aufnahme sagt nichts über das Stück, sondern sehr viel über den Aufnehmenden aus.

Die moralische Verkommenheit . . .

Hannes Steffen: Wir müssen der Ehe wieder Sorge geben. Es ist Mode geworden, dass man einfach zusammenlebt, aber die intimste Form ist halt die Ehe. Dort ist eine Gemeinschaft geistiger, geistlicher und körperlicher Art.

. . . und die Ursachen

August E. Hohler: Ich stelle fest, dass in den letzten zehn Jahren die Zahl der Eheschliessungen ungefähr um ein Drittel zurückgegangen ist, die Zahl der Scheidungen hat ungefähr ums Doppelte zugenommen. Mit moralischen Appellen und moralischen Verurteilungen ist diesem Problem nicht beizukommen. Die Leute sind vermutlich nicht schlechter geworden, die Umstände in der Gesellschaft sind anders geworden. Bevor man ein Ideal der Ehe aus dem 19. Jahrhundert oder noch früher in die heutige Zeit hineinstellen kann, müssen wir fragen, ob die Ehe, wie sie heute praktiziert wird, haltbar ist.

Walter Vogt: Die Ehe ist primär eine Institution und hat mit Sexualität nur bedingt zu tun. Eine Institution u. a. zur Führung eines gemeinsamen Betriebes. Heute stimmt das nicht mehr. Was weiss die Frau eines höheren Beamten schon von seiner Arbeit? Daran scheitern viele Ehen.

Das Positive

Silvia Borter: Wenn das Fernsehen schon etwas zu diesem Thema bringen will, dann bringen Sie doch mal etwas Positives. Es gibt auch im 20. Jahrhundert noch gute Ehen und ein Sexualitätsleben, die mit christlichen Grundsätzen fundiert sind. Und diese Leute sind viel glücklicher als diejenigen, die von einem zum andern springen. Das Fernsehen dient dazu, alles in den Dreck zu ziehen, alles herunterzumachen, und führt langsam, aber sicher unser Volk dazu, zugrunde zu gehen.

Sonja Umiker: Das Fernsehen ist weder gut noch böse, es ist ein Seismograph.

Hans Künzle: Aber ein kaputter.

Der Strassenverkehr und der andere

Walter Vogt: Herr Steffen, Sie sind Mitglied des Komitees für Sitte und Verantwortung, Sie sind gegen die Revision des Strafrechts. Und das zeigt doch, dass Sie dieser Gesellschaft wenig zutrauen, wenn Sie die miesen, groben Pfoten des Strafrechts brauchen, um etwas so unheimlich Subtiles wie Sexualität, Liebe, Ein-besserer-Mensch-Werden zu erreichen. Mit dem Gesetz können Sie – nach allen historischen Erfahrungen – nur noch das Gegenteil erreichen. Als man die Amphetamine aufs Betäubungsmittelgesetz genommen hat, hat es Tausende von Heroinsüchtigen gegeben, das ist alles, was man erreicht hat.

Hannes Steffen: Was würde wohl geschehen, wenn man alle Tafeln im Strassenverkehr entfernen würde? Hä? Würden die Leute trotzdem so fahren wie jetzt? Das ist wie mit dem Sexualstrafgesetz: Das kann man durchaus menschlich anwenden. Aber wenn Sie das einfach wie den Täfeliwald wegtun?

Walter Vogt: Wir hatten 1961 eine Revision des Strassenverkehrsgesetzes, warum soll man nicht eine vom Geschlechtsverkehrsgesetz machen?

Die Freiheit

Liliane Gschwind: Mit Verboten erreicht man nichts, man schränkt nur die Freiheit ein.

Ulrich Kündig: Die Freiheit ist mir auch ein Anliegen. Ich habe ein liberales Medienverständnis, weil ich daran glaube, dass unsere Zuschauer mit dem Programm, das wir ihnen anbieten, fertig werden. Wir müssen unsere Freiheiten in den Medien verteidigen. Im Moment stehen wir am Ort, wo man von allen Seiten versucht, unseren Freiraum einzuengen. Als Verantwortlicher fürs Programm muss ich sagen: Wir müssen diesen Freiraum verteidigen. Mit einem Lang- oder Weit- oder Kurzschuss wie dem «Sennetuntschi» müssen wir auch fertig werden.

Die Gesprächsteilnehmer

Gegner: Hans Künzle, Aktionskomitee für Sitte und Moral, welches vorab gegen die Revision des Sexualstrafsrechts und überhaupt alles ausserehelich Sexuelle auftritt. *Hannes Steffen,* ebensolches Mitglied, Nationale Aktion, Lehrer. *Silvia Borter,* Präsidentin einer Frauen- und Müttergemeinschaft im Unterwallis, welche dem Fernsehen empörte Briefe geschrieben hat. *Stephanie Weber,* entsetzte Einzelzuschauerin.

Pro: Liliane Gschwind, engagiert für die Sache der Frau in der Ofra. *Sonja Umiker,* Zuschauerin, die sich für alte Sagen interessiert und in der Neufassung des «Sennetuntschi» eine gelungene Übersetzung sieht.

Spezialisten: August E. Hohler, Medienkritiker, befasst sich zurzeit mit dem Thema Sexualität (im weiteren Sinn). *Walter Vogt,* Psychiater und Schriftsteller im Bernischen.

Fernsehverantwortliche: Programmdirektor *Ulrich Kündig* (auch in seiner Funktion als Mann anwesend) und *Max Peter Ammann,* Abteilung Dramatik beim Schweizer Fernsehen.

Babel

Von Hansjörg Schneider, Autor des «Sennetuntschi»

Wir haben das «Sennetuntschi» im Sommer 1979 im Zürcher Fernsehstudio produziert. Als ich den fertigen Film sah, erschrak ich. Ich erschrak nicht über die erotischen Szenen, auch nicht über die Wörter «Schwanz» und «vögeln», denn die gehören zur Umgangssprache. Was mich betroffen machte, war die trostlose Lieblosigkeit, die das Thema des Films ist. Ich muss 1971, als ich das Stück schrieb, in einer ausserordentlichen Krise gesteckt haben. Darüber erschrak ich.

Ich habe von einer Frau gehört, die musste sich vor jedem Beischlaf mit ihrem Mann «sacken». Sack dich, sagte ihr Mann, und sie zog sich einen Kissenüberzug über den Kopf. So hatte der Mann sein Tuntschi.

Ich glaube nicht, dass diese Lieblosigkeit mein persönliches Problem ist. Ich halte mich für lieb. Die Lieblosigkeit ist ein Problem unserer Gesellschaft. Die Leute können nicht einmal mehr miteinander reden. Wir leben in Babel. Bei der Fernsehdiskussion über das «Sennetuntschi» war die Unfähigkeit zum Gespräch offenkundig. Auf der einen Seite sassen die beiden Herren von der Nationalen Aktion und gaben ihren furchterregenden Unsinn zum besten. Wie ist es denn möglich, dass jemand den Liebesfilm «Die Konsequenz» als Pornographie bezeichnet? Das verstehe ich schlicht und einfach nicht. Auf der andern Seite sassen die beiden spezialisierten Psycho-Männer, die ihre Steckenpferde (Zärtlichkeit usw.) ritten.

Es war wie überall. Oben sitzen die Spezialisten, die Ursachen aufdecken und Lösungen suchen, und unten sitzen die Normalbürger und schreien nach Hitler. Ein Gespräch ist nicht möglich. Hin und wieder sagte auch eine der anwesenden Frauen etwas, und immer dann wurde es für mich interessant. Denn das «Sennetuntschi» ist ein wütender Angriff auf die nichtemanzipierte Frau: Das Tuntschi wird von den Männern gemacht, es plappert den Männern alles nach, es ist ihr Lustobjekt, und am Schluss zieht es einem die Haut über die Ohren. Aber auch das nützt ihm nichts, es wird kein selbständiger Mensch werden. Man muss sich an einem Nachmittag in ein Frauenkaffee setzen und zuschauen, wie die Hausfrauen Patisserie in sich hineinstopfen. Da sieht man diese Tuntschis.

Ich habe wütende Briefe und Telefonanrufe erhalten, und alle kamen von Frauen. Sie waren beleidigt, empört, verletzt. Auch die beiden Gegnerinnen an der Fernsehdiskussion waren das. Ich verstehe das, aber ich finde, diese Frauen sollten nicht nur beleidigt sein, sondern überlegen. Wenn ich eine Frau so beschreibe, dann nicht, weil ich mir eine Frau so wünsche (ich will ja meine Haut behalten), sondern weil ich sie kritisieren will. Deshalb haben mir die beiden Befürworterinnen am Fernsehen so gut gefallen. Sie haben gemerkt, worum es beim Stück geht: um Emanzipation. Und zwar nicht nur um die Emanzipation der Frauen, sondern auch um die Emanzipation der Männer. Es geht um das Fehlen von Liebe. Das Fehlen von Liebe zerstört nicht nur die Erotik, sondern dieses Fehlen zerstört schliesslich die ganze Welt.

3 % Anleihe von Fr. 1'000'000.—, 1981 - 86

Ausgabepreis: 100 % Zeichnungsfrist: 1.4.81 – 30.6.81

Anleihebedingungen

1. Die Anleihe ist in Namenobligationen von Fr. 1000.— und Fr. 5000.— Nennwert eingeteilt.
2. Die Obligationen sind vom 31. Juli 1981 an verzinslich. Der Zinssatz der Anleihe wurde aufgrund der heutigen Sparzinssätze festgelegt. Der Anleihensatz ist jedoch variabel und wird den marktüblichen schweizerischen Sparsätzen angeglichen. (Auf Wunsch wird der Zins für die gesamte Laufzeit auf 3 % belassen.)
3. Die jährliche Zinszahlung erfolgt automatisch auf 31. Juli. Erstmals am 31. Juli 1982.
4. Die Rückzahlung der Anleihe erfolgt zum Nennwert ohne besondere Kündigung am 31. Juli 1986.
5. Eine frühzeitige Kündigung von Seite der Genossenschaft erfolgt unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist, frühestens jedoch zwei Jahre vor Ablauf der Anleihe.
   Für die Seite der Anleger gelten die gleichen Bedingungen. Die Kündigung muss jedoch einen schriftlichen Nachweis darüber enthalten, dass die Gelder nur wegen prekärer finanzieller Situation des Geldgebers frühzeitig zurückgezogen werden.
6. In besonderen Fällen kann eine Anleihe mit beschränkter Laufzeit (mindestens 2 Jahre) gezeichnet werden. Eine frühzeitige Kündigung ist dann nicht möglich.

ZEICHNUNGSTALON

3 % Anleihe von Fr. 1'000'000.—, 1981 - 86

Name..... Vorname..... Beruf.....

Strasse..... PLZ.... Ort.....

Ich zeichne .... Obligation(en) à 5'000.— Fr. Der Zinssatz soll bei 3% .... Obligation(en) à 1'000.— Fr. fixiert bleiben. ja nein

Ich wünsche die jährliche Zinszahlung (erstmals per 31.7.82) auf .....

Bankkonto.....

PC-Konto..... Unterschrift.....

Ort/Datum.....

Bitte sofort an: *Die WochenZeitung* *Weinbergstr. 31* 8006 **Zürich**

Nestlés zweigleisige Imagepflege

Missglückte Propaganda-Feldzüge

Von Jürg Fischer

Am 20. Mai dieses Jahres hat eine Kommission der Weltgesundheitskonferenz mit grosser Mehrheit einen internationalen Verhaltenskodex gutgeheissen, der die Werbung für Säuglingsnahrung, insbesondere für Muttermilchersatz in Entwicklungsländern, einschränken soll. Der Kodex hat rein moralische Funktion und ist ansonsten unverbindlich. Noch kurz vor der Abstimmung hatten mehrere Herstellerfirmen, unter anderem auch eine bislang unbekannte Organisation «Stimmen für die Kinder der Welt», massiv die Werbetrommel gegen den Kodex gerührt, der nach ihrer Ansicht eine zu weit gehende Zwangsjacke darstellt. Die USA waren die einzigen namhaften Gegner des Kodexes.

Die Schweiz stimmte zu, allerdings unter der protokollarischen Beifügung, dass ein solcher Kodex ausdrücklich nur in seiner Freiwilligkeit gebilligt werde, und mit der Kritik des unterschwelligen «Etatismus».

Die in der Schweiz hauptsächlich betroffene Firma Nestlé hatte bekanntgegeben, dass sie einen Kodex für Babynahrung befürworte, sofern dieser *«durch ein Verbot fragwürdiger Praktiken, die wir nicht anwenden, den Verbraucher wirksam schützt» (Pierre Liotard-Vogt, Nestlé-Verwaltungsratspräsident).* Diese Aussage steht im Rahmen eines gross angelegten Propagandafeldzugs, mit dem Nestlé seit Jahren die durch den «Nestlé tötet Babies»-Prozess erhaltene Scharte auswetzen will und seine wohltätige Mission in Drittweltländern unterstreicht bzw. das Bild eines von hohen ethischen Grundsätzen getragenen Unternehmens zeichnet.

Seit langer Zeit verlaufen Nestlés Werbeanstrengungen allerdings auf verschiedenen Gleisen. Neben den öffentlichen Verlautbarungen etwa eines Liotard-Vogt wird immer wieder versucht, über private Kanäle Druck auszuüben oder «unabhängige» Instanzen für diese Werbung einzuspannen.

Nestlé-Verwaltungsratsdelegierter und Konzernherr Arthur Fürer erteilte zum Beispiel 1977 dem Sekretär der Schweizerischen Bischofskonferenz, Dr. Anton Cadotsch *(«Lieber Toni . . .»),* eine briefliche Rüge wegen einer allzu Nestlé-kritischen Dokumentation von «Fastenopfer» und «Brot für Brüder» und erhebt den Zeigefinger: *«Es wäre wirklich an der Zeit, sich zu überlegen, ob es die Aufgabe von Priestern der katholischen Kirche sein kann, durch Presse, Radio und Television statt der Botschaft Christi solche schiefen Ansichten zu verbreiten. Ich bin Dir dankbar, wenn Du mein Schreiben der Bischofskonferenz zur Kenntnis bringst.»*

Seit dem «Nestlé tötet Babies»-Prozess 1976 spielte der Konzern stets die Rolle des betupften Wohltäters. In einer Rede am 22. Mai 1980 begrüsste Liotard-Vogt ausdrücklich die Schaffung eines Babynahrungskodexes und wischte im gleichen Atemzug den engagierten Nestlé-Kritikern aus den Reihen der Drittweltgruppen eins aus: *«Dagegen suchen wir keinerlei Kontakt mit inkompetenten Leuten, von denen die meisten nicht wissen, wovon sie sprechen, und deren Missgunst unglücklicherweise aus rein politischen und ideologischen Motiven stammt.»*

Kirche legt sich quer

Ein starkes Augenmerk der Nestlé-Kapitäne galt und gilt stets der Kirche, denn man hat hier festgestellt, *«dass es eine gewisse Anzahl von Leuten gibt, vollkommen ehrlich, deren Gutgläubigkeit missbraucht wurde und die, aufgrund ihrer Unkenntnis der elementaren Gegebenheiten dieses Problems, nicht die Möglichkeit haben, sich darüber klarzuwerden, wie weit sie in den Irrtum geleitet wurden»* (Liotard-Vogt im Mai 1980). Gemeint ist die steigende Zahl von Kritikern multinationaler Konzerne aus kirchlichen Kreisen. Diesem Missstand begegnet man einerseits durch die Teilnahme am Dialog *«Wirtschaft-Kirche»* (mit folgenden Dialogpartnern: *Fürer* von Nestlé, *Luterbacher* von BBC, *von Planta* von Ciba-Geigy, *de Weck* von der SBG und drei hohen Kirchenvertretern).

Andererseits versuchte Nestlé in aller Stille letztes Jahr eine *«Interkonfessionelle Vereinigung für wirtschaftsethische Studien»* zu gründen. Nach Statuten soll der Zweck dieser Vereinigung darin bestehen, *«eine Informationsstruktur zu entwickeln, die ein besseres Verständnis des Funktionierens der Wirtschaft erlauben und die Diskussion der sozio-ökonomischen Realitäten im Lichte der christlichen Ethik stimulieren möge».* In einem Vorbereitungspapier wird erläutert: *«Obwohl geleitet durch die Forderungen der christlichen Ethik, wird die Vereinigung unabhängig arbeiten.»*

In der Vorbereitungskommission waren ausser Nestlé durch die Direktoren *Bersier* und *Schnyder* mehrere protestantische und katholische Kleriker vertreten. Bei einem ersten Mitgliedertreffen im September 1980 machte sich eine grosse Minderheit der Anwesenden für eine militante aktive Gegeninformation gegen die Drittweltaktivisten und Entwicklungshilfe-Organisationen stark, die zu leichtfertig *«die religiösen Kreise infiltrieren».* Gegen das «Breitmachen» der Linken in der Kirche also. Die Mehrheit der Teilnehmer sprach sich allerdings subtiler für die *«Kompensation des Ungleichgewichts in der Information»* aus.

Zum Zeitpunkt dieses Treffens war allerdings diese Vereinigung juristisch noch nicht gegründet. Sie ist es bis heute nicht. Inzwischen nämlich haben die offiziellen kirchlichen Stellen von den diskret getroffenen Vorbereitungen Wind bekommen und reagiert. Der katholische Kirchenmann *Menoud* ist aus dem Vorbereitungskomitee ausgetreten, weil er sich eine tolerantere Ausrichtung gewünscht hätte und sich verschaukelt fühlt. Er wäre bereit gewesen, sogar mit den Leuten der «Erklärung von Bern» zu dialogisieren. *Walter Sigrist,* Ex-Präsident des Evangelischen Kirchenbundes der Schweiz, wurde von ebendieser Institution gebeten, den Namen seiner alten Funktion im Zusammenhang mit seiner Arbeit in der zu gründenden Vereinigung nicht mehr zu gebrauchen. Den Nestlé-Vorstellungen einer kirchlichen Patenschaft für ihre Propaganda-Anliegen ist somit vorerst ein Riegel vorgeschoben.

Der Profitsauger Montage: Erb

Auch in den USA aufgeflogen

Nicht viel besser geklappt hat es mit ähnlichen Nestlé-Bemühungen in den USA. Hier finanzierte Nestlé das erzkonservative *«Ethics and Public Policy Center»* des inzwischen zu Reagans Menschenrechtsexperten avancierten *Ernest Lefever* mit. Dieses Institut gab eine Studie über den Verkauf von Säuglingsnahrung in der dritten Welt in Auftrag, die im amerikanischen Unternehmermagazin *«Fortune»* veröffentlicht wurde und in Tausenden von Exemplaren einzeln verteilt wurde. In dieser Studie werden die Leute, die in den USA eine Nestlé-Boykott-Bewegung ins Leben gerufen haben, als *«unter dem Banner von Christus marschierende Marxisten»* apostrophiert. Die Verbindung zu Lefever passt in Nestlés Strategie, Persönlichkeiten in Schlüsselpositionen und Vertreter von Institutionen in ihre Propagandabemühungen einzuspannen. Nachdem Lefever im US-Senat wegen seiner superreaktionären Positionen und seiner Ansicht, die USA sollten in erster Linie nur Menschenrechtsverletzungen der «totalitären kommunistischen» Staaten anprangern, auf heftigen Widerstand gestossen ist, scheint sich auch dieser Nestlé-Wurf kontraproduktiv auszuwirken.

Nestlé-Frühling?

Auch in den Reihen der Nestlé-Aktionäre gibt es offenbar eine Anzahl von Leuten, die nicht blind der Propaganda-Offensive «ihres» Hauses auf den Leim kriechen. Unter dem Namen *CANES (Convention d'actionnaires Nestlé)* haben sich vor kurzem 32 Aktionäre (sie vertreten ein Prozent der Gesamtstimmen in der Nestlé-Generalversammlung) zusammengetan. Sie wollen dem Multi Nestlé mit seiner moralischen Verantwortung auf die Finger schauen, das heisst, sie verlangen weitgehende Informationen und Transparenz über die Unternehmenspolitik und streben eine breite Diskussion an der Generalversammlung an *«über die Grundsätze, nach denen sich das Unternehmen in so wichtigen Bereichen wie der Ausbeutung der Rohstoffe, dem Verhaltenskodex der Multis, dem Säuglings- und Kleinkindernährungskodex, der Übertragung von Technologien sowie in allen übrigen Angelegenheiten von politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedeutung zu orientieren hat».*

Die Nestlé-Spitze hat vorerst gelassen reagiert, indem VR-Präsident Liotard-Vogt ein *«Maximum an Informationen»* versprach. ●

---

das konzept Buchkritik

Festgenagelt

Martial Leiter, «Festgenagelt», Politische Zeichnungen 1976–1980. Limmat-Verlag, 1981, 25 Franken, 172 Seiten.

Martial Leiter muss man «konzept»-Lesern und Leserinnen nicht mehr vorstellen. Als einer der bissigsten und besten politischen Zeichner der Schweiz hat er's zwar nicht zu Ruhm und Rennwagen – wie etwa Kollega Erni – gebracht, aber zu grosser Verbreitung

via linke Politszene: Seine Zeichnungen werden von Blatt zu Blatt weitergeklaut. Der neue Bildband, «Festgenagelt», enthält Leiters gesammelte Zeichnungen – von Zeitungsillustrationen bis zum politischen Plakat – von 1976 bis 1980. «Obwohl sie einigermassen chronologisch geordnet sind, entsprechen die Zeichnungen dieses Buches nicht unbedingt dem, was der Autor am liebsten gemacht hätte. Der Mangel an ‹Nachfrage› in einer gewissen Presse in der welschen Schweiz hat die Arbeit oft unterbrochen, und es gibt deshalb in der Lawine von Ereignissen, die Zeichnungen erfordert hätten, viele Auslassungen», heisst es im Vorwort. Und von seiten vermittelnder Tages-Zeitungen in der Deutschschweiz war die Nachfrage auch schon reissender. Aber festnageln können sie Leiter deswegen noch lange nicht.

«Freie Radios»

«Was Sie schon immer wissen wollten», 639 Seiten, Vertrieb 2001. 20 Fr.

jf. 2001 wollte das Buch zuerst verlegen, bekam jedoch ob des heissen Inhalts kalte Füsse; jetzt erschien es halt im Eigenverlag und wird von 2001 bloss vertrieben. Als Verfasser zeichnet *Christoph Busch* vom *Freundeskreis Freie Radios Münster,* mitgearbeitet haben einschlägige Spezialisten und Aktivisten, auch aus der Schweiz. Das wunderschön aufgemachte Handbuch ist die bei weitem vollständigste Übersicht über Bewegung und Praxis freier Radiosender. Mit authentischem Material (Aufrufe, Gespräche usw.) wird vor allem die Szene in der BRD dokumentiert, aber auch in Österreich, Belgien, Holland, Schweden, den USA, in Kanada und in der Schweiz. Dazu kommt ein hervorragender technischer Teil, der das Prädikat *«Schweizer Qualitätsarbeit»* verdient. Übrigens: Vom 18. bis 24. Oktober findet in der Stiftung Salecina in Maloja ein Seminar zum Thema statt.

·TIP·TIP·TIP·

Mediziner nach El Salvador

Das salvadorianische Volk braucht dringend medizinische Hilfe. Ab sofort wird medizinisches Personal – Ärzte, Krankenschwestern etc. – gesucht, das bereit ist, ab sofort oder später diese Hilfe zu leisten. Spanischkenntnisse können in einem Schnellkurs nachgeholt werden.

Kontaktadresse: Dr. med. Cyrill Jeger, Austrasse 41, 4051 Basel. An diese Adresse können auch geeignete Instrumente oder Medikamente geschickt werden. Geldspenden mit dem Vermerk «Medizinische Hilfe» bitte aufs Konto des Solidaritätskomitees El Salvador Basel, PC 40 - 7002.

Film über die Atomlobby

Zurzeit verleiht die Filmcooperative Zürich den amerikanischen Dokumentarfilm *«Paul Jacobs und die Atombande»* (1979) von *Jack Willis* und *Saul Landau.* Der amerikanische Journalist Paul Jacobs recherchierte während 20 Jahren die Folgen der Strahlenbelastung durch die Atomwaffentests in der Wüste von Nevada. Er sprach mit Menschen, die radioaktive Strahlen ausgesetzt und an Blutkrebs erkrankt waren. Paul Jacobs starb noch vor Beendigung des Films an Krebs: Er war während der Recherchen von Radioaktivität vergiftet worden.

«Paul Jacobs und die Atombande» («Paul Jacobs and the Nuclear Gang»), 16 mm, Farbe, 60 Minuten, 120 Franken, wird verliehen von: Filmcooperative Zürich, Josefstrasse 106, 8005 Zürich, Tel. (01) 42 15 44.

«Emanzipation in Uniform?

«Eine Diskussionsgrundlage» – so nennt sich eine weitere Broschüre zum Thema «Frau und Militär», zusammengestellt von der Frauenkommission der POCH Zürich. Hauptsächlich wird auf den Weitzel-Bericht eingegangen und auf die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft hingewiesen. Als Alternative fordern die sechs POCH-Frauen eine Friedenspolitik, welche von Männern und Frauen getragen werden müsse.

«Emanzipation in Uniform?» ist zu beziehen bei: POCH-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich, für 4 Franken.

Beratung für Schwangere

Eine Gruppe von Sozialarbeiterinnen hat einen Informationsprospekt herausgegeben, der schwangere Frauen über ihre Rechte aufklären will: Welche finanziellen Mittel stehen der (alleinstehenden) Mutter und dem Kind zur Verfügung? Welche Pflegeplatzmöglichkeiten für ihr Kind hat eine berufstätige Mutter? Was ist bei einer Adoption zu tun? Der Prospekt führt eine Adressliste von Beratungsstellen und Jugendsekretariaten – leider nur im Kanton Zürich.

Liegt in Apotheken, Drogerien und bei Ärzten auf. Zu beziehen bei: Verein Mütterhilfe, Badenerstrasse 18, 8004 Zürich.

Bewegten sich die Kommunisten?

Die historische Kommission der PdA Schweiz hat unter dem Titel *«Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz»* einen Dokumentationsband herausgegeben. Er enthält eine Auswahl von Artikeln, Rezensionen, Erinnerungsberichten aus dem «Vorwärts» der Jahre 1968 bis 1980. Dokumentiert sind u. a. auch die Entwicklung der KPS bis 1940, als sie vom Bundesrat verboten wurde, und die folgenden Jahre der Illegalität.

Der Band (384 S., ca. 15 Franken) kann bestellt werden bei: PdA Zürich, Postfach 1262, 8036 Zürich.

«Provokationen»

Flugblätter als Geschichtslektion: Eine Neuerscheinung aus dem deutschen Luchterhand-Verlag versuchte die 68er-Bewegung anhand ihrer Flugblätter zu dokumentieren. Für einmal keine theoretische Abhandlung, sondern eine Auswahl wichtiger Flugblätter und Pamphlete aus den Jahren 65–71 in der BRD. Ein Beitrag zum besseren Verständnis der «80er Bewegung». Macht deutlich, dass die aktuellen Ereignisse mit 1968 sehr viel zu tun haben.

«Provokationen» – Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–71. Hrsg. Jürgen Miermeister und Jochen Staadt. 280 Seiten, broschiert. Sammlung Luchterhand.

Papierfabrik nicht mehr zu retten

Vor zwei Monaten war im «konzept» unter dem Titel *«Papierfabrik retten»* die Rede von der drohenden Schliessung der Papierfabrik Stöcklin in Arlesheim, welche in der Schweiz exklusiv Original-Umweltschutzpapier hergestellt hat. Nun, den Fabrikinhabern Stöcklin, die unzumutbare Übernahme- bzw. Verkaufsbedingungen gestellt haben, ist es zu verdanken, dass die Fabrik nun doch geschlossen wird. Intensive Bemühungen von Belegschaft, Gewerkschaft (GTCP) und Sympathisanten haben nichts gefruchtet. Der vor einigen Monaten gegründete *FUPS (Förderverein für Umweltschutz und Selbstverwaltung)* aber kämpft weiter für die Produktion von Umweltschutzpapier, welches auch umweltfreundlich hergestellt wird. Ein Ziel des FUPS ist die Entwicklung von Kleintechnologie, die eine Produktion in selbstverwalteten, dezentralen Betrieben ermöglichen würde.

Dem FUPS kann man beitreten: Postfach 196, 8031 Zürich, Postscheckkonto 80–31900, Zürich (Jahresbeitrag 20 Fr. und mehr).

Chinaschuhe
in vier Farben und allen Grössen im
China-Laden
Kunsthandwerk,
Bücher, Lebensmittel
Rotwandstrasse 64, 8004 Zürich
Mo–Fr 12.00–18.30
Sa 10.00–16.00

Aktion Selbsthilfe: Acht Häuser sind instandbesetzt

In Basel herrscht Wohnungsnot, aber nicht Not an Wohnungen

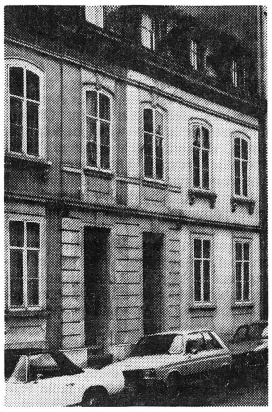
Foto: Barbara Perlick

Birmannsgasse 14/14a

Die Birmannsgasse 14/14a wird als einzige Ausnahme von den Leuten besetzt, die schon seit zwei Jahren darin wohnen. Ein aus 50 Personen bestehendes Anwohnerkomitee leistet massive Öffentlichkeitsarbeit: Eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Regierung, des Denkmalschutzes und der Stadtbildkommission erwies, dass ein Abbruch nach historischen Kriterien möglich ist. Besitzer ist ein Herr Schnyder, es wird jedoch vermutet, dass ein Architekt beteiligt ist.

Klingelbergstrasse 31

Das Haus gehört dem berüchtigten Spekulaten H. P. Zink, der es im Frühjahr kaufte und den Mietern, einer Wohngemeinschaft mit zwei Kindern, kündete. «Bei der Schlüsselübergabe führte die Mieteraktion eine Hauskontrolle durch, der sich Zink mit einem Sprung übers Treppengeländer entzog.» («Mieter-Zytig») Da die anliegenden Häuser der Bürger-Einwohnergemeinde gehören, fordert die Mieteraktion, dass der Staat das Haus kauft und günstig vermietet.

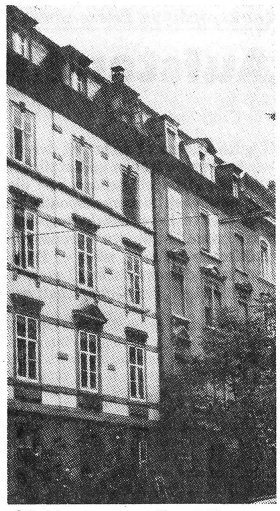


Holbeinstrasse 3 und 5

Schon über ein Jahr stehen diese Häuser leer. Als Wohnraum haben sie für Grosskäufer Hans Meyer-Rubitschon keine Bedeutung. Allerdings soll an ihrer Stelle eine Einfahrt zu einer Tiefgarage entstehen, die zu einem Bürokomplex führen wird, den Meyer-Rubitschon an einer Parallelstrasse plant. (Natürlich auch dort auf Kosten von Wohnraum.) Die Häuser sind seit dem 25. Mai von 20 bis 25 obdachlosen Mietern instandbesetzt.

Metzerstrasse 59 und 61

Nachdem die Häuser von der Mieteraktion im Oktober letzten Jahres kontrolliert wurden, unterbreitete ihnen der Besitzer Cron überraschend ein Kaufangebot. Noch bevor der Verhandlungstermin ablief, verkaufte Cron klammheimlich an seinen Architekten Michael B. Spinnler. Jetzt werden die Häuser von zehn Obdachlosen bewohnt, deren Ziel ein reelles Mietverhältnis ist.



Offenburgerstrasse 53 und 55

Seit Jahren stehen diese Häuser leer. Die anliegenden Wohnungen des ganzen Blocks sind sogar in einem unbewohnbaren Zustand. Obdachlose Instandbesetzer fangen jetzt an, die beiden einzigen bewohnbaren Häuser einzurichten und zu renovieren. Das Besitzverhältnis ist unklar, es soll jedoch der Hausbesitzer-Vereinspräsident unter den Eigentümern figurieren.

«Die empfindlichen Reaktionen der Öffentlichkeit auf das Problem der Mieten sind indessen verständlich, denn die Mietpreise für Neuwohnungen sind tatsächlich, insbesondere im Bereich der grossen Agglomerationen, für viele unerschwinglich geworden. Namentlich junge Leute müssen heute einen übermässigen Teil ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aufbringen. Die um sich greifende Unzufriedenheit, die sich nicht nur auf der Strasse manifestiert, sollte daher nicht überraschen.»

Dr. Fritz Leutwiler, Präsident des Direktoriums, an der Generalversammlung der Schweizerischen Nationalbank vom 24. 4. 1981.

Von Barbara Perlick und Lisa Staerkle

Sogar Fritz Leutwiler hat es gemerkt, und der Basler Regierungsrat muss wie seine Zürcher Kollegen (siehe «konzept» Nr. 4/81) zugeben: In Basel herrscht Wohnungsnot . . .

AUFRUF

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich spürbar verschärft. 1978 (Stichtag 1. Dezember) wurden 1258 leerstehende Wohnungen gezählt; 1980 waren es noch dgren 447.

Von dieser Entwicklung sind vor allem die grösseren, für Familien geeignete Wohnungen betroffen. Unsere Bevölkerung ist darauf angewiesen, dass jeder leere Wohnraum selbst dann vermietet wird, wenn er nur noch befristet nutzbar ist.

An Hauseigentümer und Immobilienverwaltungen ergeht daher der dringende Appell, allfällig leerstehende Wohnungen zu vermieten oder dem Amtlichen Wohnungsnachweis, Rathaus, zur Ausschreibung im Amtlichen Wohnungsanzeiger zu melden. Anmeldeformulare stehen bei dieser Amtsstelle zur Verfügung. Schalteröffnungen: 10.00—12.00 und 14.00—17.00 Uhr. Dieses Amt steht allen gerne mit Rat und Tat zur Verfügung.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

400 günstige Wohnungen wurden im letzten Jahr durch *Abbruch, Luxusrenovationen* und *Zweckentfremdung* vernichtet, 450 Mietern wurde im gleichen Zeitraum gekündigt. Das Potential an *Not-* und *Sozialwohnungen* ist erschöpft.

Primär betroffen von dieser Misere sind Alte, Junge, Auszubildende, grosse Familien und Wohngemeinschaften. Doch durch die *hohen Mieten von Neuwohnungen* (Quadratmeter-Mietpreise nicht mehr unter 150 Franken, eine Dreizimmerwohnung kostet jährlich mindestens 10 500 Franken plus Nebenkosten) geht es mittlerweile auch den «Durchschnittsmenschen» an den Geldbeutel.

Der Regierung scheint es mit ihrem Aufruf an die privaten Hausbesitzer auch nicht allzuernst zu sein. Sie verschlimmert die Wohnungsnot dort, wo es in ihrer Macht steht:

- Anlässlich der städtischen Altstadtsanierung werden billige Wohnungen zu teuren Luxusappartements umgebaut.
- Dem Autobahnprojekt Nordtangente sollen über 350 Wohnungen zum Opfer fallen. Dazu kommt die Verschlechterung der Wohnqualität in den traditionell eher billigen Quartieren, die «tangierend» durchschnitten werden.
- Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen ist zu hören, dass 35 staatliche Liegenschaften demoliert werden sollen, weil so Besetzungen billiger verhindert werden als durch ständige polizeiliche Überwachung.
- Allgemein wurden leichtfertig Abbruchbewilligungen vergeben, und seit einigen Jahren befürwortet die Regierung Luxusrenovationen, die gute Steuerzahler zurück in die Stadt locken sollen.

Go bsetze

Doch die Basler Mieter lassen sich ihre Wohnungen nicht mehr einfach wegnehmen. Die *Mieteraktion Basel* gab bekannt, dass sie über eine Liste verfüge, in der über 300 leerstehende Häuser verzeichnet sind. Auf Montag, den 25. Mai, dann berief die Häuserkoordinationsgruppe der Mieteraktion eine Pressekonferenz ein. Dort teilte sie mit, dass zur Stunde in einer Aktion Selbsthilfe acht Häuser besetzt würden. Die Häuser konnten bei einer anschliessenden Busfahrt besichtigt werden.

Neu an dieser Aktion war das am Samstag vorangegangene Verwirrspiel: Während einer Demonstration gegen die Wohnungsnot mit etwa 500 bis 600 Teilnehmern wurden ganz andere leerstehende Liegenschaften «symbolisch» besetzt, um einen Polizeieinsatz bei der tatsächlichen Besetzung zu verhindern.

Neu ist auch die Art der Besetzung: Die Besetzer wollen damit keine Zentren schaffen, sondern die Häuser instandsetzen, Mietverträge zu annehmbaren Preisen abschliessen und ganz einfach darin wohnen.

Ein Teil der 100 Besetzer war seit der Räumung des AJZ an der Hochstrasse obdachlos und provisorisch bei Freunden untergekommen, ein Teil suchte auf den Kündigungstermin im Frühling vergeblich neue Wohnungen.

Die *«Selbsthilfeaktion»*, bestehend aus Instandbesetzern und einem Teil der Mieteraktion, hat eine *Kontaktstelle* ins Leben gerufen: Über Tel. (061) 32 17 66 kann man sich über die laufenden Aktionen erkundigen. ●

Verhaftungen nach der Schliessung des Basler AJZ:

DER JOURNALIST UND DER SCHÜLER

Von Barbara Perlick

Unter den vielen Verhafteten, die sich nach der Schliessung des Basler AJZ am Schauplatz aufhielten, war der Journalist Daniel Wiener. Seine Festnahme löste in der Öffentlichkeit eine Welle von Protesten aus. Weniger prominente Fälle bleiben im dunkeln: Zum Beispiel der 17jährige Ralf H., welcher mit einem fünf Jahre dauernden Landesverweis im Sack an die Grenze gestellt wurde.

Basel, 18. Mai: Nach der Schliessung des zweiten Autonomen Jugendzentrums kommt es zu einer Demonstration, die bis 21 Uhr ohne Zwischenfälle verläuft. Nach einem Intermezzo mit der Polizei vor dem geschlossenen AJZ klirren in der Stadt die Scheiben. Ein Pinzgauer treibt den Demonstrationszug in Richtung SBB-Bahnhof. Dort jagen einige Polizisten die davonrennenden Demonstranten durch die Bahnhofsunterführung.

Journalist festgehalten

Daniel Wiener, freier Journalist und «konzept»-Mitarbeiter aus Basel, befand sich hinter den Polizisten, um als Berichterstatter die Szene im Auge zu behalten. Als ihm dies nicht mehr gelang, versuchte er durch einen anderen Bahnhofdurchgang zurück in die Innenstadt zu gehen. So weit kam es jedoch nicht. Am Eingang der SBB- Unterführung an der Güterstrasse beobachtete er, wie ein Trupp behelmter Polizisten anscheinend wahllos Passanten festnahm, die dem Aussehen nach AJZ-Anhänger sein konnten. Einer der Beamten wurde auf Daniel Wiener aufmerksam und fragte ihn, was er hier mache. Wiener wies auf seine Pressebinde hin und antwortete, er arbeite als Berichterstatter. Das Reizwort «Presse» veranlasste den Polizisten noch härter zuzugreifen, und es gelang Daniel erst im Pinzgauer, seinen Presseausweis vorzuweisen. Die Fahrt zum «Lohnhof» wurde von Bemerkungen, wie *«die von der Presse sind sowieso die schlimmsten»* und *«da könnte ja jeder kommen mit so einem Ausweis»* begleitet.

19 Stunden U-Haft

Nach der Aufnahme der Personalien auf dem «Lohnhof», erkundigte sich der diensthabende Beamte über Funk bei der Einsatzleitung, ob er Daniel freilassen könne. Daraufhin wurde gemeldet, Wiener habe keine Pressebinde getragen. Er wurde 19 Stunden in U-Haft gehalten, ohne jemanden verständigen zu können. Daniel Wiener: *Im Gefängniswagen auf dem Weg zum «Lohnhof» wurde ich den Gedanken nicht los, dass ich nicht trotz, sondern gerade wegen meines Presseausweises verhaftet wurde.»*

Proteste und Klage

Schon am folgenden Tag erhoben sich scharfe Proteste von seiten der Schweizerischen Journalistenunion (SJU) und des bürgerlichen Pressevereins beider Basel. Daniel Wiener hat durch seinen Rechtsanwalt, *Martin Schubarth,* wegen Freiheitsberaubung Klage gegen die Polizei eingereicht und ebenso eine Beschwerde wegen der U-Haft.

17jähriger ausgewiesen

Im Schatten von solchen Publizitätsträchtigen Verhaftungen stehen Dutzende von Fällen, in denen die Willkür der Polizei zu persönlichen Tragödien führt. Ein Beispiel ist der 17jährige Deutsche *Ralf H.,* der in Basel den Vorkurs an der kunstgewerblichen Abteilung der Gewerbeschule besucht.

Ralf wollte am Vorabend der Räumung des AJZ mit einem Freund an einer Sitzung der Zeitungsgruppe des AJZ teilnehmen. Da jedoch vor dem Gebäude die berüchtigte «Fascho-Schlacht» (vgl. «konzept» 5/81) tobte, bekamen beide Jungen Angst und rannten davon. Im Tumult verloren sie sich, und Ralf lief alleine in Richtung Stadt. Unterwegs wurde er von einem Polizisten angehalten und 40 Stunden in U-Haft gesteckt, ohne dass er die Gelegenheit hatte, irgend jemanden zu benachrichtigen. Als die Fremdenpolizei bemerkte, dass ein Stempel in seiner Aufenthaltsbewilligung fehlte, wurde er kurzerhand an die Grenze gefahren – mit einem 5jährigen Landesverweis in der Tasche. *Jürgen von Tomei,* ein Lehrer von Ralf, will sich jetzt für ihn einsetzen. Er hat erfahren, dass von seiten der Polizist der Vorwurf besteht, Ralf hätte im Gepäck einen Schlagstock mit sich geführt. Doch mehrere Zeugen haben gesehen, dass Ralf gar kein Gepäck dabei gehabt hat. Von Tomei hat einen

Rechtsanwalt eingeschaltet und will, wenn er auf diesem Wege nichts erreichen kann, im Parlament interpellieren.

Dies alles nützt Ralf im Moment nichts. Mit jedem Tag wird die Hoffnung kleiner, dass er das Klassenpensum jemals einholen kann. ●

Spots

Die Zeiten, in denen Schweizer Häuserbesetzer neidisch nach Holland blicken konnten, scheinen vorbei zu sein. In den Niederlanden wurde das «Antileegstandswet» verabschiedet. Dieses Gesetz soll offiziell verhindern, dass Wohnraum lange leerstehen kann. Die Kritiker dieses Gesetzes bemängeln aber die Chancen der praktischen Durchführbarkeit dieser Massnahmen. Ausserdem wird damit das Kraaken strafbar: Personen, die nach dem 1. 2. 81 gekraakt haben und noch kraaken werden, können durch die Polizei gezwungen werden, die besetzten Häuser zu verlassen. Sie müssen zudem selbst die Räumungsaktion bezahlen und erhalten eine Geldstrafe. Kraaken können jetzt ***nur noch*** *die Reichen.*

St. Gallen: Schläger «besuchten» Besetzer

Am 7. Mai wurde in St. Gallen ein Haus an der Frongartenstrasse – im vom Abbruch bedrohten Bleicheliquartier – besetzt. Wenige Tage später drangen nachts etwa 25 aufgehetzte Bürger in das besetzte Haus ein. Mit Schlagstöcken und Steinen bewaffnet, schlugen sie Türen und Fenster kurz und klein und verletzten einige Besetzer leicht. Die Polizei liess sich Zeit und kontrollierte lediglich drei Angreifer.

Mit der Besetzung solidarisierten sich innert Kürze rund 160 Personen, darunter viele Lehrerinnen und Lehrer. Am 21. Mai gaben Regierungsrat und Erziehungsrat des Kantons St. Gallen bekannt, gegen Staatsbeamte und Lehrer würden Disziplinarverfahren eingeleitet. Gilgen lässt grüssen.

Die europäische Friedensbewegung im Aufwand

Aufstand gegen die Atomrüstung

Von Georg Hodel

Täglich werden es mehr, die den von Politikern und Staatsmännern immer wieder vorgetragenen und explizierten «Friedensbemühungen» misstrauen: Der Nato-Doppelbeschluss und die Äusserungen Haigs und Weinbergers zur westlichen Sicherheitspolitik haben Begriffe wie «Rüstungskontrolle» und «aktive Friedenssicherung» zu reinen Beschwörungsformeln verkommen lassen. Millionen europäischer Staatsbürger scheinen bereit, ihren politischen Führern, seien es Parteibosse aus dem bürgerlichen wie auch dem sozialdemokratischen Lager, Gewerkschaftsspitzen oder gar kirchliche Würdenträger, ihre Gefolgschaft zu versagen.

Angefangen hat es mit dem aussenpolitischen Gepolter von Reagans Staatssekretär *Haig,* der unbefangen den Sowjets die Hölle heissmachen wollte, indem er durchblicken liess, dass er den Frieden nicht für das Wichtigste halte. Die USA seien militärisch in allen Bereichen überlegen zu machen, die halbe Welt als ihr nationales Interessengebiet zu behandeln, und der Atomkrieg als Mittel sei nicht länger auszuschliessen.

Hatten noch zur Regierungszeit Carters auch grosse Teile der etwas denkfähigeren Westeuropäer für möglich gehalten, dass die sowjetischen Raketen vom Typ *SS-20* tatsächlich Europas grösste Gefahr darstellten und der Westen atomar «nach»rüsten müsse, so machte ihnen Washingtons neuer Aussenminister bald einmal klar, dass die Aufstellung der neuen US-Atomraketen vom Typ *Pershing II* und *Cruise-Missile* in Westeuropa nichts anderes bezweckt, als ohne Verwundung der USA einen lokalen Atomkrieg gegen die Sowjetunion führen zu können. Der berühmte «Doppelbeschluss» der Nato – Aufrüstung anzukündigen, damit erfolgreich über Abrüstung verhandelt werden kann – ist, was dessen Teil über die Verhandlungen mit den Sowjets betrifft, von den USA nur als Beruhigungsmassnahme für erschreckte Westeuropäer gedacht.

Westeuropäische Regierungen kommen ins Stolpern

Dass die neue Politik der USA mit dem atomaren Weltkrieg spielt (vgl. dazu: «Dreh'n die Amis durch?» in «das konzept» Nr. 3/81), hat einen Widerstand hervorgerufen, der alle politischen Rituale sprengt: Vergangene Woche haben *Hollands* Wahlberechtigte den traditionellen Parlamentsparteien eine deutliche Abfuhr erteilt, Wahlsieger wurden die *Linksliberalen,* («D66»), die pazifistischen Sozialisten und die Kommunisten, die die Bekämpfung des Nato-Beschlusses zu ihrem Wahlkampfthema machten. In der neuen Regierungskoalition (Christdemokraten, Linksliberale, Sozialisten) treten die linksliberale und sozialistische Fraktion gegen den Nato-Nachrüstungsbeschluss ein. Auch in *Belgien* können die Gegner des Nato-Beschlusses die Regierungskoalition stürzen lassen, falls diese, entgegen ihrem Versprechen, die angekündigten Atomraketen der Amerikaner bei sich stationieren wollen. *Englands Labour Party,* die gute Aussicht hat, bei den nächsten Wahlen Maggie Thatchers Konservative in die Opposition zu schicken, hat angekündigt, den Nato-Beschluss nochmals zu überprüfen.

In der *Bundesrepublik* rebelliert die Mitgliedschaft der SPD gegen die Parteiführung, wie sie das noch zu keinem Zeitpunkt getan hat. Über 10 000 Sozialdemokraten haben bis jetzt den *«Bielefelder Aufruf»* , der sich gegen die Nato-«Nach»-Rüstung wendet, unterschrieben. Im Deutschen Bundestag konnte Kanzler *Helmut Schmidt* den Nato-Beschluss erst durchbringen, nachdem er zuvor mit der *Rücktrittsdrohung* diszipliniert hatte; dennoch verweigerten ihm bei der Schlussabstimmung zehn SPD-Abgeordnete die Gefolgschaft. Auch die Basis der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung und die Führung einzelner Industriegewerkschaften überrollen die Freunde des Bundeskanzlers in der DGB-Zentrale: So ruft beispielsweise die Kreisjugendkonferenz des DGB Frankfurt im Namen von 20 000 jungen Gewerkschaftern zu einem Friedensmarsch auf, mit dem Ziel, die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD zu verhindern.

Der Antikommunismus des kalten Krieges hat ausgedient

Der Friedensprotest beschränkt sich jedoch längst nicht mehr auf das linke Lager. Die ökologisch-alternative Bewegung hat ihren Kampf gegen die Atomkraftwerke durch den Kampf gegen die militärische Atomrüstung ergänzt. Evangelische und katholische Christen setzen dem unverbindlichen Friedensgelabber ihrer Militärbischöfe den politischen Krieg gegen die Aufrüstung entgegen. Fasziniert von der Utopie eines Friedens ohne Waffen, einer gewaltfreien Verteidigung nach Gandhis Vorbild, haben sich 15 000 Christen selbst verpflichtet: «Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben.»

Jugendorganisationen, die sich nur noch für Studienbedingungen, das Drogenproblem und den Häuserkampf zu interessieren schienen, mischen sich wieder in Weltpolitik ein. Zahlreiche Ex-Generäle – zum Teil kriegsdekoriert, und ehemalige CIA-Direktor *Scolville* sind zur Friedensbewegung gestossen.

Und alle geben zu erkennen, dass sie auf die Politik der Spaltung, auf die Tricks aus der Mottenkiste des Antikommunismus nicht hereinfallen: Obwohl unbestreitbar ist, dass westliche Kommunisten, darunter auch «moskauhörige» und ihre Freunde, organisatorisch zur Entstehung und zum Vorankommen der neuen Friedensbewegung beigetragen haben, ernten die Abgrenzungspolitiker, die diese Tatsache zur Denunziation der Bewegung nutzen wollen, mehr Spott als ernsthafte Beobachtung. Beispiel: Gegen eine Million deutscher Bundesbürger haben den von der DKP mitgetragenen *«Krefelder Appell»* unterschrieben.

Und die Schweiz?

Hierzulande hat die europäische Friedensbewegung noch nicht so recht Fuss gefasst. Die Sensibilisierung der Friedensproblematik stösst hier auf erhebliche psychologische Schranken: Das Konzept der Schweizerischen Verteidigung kommt dem Ideal einer reinen Verteidigung ohne Bedrohung des Gegners relativ nahe. Milizarmee, Hervorhebung der politischen Neutralität, ausgebaute Zivilschutzanlagen und der immer wieder betonte Defensivcharakter der Bewaffnung haben das Bewusstsein der Schweizer so stark beeinflusst, dass sie (noch) keine entscheidenden Schritte für den Frieden tun wollen.

Hans Ruh, Professor für Sozialethik an der theologischen Fakultät der Universität Bern: «Das Problem liegt noch an einem anderen Ort: Wir haben es nicht fertiggebracht, auf die Waffenausfuhr in die dritte Welt zu verzichten. Wir sind nicht entschlossen zum totalen Einsatz für die dritte Welt; wir sehen zu schnell in Kritikern unserer Gesellschaftsordnung den Feind; wir haben es nicht einmal fertiggebracht, die wenigen Dienstverweigerer menschlich zu behandeln.»

Hier genau setzt auch die Arbeit der Schweizerischen Friedensorganisation an. So hat der *Schweizerische Friedensrat* (SFR), Dachorganisation von 14 Friedensorganisationen, und sinnverwandte Gruppen die Arbeitsschwerpunkte auf folgende Gebiete gelegt: *«Waffenausfuhrverbot», «Aktionen gegen die W' 81»* / *«Kampagne gegen die Atomexporte»* (Sulzers Bombengeschäft mit Argentinien) / *«Friedenserziehung», «Kampf gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schweizer Schulen»* / *«Kampagne gegen den Weitzel-Bericht, der die Einführung einer oblgatorischen Dienstpflicht für Frauen vorsieht»* / *«Unterstützung der Militärdienstverweigerer und der ‹Tatbeweis›-Zivilschutzinitiative»* / *«Konzept für ein Schweizerisches Friedensinstitut».*

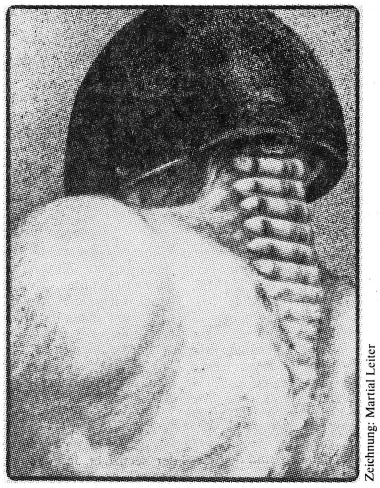
Diese Friedensarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie in erster Linie auf die Aktivierung des Bürgers zielt und sich weitgehend an den *sozialen Bewegungen* in der Schweiz orientiert.

Rüstungsreferendum geplant

Aber auch die *internationalen* Aspekte der Friedenssicherung gewinnen an Bedeutung. Die im August vergangenen Jahres gegründete Gruppe *«Bellerive»,* der unter anderem *Denis des Rougement* und *William Visser't Hooft,* Ehrenpräsident des Ökumenischen Kirchenrates, angehören, verabschiedete Anfang April eine Erklärung, in der die Einführung von taktischen Atomwaffen auf den europäischen Schauplatz aufs schärfste verurteilt wird. Die PdA-nahe *Schweizerische Friedensbewegung* versucht ebenfalls, verschiedene Kampagnen zu diesem Thema durchzuführen. Die in diesen Tagen gegründete Zürcher *Arbeitsgruppe «Atomwaffen Nein»* will zusammen mit dem Schweizerischen Friedensrat den Aufruf der britischen Russel Peace Foundation für eine *atomwaffenfreie Zone in Europa* popularisieren. Am 20. Juni will die Arbeitsgruppe mit Standaktionen in verschiedenen Schweizer Städten an die Öffentlichkeit treten.

Auch die parlamentarische Ebene bleibt nicht ausgespart. Im März behandelte der Nationalrat die parlamentarische Einzelinitiative *Herczog* (POCH), welche die Einführung des *Referendums für Rüstungsprogramme,* wenn diese die Kreditsumme von 100 Millionen Franken übersteigen, verlangte. Der Vorstoss wurde, wie vorauszusehen war, mit 126 zu 22 Stimmen abgewiesen. Das Rüstungsreferendum soll nun auf dem Wege der Volksinitiative durchgesetzt werden. Das anfängliche Initiativkomitee, das sich kurz nach der Zürcher Wehrschau gebildet hatte, war nicht sehr arbeitsfähig und wartete die Unterstützung durch die SPS ab, worauf diese beschloss, die Initiative selber und im Alleingang zu lancieren (der Start ist für September 1981 vorgesehen).

Zu einer ersten ausgedehnten Rüstungsdebatte könnte es aber schon sehr bald kommen: In der Junisession hat sich das Parlament mit der Tiger-Rechnung auseinanderzusetzen. ●



Zeichnung: Martial Leiter

Eine umfassende Dokumentation über die Aktivitäten des Schweizerischen Friedensrates findet sich in der Jubiläumsschrift «Rückblick für die Zukunft», welche anlässlich seines 35jährigen Bestehens im April dieses Jahres aufgelegt wurde. Die Broschüre orientiert auch ausführlich über Ziel und Zweck aller in der Schweiz aktiven Friedensgruppen. Sie kann gegen 6 Fr. beim Schweizerischen Friedensrat, Postfach 3185, 8023 Zürich, oder bei «buch 2000», Postfach, 8910 Affoltern a. Albis, bestellt werden.

Die neue US-Wirtschaftspolitik

Alle Macht den Reichen

*Von Ernest Mandel**

Nachdem das amerikanische Repräsentantenhaus Reagans Budgetplan mit 253 gegen 176 Stimmen billigte, kann nun die neue US-Administration ihre Wahlversprechen wahr machen: Rüstungsausgaben in Rekordhöhe, damit sich die USA international als Kraftprotz Nr. 1 bestätigen; Steuergeschenke an die Unternehmer, drastische Streichungen bei den Sozialausgaben – kurz: mehr Geld für die Besitzenden, damit die Ärmen fleissiger werden.

Mit der Wahl Ronald Reagans zum Präsidenten der Vereinigten Staaten rundet sich das Bild einer historischen Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik des westlichen Grosskapitals ab, die bereits von der Carter-Verwaltung angedeutet und von der britischen Thatcher-Regierung exerziert wurde (auch der gaullistische Präsidentschaftskandidat Chirac hätte Reagan und Thatcher im Fall seiner Wahl nachgeahmt). Es handelt sich um eine radikale Abkehr von der jahrzehntelang vorherrschenden Politik der Vollbeschäftigung und Milderung gesellschaftlicher Spannungen. Was sich jetzt durchsetzt, ist ein Scharfmacherkurs des radikalen Abbaus von Sozialleistungen und der Rückkehr zur dauerhaften Massenerwerbslosigkeit. Eng verbunden mit dieser Wende in der Wirtschaftspolitik sind eine Umwälzung in den vorherrschenden Strömungen der bürgerlichen Nationlökonomie sowie eine radikale Umwertung der ethischen und kulturellen, das heisst der ideologischen Prioritäten (vgl. dazu: «Die Welt ist nur für Starke da», über die «Nouvelle Droite», S. 13).

Wirtschaftspolitik in der Krise

Normalerweise gibt es *zwei Möglichkeiten bürgerlicher Wirtschaftspolitik* unter den Bedingungen einer ernsten Wirtschaftskrise. Die erste zielt darauf, durch Erweiterung der Nachfrage die Wirtschaft anzukurbeln. Sie wird demnach während der Krise das Defizit des Staatshaushalts (bzw. die Höhe der Staatsschulden) erweitern, die Sozialleistungen erhöhen, Lohnkürzungen vermeiden, den Konsumgütersektor ausbauen und auf ein Steigen der privaten Investitionen hoffen. Diese Politik ist eng mit dem Namen des britischen Nationalökonomen *Keynes* verbunden.

Die andere Variante bürgerlicher Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten geht den entgegengesetzten Weg. Die Investitionsfreudigket der Privatwirtschaft soll gesteigert werden durch massive Steuerabstriche und Subventionen, die produktive Investitionen begünstigen. Dies führt zwangsläufig zu bedeutsamen Streichungen von Sozialleistungen, da sonst der Staat bankrott machen würde. Gleichzeitig entsteht ein massiver Druck auf die Löhne.

Erst wenn sich ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht eingespielt hat – lies: wenn die Profite genügend gestiegen sind – kann es wieder zu expansiver Lohn- und Sozialleistungspolitik kommen. Diese Politik der Zügelung der Nachfrage, um Staatshaushalt, Zahlungsbilanz und Währung ins Gleichgewicht zu bringen, wird im allgemeinen *Deflationspolitik* genannt.

Kann die Wirtschaft ihre Politik auswählen?

Jede kapitalistische Vollbeschäftigungspolitik stimuliert inflationäre Tendenzen. Wenn bei Beginn der Krise die Inflationsrate 4 oder 5 Prozent beträgt, ist das nicht weiter tragisch. Übersteigt die Inflationsrate aber bereits vor der Krise die 10 Prozent, dann droht eine keynesianische Ankurbelungspolitik, sie in die Nähe von 15 Prozent zu bringen und somit unkontrollierbar zu machen.

Als Reagan gewählt wurde, gab es in den USA eine Inflationsrate von 12 Prozent und ein Defizit des Staatshaushalts von etwa 80 Milliarden Dollar bei gleichzeitig stagnierender Arbeitsproduktivität in der Periode 1974–1980. Unter diesen Bedingungen hatte das amerikanische Grosskapital kaum eine Wahl, welche Wirtschaftspolitik es vorziehen sollte. Zumal eine bürgerliche Regierung immer das Ziel hat, den Profit zu sichern, nicht den Massen-Wohlstand zu gewährleisten; das letztere kommt höchstens als zeitweiliges Nebenprodukt des ersteren auf.

Aber es gibt nicht nur *eine wirtschaftliche,* es gibt auch *einen gesellschaftspolitischen Zwang* der die Wahl zwischen den möglichen Varianten bürgerlicher Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten entscheidet. Dieser gesellschaftspolitische Zwang wird durch das bestehende Kräfteverhältnis der grossen Gesellschaftsklassen bestimmt. Wenn die Arbeiterklasse trotz Massenerwerbslosigkeit einen bestimmten Bestand an gewerkschaftlicher Organisation, an Klassenbewusstsein und an Kampfkraft behält, dann wird sie auf radikale Streichungen und Sozialleistungen, auf den Abbau der Reallöhne und auf Versuche, die Erwerbslosigkeiten bis auf 10 oder 15 Prozent der Lohnabhängigen zu erweitern, so scharf reagieren, dass eine schwere Gesellschaftskrise die unausweichliche Antwort auf eine Deflationspolitik wird. Dies dürfte sich gegenwärtig in Grossbritannien anbahnen.

Was demnach der Wahl bestimmter Varianten bürgerlicher Wirtschaftspolitik zugrunde liegt, ist *ein Urteil* über den Grad der Wirtschaftskrise und über ihre Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Dieses Urteil mag objektiv richtig oder falsch sein – Frau Thachter hat sich bezüglich der Reaktion der britischen Arbeiterklasse offensichtlich geirrt – *es wird selbst zu einem Tatbestand,* der die Wahl der Wirtschaftspolitik entscheidend mitbestimmt.

Weniger Steuern, mehr Waren?

Nationalökonomischer Hintergrund der Reaganschen Wirtschaftspolitik ist die sogenanne *Angebotswirtschaft (supply economics).* Nach dieser Theorie liegt die Hauptursache der Krise nicht in der fehlenden Nachfrage, sondern im fehlenden Angebot. Die Krise sei keine *Überproduktionskrise,* sondern eine *Mangelkrise.* Dies wird nicht nur auf den Energiesektor bezogen, sondern allgemein auf die mangelnde Steigerung der Arbeitsproduktivität, die als strukturelle, langfristige Hauptursache der Inflation angesehen wird. Für die Theoretiker dieser Richtung gilt die Regel, Inflation bestehe letzten Endes darin, dass zuviel Geld hinter zuwenig Waren herläuft. Sie wollen das Übel deshalb dadurch überwinden, dass sie den Warenstrom, das heisst die Produktion, das heisst die produktiven Investitionen, vermehren.

Die *radikalen Steuerkürzungen,* die Reagan in seinem Wahlkampf versprach und die sein erster Haushalt auch durchsetzen soll – pauschaler Einkommenssteuerabbau von etwa 30 Prozent innerhalb von drei Jahren, *kommt vor allem den Reichen zugute.* Dies soll die Spar- und Investitionsfreudigkeit begünstigen und so Produktion und Produktivität (u. a. durch Modernisierung der Anlagen) schneller wachsen lassen.

Sehr realistisch ist die Politik rein wirtschaftlich gesehen kaum. Die Diagnose, es fehle dem US-Grosskapital heute an Mitteln, um seine Produktionskapazität auszubauen, stimmt einfach nicht. Was auf die Unternehmerinvestitionen drückt, sind weder der hohe Zinsfuss (der ist immer nur relativ hoch, da der Inflationsrate von 13 Prozent Rechnung getragen werden muss) noch das mangelnde Kapital, sondern die *gewaltigen Überkapazitäten.* Während der gesamten Rezession waren durchschnittlich *ein Viertel der Industriekapazitäten* der US-Wirtschaft ungenutzt. Wie man da von einer «Mangelkrise» reden kann, bleibt unerklärlich. Dieser Begriff könnte höchstens auf gewisse Teilbereiche (Energie, technologische Durchbruchssektoren usw.) angewandt werden. Aber auch da zeigt sich sofort, dass von Kapitalmangel kaum die Rede sein kann. Auch die abstrusesten Projekte in diesen Bereichen (zum Beispiel des Biotechnik-Sektors), findet sich Anlagekapital im Überfluss, sogar wenn auf 5 Jahre hinaus keinerlei Rendite gesichert ist.

Solange die bestehenden Überkapazitäten nicht abgebaut sind, werden Steuerbegünstigungen an das Grossbürgertum und Geschenke an die Unternehmen keinerlei Investitionsboom verursachen. Aber um diese Überkapazitäten

* Aus: «konkret» 6/81, leicht gekürzt.

Ideologische Versuchungen eines Liberalismus in Krise

Die Welt ist nur für Starke da

Mitterrand est président, die Mehrheit der Franzosen hat, lange erwartet, die Linke gewählt. Eine linke Mehrheit auch bei den Anfang Juni angesetzten Parlamentswahlen würde einen ersten Durchbruch bedeuten. Dies zu einem Zeitpunkt, da die Reagan-Administration in allen Richtungen Nord–Süd wie West–Ost, politisch wie militärisch, die Offensive zu gewinnen sucht und Grossbritannien unter der Regierung Thatcher als erstes industriell entwickeltes Land zum Experimentierfeld einer strikt monetaristischen Wirtschaftspolitik wurde, was bisher südamerikanischen Militärdiktaturen (Chile, Argentinien) vorbehalten war. Kanzler Schmidt geht seinen (letzten) Gang als Juniorpartner der USA (Nato-Nachrüstungsbeschluss), getreu dem bekannten Zusammenspiel zwischen wachsender ökonomischer Krise und Beschwören des Reformkurses.

«Neue Rechte» – unter dieser Bezeichnung firmieren die Träger der politischen Strömungen, welche die zu erwartenden Krisen-Abwehrmassnahmen *ideologisch* vorantreiben sollen in Frankreich. Die bekanntgewordenen Tätigkeiten der Freimaurerloge P 2 (Propaganda 2) decken für Italien den gleichen Zusammenhang auf: Infiltration staatlicher Institutionen, Medienkontrolle, Zusammenarbeit mit neofaschistischen Organisationen. Nach der Wahlniederlage dürften die Vertreter der «Nouvelle Droite» bei den Verlierern willkommener denn je sein. Denn letztere interpretieren erfahrungsgemäss ihre Niederlage nicht als «demokratischen Wechsel», viel eher als weiteres Symptom der Krise.

Christian de Brie analysiert im folgenden Herkunft, Produktionsweise und Absatzstrategie der Neuen Rechten in Frankreich*. Man kann die Gebilde der extremen Rechten als Anhäufung martialischer Substantive und abstrakter Gegensätze betrachten; zu lesen aber sind sie als Umschreibung eines sich fortwährend enthüllenden Aktionsprogramms. *Norbert Wernle*

---

* *«Le discours orchestré contre l'égalité» aus «Le monde diplomatique», Mai 1981.*

Neue Rechte

«Konzertierte» Kampagne gegen die Gleichheit

«Obwohl die exzessiven Ungleichheiten vermindert werden müssen, war ich nie ein Verfechter einer egalitären, die Lebensbedingungen nivellierenden Gesellschaft. Dies wäre absurd.»
V. Giscard d'Estaing, «Figaro Magazine», 28. 2. 1981

«Die Gleichheit verabscheuen», diese Parole verbindet die «Neue Rechte». *Es ist an der Zeit, auszusprechen, dass der Egalitarismus, niedrige Leidenschaft einer niederen Epoche, weder Freiheit noch Gerechtigkeit bedeutet.»* Denn, *«soll Gleichheit herrschen, muss sich der Staat breitmachen. Wohin führt dies? Zum Kommunismus, welcher eine Tyrannei ist. Oder zur absolutistischen Sozialdemokratie, einer anderen, sterilisierten Form der Tyrannei[1].» «Es existiert ein direkter Zusammenhang zwischen der durch Egalitarismus hervorgerufenen Uniformierung und dem Totalitarismus[2].»*

Man muss endlich Schluss machen mit dem Tabu namens *«Gleichheit»*. Da die Wissenschaft uns gelehrt hat, ein für alle Mal, dass bei der menschlichen Spezies die Vererbung entscheidet, nicht das Milieu, muss man an erster Stelle ein *«biologisch gegebenes Recht auf den Unterschied»* enerkennen und daraus die Konsequenz ziehen. *«Eine nichtegalitäre Konzeption des Lebens vertreten heisst der Überzeugung sein, dass die Verschiedenheit das Wesen der Welt ist und dass diese Verschiedenheit zu wesentlichen Ungleichheiten führt[3].» «Man soll nicht mit Worten spielen. Wenn die Leute verschieden sind, sind sie von Grund auf ungleich[4].»* Die Menschen, aber auch, und aus den gleichen Gründen, die Völker: *«Die Verschiedenheit zwischen den Völkern stammen aus einem unveränderlichen biologischen Erbe und folgen nicht aus unterschiedlichen Produktionssystemen[5].»*

Auf dieser Grundlage *«bezeichne ich als rechtsgerichtet (aus Konvention) die Position, welche die* Verschiedenheit *der Welt und die daraus sich ergebenden* Ungleichheiten[6] *gutheisst, die Angleichung der Welt aber, welche durch die egalitäre Ideologie gepredigt und Schritt für Schritt realisiert wird, verdammt[7]».* Damit das Gute das Schlechte überwindet und die natürlich gegebenen Ungleichheiten triumphieren, müssen Prestige und Überlegenheit der Eliten wiederhergestellt werden, *«denn es existiert ein Punkt, an dem die Gleichheit zur Ungerechtigkeit, verübt an den Besten, wird[8]».* Anders gesagt, *«die Welt schreitet fort, dank ihren eliten»*, und *«jede Entwicklung wird von einer kleinen Anzahl besonders Begabter erzeugt[9]».* Zwei Dinge sind daher geboten; zuerst muss dem «schulischen Kollektivismus» der Gesamtschule ein Ende gemacht werden. *«Vier Gruppen sind zu unterscheiden, um ein genügend differenziertes Bildungsangebot zu erhalten: die ‹Problemkinder›, seien sie geistig behindert, verhaltensgestört oder von Sprach-, Sprech-, Gehörschwierigkeiten betroffen. Dieser Kategorie entsprechen spezialisierte Abteilungen, geführt von spezialisierten Erziehern, die spezielle Methoden anwenden. (. . .) Nach systematischen Reihenuntersuchungen kann diese Erziehung* im frühesten Alter[10] *einsetzen. – Die ‹Durchschnittsgruppe›: Ihr wird ein klar umrissenes Menü vorgesetzt und ein minimales Gepäck bei Schulabschluss abverlangt. – Die Gruppe der ‹guten Schüler›, erblich oder durch Herkunft bevorzugt (. . .). Die spezifische Entwicklung der Schüler soll gefördert und ihnen ab einem gewissen Alter entsprechende Lehrer zugeteilt werden. – Die ‹vorzüglich Begabten›: eine wichtige Kategorie, denn sie sind die Träger der Hoffnungen[11].»*

Zweitens ist eine Ethik der *«Selbstbehauptung»* und des *«individuellen Strebens»* einzuführen. *«Einsatz, Wille, Herrschaft heissen die Stichworte. Wir sind, vor allem andern, für uns verantwortlich, schmieden unser Schicksal selbst. Auf allen Gebieten weisen die Besten die einzuschlagende Richtung an. (. . .) Bei Misserfolg die Schuld zuerst bei sich suchen[12].»* Die Besten? *«Eine kleine Pioniertruppe. (. . .) Die Unternehmer. Gestern: Techniker wie Michel Dassault (. . .), bahnbrechende Organisatoren wie Henry Ford . . . Heute ist derjenige der Unternehmer, welcher den Fortschritt katalysiert, indem er Maschine und menschliche Fähigkeiten zusammenbringt. Letztere findet man weitaus weniger häufig, als man gemeinhin annimmt: ein paar Wissenschafter, Techniker, Methodiker, diesen sind die ‹Vorläufer› zuzuzählen, welche den Wechsel in den Anschauungen, den Sitten, ja in der Zivilisation selbst erkennen. Es ist also nötig, dass diese kleine Gruppe gut funktioniert. Nun, angesichts der zunehmend damit verbundenen Risiken braucht es starke Motivationen: Aussicht auf beträchtliche (Einkommens-)Vorteile und gehobenes Sozialprestige[13].» «Das Gedeihen einer Nation ruht immer auf zerbrechlicher Grundlage: Sie zu zerstören genügt es, das Prinzip der Gleichheit verwirklichen zu wollen[14].»*

abzubauen, müssen halbbankrotte und unrentable Grosskonzerne wie *Chrysler* verschwinden. Aus politischen Gründen kann sich die Reagan-Administration dies nicht leisten. Denn im Widerspruch zu ihren ideologischen Forderungen rennen die tapferen Ritter des «freien Unternehmertums» mehr denn je zu Vater Staat, um Subventionen zu erbetteln, ohne die sie ihre Vermögen nicht mehr retten könnten.

Das Kapital im Angriff

Das einzige, was die Steuersenkungen demnach erzeugen, ist eine *Umverteilung des Nationaleinkommens* zugunsten der Reichen und auf Kosten der Armen. Kranke, Invalide, unverheiratete Mütter, erwerbslose Jugendliche sollen die Kosten der Krise zahlen. Neu ist das alles nicht. Und schön ist es bestimmt auch nicht.

Aber Reagan steuert noch grösseren Widersprüchen entgegen. Zweck der massiven Etatkürzungen (beinache 40 Milliarden Dollar!) war es angeblich, das Gleichgewicht des Staatshaushalts in drei Jahren wiederherzustellen. Da aber die Steuersenkungen (das heisst die Einkünfte der öffentlichen Hand) die Senkungen der Sozialleistungen weitgehend wettmachen, dürfte dieses Ziel kaum zu erreichen sein. Dies um so weniger, als die Wirtschaftspolitik Reagans *gleichzeitig eine massive Erhöhung der Militärausgaben* beinhaltet, die bereits die jährliche 200-Milliarden-Dollar-Grenze überschritten haben und die schwindelerregende Höhe von 250 Milliarden Dollar erreichen sollen (ein Vierjahresplan von 1 000 000 000 000 Dollar Rüstungsausgaben).

Auch das ist ebensowenig Zufall (oder «freie Wahl») wie die regressive Sozialpolitik. Wirtschaftskrise ist nicht nur *Aggression* des Kapitals *nach innen* (gegen die eigene Arbeiterklasse). Es ist auch wachsende *Aggression* des Kapitals *nach aussen;* mit aller damit verbundener *Kriegsgefahr.* Denn klar ist: Der eingeschlagene Weg führt nicht zu den vorgeschützten Zielen wie Gleichgewicht des Staatshaushalts oder Überwindung der Inflation. ●

Die neue Innere Ordnung

Bezugnahme auf unantastbare Rechte der «biologischen» Natur, Ungleichheit als Glaubenssache und Hass auf die Demokratie, Kult der Ordnung und der Hierarchie in den sozialen Beziehungen der Menschen und zwischen den Nationen, eine Elite-Moral, gründend auf dem Recht des Stärkeren, Rechtfertigung uneingeschränkter Machtbefugnisse der herrschenden Cliquen – keine einzige Neuerung im Katechismus der «Neuen Rechten».

Ihr offensichtlicher Erfolg hat offenbar andere Gründe. Neu ist das abgestimmte Vorgehen, in Frankreich, wie in den andern westlichen Ländern, hinsichtlich der politischen Kampagne für «Ungleichheit». Angestrebt wird nicht mehr und nicht weniger als die ideologische Rechtfertigung der Massnahmen zur inneren Sicherheit, die sich im Zuge der Änderungen im Gefüge der internationalen Arbeitsteilung, Ursprung der Krisenerscheinungen, aufdrängen: Rückkehr zum «Manchester»-Liberalismus, Fallenlassen der verschiedenen staatlichen Planungsmassnahmen, Freigabe der Preise; umfassende Angriffe gegen die sozialen Errungenschaften und im Arbeitssektor – Entlassungen, Arbeitslosigkeit, Beeinträchtigung freier Gewerkschaftstätigkeit und des Streikrechts, Abbau der sozialen Sicherungen; neue Techniken und Ausbau der sozialen Kontrolle im Polizei-, Erziehungs-, Informations- und Gesundheitswesen, auf kultureller Ebene, im Ausbildungssektor und in der Kaderpolitik.

Um den Angriff erfolgreich durchzuführen, müssen andere Schlagworte her als die – grösstenteils sehr schwärmerischen – in den letzten 35 Jahren zur Kennzeichnung der liberalen Demokratien: Chancen- und Rechtsgleichheit, Erweiterung der politischen Rechte, Staatseingriffe im öffentlichen Interesse, Massnahmen gegen soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, Wachstum, Mitbestimmung, gerechte (Einkommens-)Verteilung. Wie in jeder schwerwiegenden Krisensituation greifen die politischen und wirtschaftlichen Führungsschichten auf die Motive der extremen Rechten zurück (. . .).

Den geistigen Boden vorbereiten

Wie mehrere Untersuchungen gezeigt haben[15], ging die «Neue Rechte» direkt aus den extremistischen Gruppierungen der sechziger Jahre hervor: Jeune Nation, Fédération des Etudiants nationaliste, Europe Action, Occident, Ordre Nouveau. Aufgrund ihrer Erfahrung des Scheiterns von politischer Strategie und grobschlächtigem Aktivismus beschliessen einige Kader, den Kampf der extremen Rechten auf einer andern, der kulturellen Ebene zu führen; dies sei *«notwendige Voraussetzung eines jeden Erfolges im politischen Rahmen[16]». «Wiederholen wir: die Neue Rechte führt die Auseinandersetzungen auf kulturellem Gebiet oder, um einen von ihr geschätzten Ausdruck zu gebrauchen, auf dem Gebiet der Metapolitik[17].»* Anvisiert wird *«die zunehmende Anfälligkeit der öffentlichen Meinung gegenüber einer metapolitischen Botschaft, welche eher aufgenommen und akzeptiert wird, je weniger ihr zielgerichteter und suggestiver Charakter erkennbar ist[18]».* Das Ziel besteht darin, *«die geistige Entwicklung derjenigen zu beeinflussen, die in den nächsten Jahren die Schalthebel der Macht besetzen[19]».*

Um die gedankliche Ausrichtung der Eliten zu steuern und die extremistischen Ideen zu propagieren, hat die «Neue Rechte» eine Reihe verschiedener Organisationen ins Leben gerufen; sie verfügt über beträchtliche Mittel. Das Zentrum dieses Dispositivs bilden der GRECE (Groupe de recherche et d'études sur la civilisation européenne) und die Zeitschrift *«Nouvelle Ecole»*, gegründet 1968/69 von J. C. Vella, J. Bruyas, A. de Benoist etc. (. . .) Im *«Figaro Magazine»* (Robert Hersant und Louis Pauwel) werden die wichtigsten Themen nochmals aufgegriffen und fürs grosse Publikum zurechtgemacht.

Um Widerständen vorzubeugen, Herkunft und Zielsetzungen zu tarnen und die Uneingeweihten zu verwirren, versucht die «Neue Rechte» ihre Spuren zu verwischen. Einmal, indem sie nie geschriebene Werke für ihre Zwecke reklamiert und wissenschaftlich verbrämten Werken aller Sorten «Doktoren» der Rassenlehre Reverenz erweist, alles mit grossem Aufwand an Zitaten. Weiter mit angepasster Wortwahl und entsprechender Präsentation der so entstandenen Produkte: *«Auf keinen Fall dürfen die (. . .) politischen Ziele enthüllt werden (. . .). Wir müssen unsere Absichten als Revolution auf intellektuellem und moralischem Gebiet darstellen und die politische Strategie nur mit äusserster Vorsicht erörtern[20].» «Wir müssen vorsichtig sein in der Wortwahl, hauptsächlich gegenüber einer verjährten Phraseologie[21].»*

Schiesslich verbirgt sie sich hinter wechselnden Pseudonymen und leugnet organisatorische Zusammenhänge. (. . .) Ab und zu aber wird die Devise, eine kompromittierende Phraseologie zu vermeiden, vergessen. *Yvon Plot*, Mitglied des Führungsgremiums des RPR (Anm.: Rassemblement populaire républicain, gaullistisch), alias *M. Norey: «Es braucht Sklaven, damit eine neue Aristokratie heranwachsen kann (. . .). Grosse Unternehmungen, grossangelegte Experimente kollektiver Disziplin und Selektion werden notwendig sein.»* Oder der vornehme *Alain de Benoist*, Journalist beim «Figaro Magazine», alias *Robert de Herte*, Herausgeber der *«Elements»*, alias F. Laroche in *«Europe Action»*, wo er sich auch mit weniger vornehmen Themen befasste: *«Existiert ein Faktor des Zerfalls in der weissen Rasse selbst? Ja, diesen Faktor bildet der biologische Ausschuss . . .[22] (. . .).»*

Ein kurzer Blick auf das Patronatskomitee von «Nouvelle Ecole» genügt, um die internationalen Verbindungen zwischen der «Neuen Rechten» und dem Neonazismus zu belegen: Robert Pearson, Präsident der nordischen Liga, deren Ziel in der *«Einheit aller teutonischen Nationen»* besteht, Mitglied der antikommunistischen Weltliga, welche Verbindungen zur Moon-Sekte unterhält; Franz Altheim, ehemaliger Hitler-Kollaborateur; D. J. Hofmeyer, Gründer der südafrikanischen Gesellschaft für Genetik, etc. schliesslich Louis Claude, Professor an der Schule für Anthropologie in Paris, Popularisator der *«Erklärung von Uppsala»*. Er schliesst den Kreis: *«Die Albernheiten einer dämonischen Politik der Rassengleichheit bringt es noch so weit, dass die gelben und schwarzen Horden eines Tages Europa ihr Gesetz aufzwingen werden, unsere weissen Frauen und Töchter vergewaltigen, in gieriger sexueller Raserei, und die Männer einer negro-chinesischen Sklaverei unterwerfen, aus der es kein Entrinnen gibt[23].»*

Demokratien haben ihre Kehrseiten. Hinter der Fassade der liberalen Ideologie, des Geredes von Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit, unterliess es das Grossbürgertum und das «big business» nie, ihre Profitlogik zu entwickeln. Aber im Augenblick verschärften Konkurrenzkampfes, sich beschleunigenden ökonomischen Strukturwandels, wenn die Hindernisse rasch beiseite geräumt und der Widerstand der Opfer gebrochen werden muss, sind alle Mittel recht, und das ganze Dekor gerät ins Wanken. Man zögert nicht, die Verfechter des rechten Extremismus, des Faschismus und Neonazismus auf den Plan zu rufen; die Verbindungen wurden ohnehin nie unterbrochen, weder hier noch anderswo; besonders in Südamerika hat die Rechte ihr «handwerkliches Können» unter Beweis gestellt. Heute, in Frankreich, wartet die «Nouvelle Droite», hübsch zurechtgemacht in Mokassins im Vorraum. Wird man sie in den Salon einlassen mit rasiertem Nacken und die Stiefel an? *Christian de Brie*

(Übersetzung Norbert Wernle)

---

1 Louis Pauwels, Figaro Magazine, 28. Februar 1981
2 Alain de Benoist, Figaro Magazine, 29. November 1980
3 Alain de Benoist, Vu de droite, Paris 1977, S. 16
4 Alain de Benoist, France-Soir, 20. Juli 1979
5 Europe Action, 7. Juli 1963
6 Im Text unterstrichen
7 Alain de Benoist, Eléments, Januar 1976, S. 21
8 Louis Pauwels, Figaro Magazine, 21. Februar 1981
9 M. Poniatowski, Cartes sur table, Paris 1972, S. 23
10 Im Text unterstrichen
11 Philippe Baccou, Le Grand Tabou, Paris 1981, S. 233
12 ebd., S. 85
13 ebd., S. 153–155
14 ebd., S. 182
15 Droit et liberté, Dezember 1979, Januar 1981
16 J. C. Valla, Dix ans de combat culturel, 1977, S. 74
17 Alain de Benoist, Les Idées à l'endroit, 1979, S. 21
18 ebd., S. 258
19 Robert de Herte, alias A. de Benoist, Eléments, April 1977, S. 3
20 Bulletin interne du GRECE, Januar 1969
21 Bulletin interne du GRECE, Februar 1969
22 F. Laroche alias A. de Benoist, Europe Action, zitiert in Temps présents, Nr. 30, S. 6
23 Le Message d'Uppsala, zitiert in Temps présents, November 1980

Inserat

Donnerstagabend-Kurs (14täglich)
in der Stiftung Studienbibliothek
(zur Geschichte der Arbeiterbewegung),
Wildbachstr. 48, 8008 Zürich,
Tel. (01) 55 44 36

Kursthema:
Von der Utopie zur sozialistischen und genossenschaftlichen Praxis

Die Kursabende finden jeden zweiten Donnerstag ab 19.30 Uhr an der Wildbachstr. 48 statt. Ab 18.30 Uhr ist jeweils eine Ausstellung von Dokumenten, Büchern, Plakaten und Zeitungen zum Thema zusammengestellt. Die Teilnahme am Kurs ist kostenlos.

Fifty-fifty oder der sichere Weg zu Taschengeld

Die WochenZeitung

Wer möchte helfen, die «WochenZeitung» auf die Strasse zu bringen? Wir suchen Verkäuferinnen und Verkäufer der «WoZ»-Null-Nummer vom 1. Juli 1981. Du kaufst uns die Zeitungen ab für 1 Fr./Stück, verkaufst sie für 2 Fr. (aufgedruckter Preis). Was Du nicht abbringst, kaufen wir zurück (1 Fr./Ex).

Treffpunkte (Zürich): 1) Weinbergstrasse 31
2) Ecke Sihlquai/Limmatstrasse (Roter «WoZ»-Renault R4)
Zeit: Mittwoch, 1. Juli 1981, 19.00 bis 20.30 Uhr
Mitbringen: Pro gewünschtem Exemplar 1 Fr.

Am Verkauf Interessierte aus andern Städten/Regionen melden sich bitte am «WoZ»-Telefon (01) 69 28 28.

Sardinien

Abflug jeden Samstag ab Zürich oder Genf nach Olbia.

Tennis

Könner und alle, die es werden könnten, treffen sich in Alghero. 1 Woche Fr. 990.- Auf Wunsch auf 2 Wochen (Fr. 1490.-) oder 1 Woche zusätzlich auf eigene Faust (Fr. 1020.-). Neu: 1 Woche Tennis und 1 Woche Rundreise mit SUNDECKER, Fr. 1290.-.

Baden

14 Tage lang dem Alltag davonschwimmen und am kilometerlangen Strand bei Alghero unter sardinischer Sonne liegen. Fr. 1090.- bis 1260.-, alles inbegriffen.

Wandern

Sardinien auch dort kennenlernen, wo man nur zu Fuss hinkommt.
23.5.-6.6., 6.-20.6. Fr. 1130.-
5.-19.9., 19.9.-3.10., 3.-17.10. Fr. 1150.-

Auf eigene Faust

Mach, was du willst.
14 Tage lang Fr. 490.- - 560.-, inklusive 2 Uebernachtungen in Olbia.

Zuhören und Gewinnen
Auf Nr. 01 - 241 99 22 kannst du tolle Reisegutscheine gewinnen!

SSR-Reisen

Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern
St. Gallen und Zürich
Telefonverkauf 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

Tramp doch ämal inä!

■ OFFSET-SYSTEMDRUCK

EXEMPLARE	1-seitig	beidseitig
bis 200	15.80	29.40
300	22.--	40.40
400	26.50	48.20
500	29.60	53.20
600	32.20	57.20
700	34.80	61.20
800	37.30	65.--
900	39.70	68.60
1000	42.--	72.--
2000	78.--	132.--
5000	171.--	282.--

■ PLASTIC-SPIRALBINDUNGEN

■ BROSCHÜREN

(Dissertationen)

■ XEROX - DRUCKKOPIEN

Preise (pro Vorlage)

1	50 Druckkopien		10 Rappen/Druckkopie
	60 Druckkopien	=	Fr. 5.70
	70 Druckkopien	=	Fr. 6.30
	80 Druckkopien	=	Fr. 6.80
	90 Druckkopien	=	Fr. 7.20
	100 Druckkopien	=	Fr. 7.50
	150 Druckkopien	=	Fr. 11.25
	200 Druckkopien	=	Fr. 15.--
	jede weitere Druckkopie	=	7,5 Rappen

SORTIEREN GRATIS

A 4 Kopien (IBM und XEROX-Bücherkopierer)	15	Rappen
A 3 Kopien	30	Rappen
Verkleinerungen (stufenlos 100 % bis 61 %)	25	Rappen

Montag bis Freitag 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr
SAMSTAG: Nur Copy-Center Sonneggstrasse 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG

ADAG COPY-CENTER
Sonneggstrasse 25
8006 Zürich
Tel. 01/47 35 54

ADAG COPY-CORNER
Seilergraben 41
8001 Zürich
Tel. 01/251 49 34

ADAG COPY-CENTER
Josefstrasse 32
8005 Zürich
Tel. 01/42 49 48

242 11 12

braucht
Hörer, (01) 242 11 12
Informanten (01) 242 63 27
und Gönner (PC) 80-53650)

«Wer ab Oktober 1981 weiterhin eine Zeitung à la «konzept» will, muss auf die neue ‹WochenZeitung› umsteigen.»

«Klartext» 3/81

DO YOU SPEAK ENGLISH? YES!

Southbourne School of English (SSE)
Bournemouth

English Language Summer Schools (ELSS)
Bournemouth, Cambridge, Poole, Dorchester, Torquay

Sekretariat SSE ELSS
Mattenenge 2
3011 Bern

Zivildienst-Kampagne-Lager
12. bis 19. Juni Säuliamt

Halbtags Arbeit im «Engel» in Ottenbach, Rest der Zeit Kampagne für ZD-Initiative.

Organisation:
ZD-Regionalgruppe Zürich/CFD Bern
Kontakt: Rolf (01) 38 14 69

Nach **ENGLAND** *für Englisch*

☐ Seriöse Sprachferien für Jugendliche (ab 11) mit mit begleiteter Gruppenreise
☐ Intensiv-/Einzelkurse für Erwachsene in Oxford London und Bristol, das ganze Jahr über

Informationen und Gratisprospekt verlangen!
Name/Vorname:
Strasse:
Pz./Ort:

Oxford Intensive School of English
OISE
Oxford Intensive School of English
Lerchenstr. 14, 4147 Aesch-Basel
Telefon 061 78 24 53

Kaum zu glauben:
Xerox-Kopien zu 8 Rp. das Stück!
(Ab 70 Stück 7 Rp.)

Spiral-Bindungen in kürzester Frist!

Keinerlei Sortierkosten!

Kopien aus Büchern nur 15 Rp.!
Mit Legi 10% billiger!

KOPIRRSINN!

Druck von Liz-Arbeiten und Dissertationen!

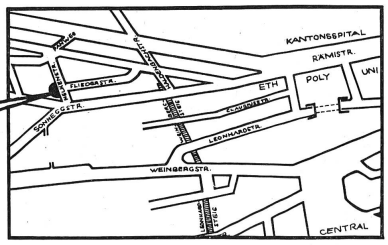
Wir drucken auch Verilith und Offset!

Wir lochen, heften und binden!

Individuelle Beratung!

SDZ

LetraLetters
Beschriftungsfolien für Büro, Schule, Haushalt und Hobby!



STUDENTEN DRUCK ZENTRALE
SDZ / Nelkenstr. 7 / 8006 Zürich / (01) 361 01 31

NZS: Die neue Hoffnung der polnischen Studenten

Parallel zur Gewerkschaftsbewegung kämpfen

Ein Streik an der Hochschule von Lodz, der einen Monat dauerte, und anschliessende Vorlesungsboykotte an verschiedenen anderen höheren Schulen in Polen haben schliesslich dazu geführt, dass der unabhängige Studentenverband NZS am 17. 2. 1981 von den Behörden anerkannt wurde. Über das Entstehen dieser Organisation und ihr Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung in Polen berichtet Henri Weisen aus Lausanne.

Im Rahmen eines Studentenaustauschs zwischen der Technischen Hochschule von Warschau und der ETH Lausanne befand sich Ende Februar dieses Jahres eine Gruppe polnischer Studenten in Lausanne. Dabei hatte ich Gelegenheit, Gespräche mit NZS-Aktivisten vom unabhängigen polnischen Studentenverband zu führen. Für eine aussenstehende Person ist es unmöglich, alles zu erfassen, was im Moment in Polen vorgeht. Ich beschränke mich deshalb darauf, möglichst genau das Wichtigste dessen wiederzugeben, was ich an Informationen und Meinungen im Verlauf der Gespräche gehört habe.

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Eigenes Geschichtsbewusstsein

Ein polnischer Studentenverband (ZSP) existierte bis 1973, der trotz seiner Abhängigkeit von der Regierung die Unterstützung der Studenten besass. Im gleichen Jahr wurde er ersetzt durch einen sozialistischen polnischen Studentenverband (SZSP), der mit der Kommunistischen Partei verbunden war und dessen Aktivitäten bis ins Detail auf das Parteiprogramm ausgerichtet waren. Formell gehörten etwa 80% der Studenten zum SZSP. Die Organisation war aber an der Basis nie sonderlich beliebt, da sie völlig zentralistisch aufgebaut ist. Zudem sind fast die Hälfte der Studentenvertreter nicht Studenten, sondern Funktionäre, die teilweise über 40 Jahre alt sind. Das hat zur Folge, dass praktisch alle wichtigen Posten, sogar schon auf Fakultätsebene, mit Parteimitgliedern besetzt sind.

Zahlreiche Oppositionsgruppen haben sich nach 1976 gebildet, darunter das *Komitee zur Verteidigung der Arbeiter* (KOR) und als studentisches Pendant das *Komitee zur Selbstverteidigung der Studenten* (SKS). Sie vertraten im wesentlichen jene Ideen, welche im Gefolge der Ereignisse von 1980 allgemeine Zustimmung in der Gewerkschaftsbewegung gefunden haben. In studentischen Kreisen konnten diese Oppositionsgruppen allerdings nicht richtig Fuss fassen – die Repression war stärker. Richtige Schlägertruppen wurden aus dem SZSP rekrutiert, um die Aktivitäten einer *Gesellschaft für wissenschaftlichen Unterricht* (TKN) lahmzulegen. Diese hatte im universitären Untergrund alternative Vorlesungen zur jüngsten polnischen Geschichte organisiert, zu denen Professoren eingeladen wurden, die mit einem Berufsverbot belegt worden waren.

NZS entsteht

Die Verschlechterung der ökonomischen Situation führte im Sommer 1980 zum Entstehen der bekannten gewerkschaftlichen Opposition und zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft *«Solidarität»*. In ihrem Kielwasser begannen die Studenten nach den Semesterferien, sich in einem unabhängigen Verband zu organisieren. Landesweit wurde der NZS im November letzten Jahres gegründet.

Da keine andere Politik als die Parteipolitik in Polen zugelassen ist, wurde gemäss den Statuten eine apolitische Organisation ins Leben gerufen. Dies widerspricht aber den tatsächlichen Aktivitäten des neuen Studentenverbands. *«Der NZS ist ein Studentenverband, der aktiv am politischen Leben in Polen teilnehmen will. Wir kämpfen für Demokratie, Moral, bürgerliche Rechte und Freiheiten und die freie Entwicklung von Kunst und Kultur. Das Ziel der Organisation besteht im weiteren darin, die sozialen, kulturellen und finanziellen Interessen der Studenten zu wahren.»* (Aus einem Flugblatt des NZS in Breslau).

Im Sommer 1980 hat der parteigebundene SZSP ungefähr drei Viertel seiner Mitglieder verloren. Aber nicht alle ausgetretenen Studenten haben sich dem unabhängigen NZS angeschlossen. Jede der zwei Organisationen vereinigen im Moment etwas weniger als 20% der Studenten auf sich. Der NZS kann jedoch unter den Nichtorganisierten auf eine grosse Anzahl von Sympathisanten zählen.

Zeichnung: G. Seyfried

Ziele . . .

Ausser dem Anspruch auf offizielle Anerkennung durch die Registrierung des Verbands stellte der NZS folgende Hauptforderungen auf:

1. Garantie der Autonomie an den Hochschulen. Bisher wurden die Rektoren vom Minister für das staatliche Erziehungswesen eingesetzt.
2. Grösseres Lehrangebot im Bereich der Geisteswissenschaften, wo sich bislang der Unterricht innerhalb eines dogmatischen Marxismus abspielte.
3. Freie Wahl fremder Sprachen als Studienfach auf Universitätsstufe. Im Moment ist für jeden Studenten Russisch während eines Jahres obligatorisches Pflichtfach.
4. Abschaffung der Zensur. Noch bis zum August letzten Jahres war jede unabhängige Publikation in einer Studentenzeitung streng verboten.
5. Möglichkeit, während der Ferien frei ins Ausland zu reisen. Das Ausstellen eines Passes hängt bisher von einer Bestätigung ab, die der Fakultätsvorsteher ausstellen muss. Diese kann verweigert werden, wenn mangelnde schulische Leistungen bestehen oder vorgegeben werden.
6. Erleichterungen in der Militärdienstpflicht, die einen Theoriekurs von sieben bis acht Wochenstunden im dritten Studienjahr und ein Jahr Militärdienst nach dem Studium umfasst.

. . . und Hindernisse

Der Minister des staatlichen Erziehungswesens, *Janusz Gòrski,* hat zuerst versprochen, die geforderten Reformen einzuleiten. An einigen Hochschulen begann sich die Situation dank der flexiblen Haltung der Rekoren zu bessern. An der Technischen Hochschule von Warschau beispielsweise konnte der NZS ab Dezember 1980 seine Zeitung erscheinen lassen und dazu die Druckerei der Schule benützen. Hinsichtlich des Unterrichts in politischer Ökonomie konnte ein Kompromiss erzielt werden. Gòrski unternahm jedoch gar nichts, und vor allem wurde die Registrierung des NZS nicht zugelassen.

In Lodz, der nach Warschau bedeutendsten Stadt, war die Lage besonders gespannt, da sich der Rektor kategorisch jedem Reformversuch widersetzte. Um Weihnachten wurde es den Studenten von Lodz klar, dass der Streik die einzige Chance ist, um ans Ziel zu gelangen.

Streikaufruf in Lodz

Die Rechtsstudenten in Lodz starteten am 6. Januar eine erste Aktion mit dem Titel *«Solidaritätspause»*. Sie unterbrachen während des Tages die Vorlesungen und Kurse für kurze Zeit, in der Nacht hielten sie ihr Institutsgebäude zwei Wochen lang besetzt. Als sich darauf die ganze Universität diesen Aktionen anschloss, begann der eigentliche Streik.

Verhandlungen mit einer nach Lodz entsandten Regierungskommission führten zu keinem Resultat. Nun weitete sich die Streikbewegung aus auf die Technische Hochschule, die Medizinische Akademie und die Musikakademie.

Neue Forderungen

Zu den übrigen Forderungen verlangten die Streikenden die Freilassung der politischen Gefangenen. Insbesondere betrifft dies 8 Mitglieder der *Konföderation für ein unabhängiges Polen* (KPN), die im November 1980 festgenommen worden waren. Im weiteren forderten sie die Legalisierung und freie Verbreitung emigrierter polnischer Autoren. Schliesslich wollten sie die Urheber des Befehls, auf die Arbeiter von Danzig während des Aufstands 1970 zu schiessen, verurteilt sehen.

Am 28. Januar begannen die Verhandlungen, die ein Komitee, bestehend aus Vertretern verschiedener Hochschulen in Lodz, mit Erziehungsminister Gòrski persönlich führte. Die Mehrheit der Komiteemitglieder gehört auch dem NZS an, aber der Streik war nicht direkt durch den neuen Studentenverband organisiert. Die sture und unflexible Haltung des Ministers provozierte sogar einen kurzfristigen Zusammenbruch aller lokalen Organisationen an der Universität, so dass sich der SZSP, die Partei, die alten Gewerkschaften und die «Solidarität» mit den Streikenden solidarisch erklärten.

Kampfverlauf

Die Streikenden verfügten über einen ausgezeichneten Versorgungsdienst und konnten auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Angestellten verschiedener Fakultäten hatten sich den Besetzern angeschlossen. Ein Pressebüro wurde in den Räumen der Universität eingerichtet. Die Beziehungen zu den Massenmedien gestalteten sich jedoch nicht einfach, wurden doch Resolutionen und Communiqués von Journalisten oder Redaktoren häufig ohne Wissen der Autoren abgeändert und verfälscht.

Als sich die Verhandlungen endlich dem Abschluss näherten, wich Gòrski erneut zurück. Einige Tage vor der Registrierung des unabhängigen Verbandes verlangte er eine Statutenänderung durch zwei Zusätze: *«Die Aktivitäten des NZS müssen sich im Rahmen der polnischen Verfassung bewegen.»* Und: *«Jeder Streik wird mindestens eine Woche im voraus angekündigt.»* Die Änderung der Statuten, zu deren Ausarbeitung Monate benötigt worden waren, verursachte grosse Probleme. Somit war die offizielle Anerkennung des NZS zur Hauptforderung geworden.

NZS wird anerkannt

Nach den Frühlingsferien breitete sich die Streikbewegung auf fast 50 höhere Schulen in ganz Polen aus. Diese massive Unterstützung war äusserst notwendig, da in jenem Moment die Studenten von Lodz erschöpft waren durch einen Monat Streik und die geführten Verhandlungen. Die Mitglieder des Gründungsrats des NZS in Lodz wurden benachrichtigt und akzeptierten die von der Regierung verlangte Statutenänderung. Für den Augenblick sind diese Zugeständnisse keine wirklichen Einschränkungen, da der NZS schon bisher die Verfassung respektiert hatte und auf Blitzaktionen verzichtet hatte. Dank der Unterstützung durch die Hochschulen des Landes konnte der NZS also am 17. Februar 1981 als unabhängiger Verband registriert werden, und schon am nächsten Tag wurde ein Beschluss zum Streikabbruch unterzeichnet.

Obwohl nicht alle Forderungen von allen Hochschulen Unterstützung erhalten hatten, gelten die Vereinbarungen mit Lodz für ganz Polen. Der fünf Punkte umfassende Forderungskatalog, der weiter oben erwähnt wurde, wurde erfüllt. Im weiteren wurde den Streikenden Straffreiheit zugesichert und der Zugang von Polizei und anderen Ordnungskräften zum Universitätsgelände verboten, ausser wenn das Rektorat ausdrücklich darum ersucht. Der Rektor wird durch den Senat gewählt, der aus den Fakultätsvorstehern, bestimmten Professoren und einem Vertreter von jeder der beiden Studentenorganisationen besteht. Die Studenten sind im übrigen in den universitäten Kommissionen drittelparitätisch vertreten.

Perspektiven

Die Unterschrift unter den Vertrag von Lodz hat eine erste Etappe der NZS-Aktivitäten beendet. Als legalisierter Verband hat er die gleichen Rechte wie der parteigebundene SZSP. Hauptsziel ist jetzt, die Realisierung der Vereinbarungen zu überwachen. Aber der NZS will seine Tätigkeit auf alle Aspekte des studentischen Lebens ausweiten. In Warschau wird beispielsweise eine alternative Lehrveranstaltung über jene Ereignisse in der jüngsten Geschichte des polnischen Volkes durchgeführt, die bisher von den Massenmedien und Geschichtsbüchern verschwiegen wurden.

Zitieren wir zum Schluss noch ein Informationsblatt des NZS an der Technischen Hochschule von Warschau: *«Nur die Aktivität des NZS kann zu einer Verbesserung des studentischen Lebens in Polen führen, genauso wie nur die freie Gewerkschaft ‹Solidarität› garantieren kann, dass die Veränderungen in den sozialen und politischen Verhältnissen nicht wieder rückgängig gemacht werden.»*

Henri Weisen

Tutoratsseminar

Wer ist nicht schon zuhinterst in einer Vorlesung gesessen und hat gestaunt, dass Massenvorlesungen immer noch ein Muss sind? Wer ist nicht in einem überfüllten Seminar gewesen und kam nie dazu, etwas zu sagen? Und hat gedacht: Wie viel besser wäre doch die Kleingruppenarbeit, wo man/frau sich auch kennenlernen kann?

Die Kleingruppenarbeit in sogenannten freien Tutoraten wollen wir vermehrt, zusammen mit interessierten Leuten, aufziehen. In Freiburg wird vom VSS und von den Sektionen ein zweitätiges Seminar durchgeführt, an welchem sowohl Studenten, die schon Tutorate organisiert haben, als auch solche, die sie aufziehen möchten, teilnehmen werden. Wir werden in Gruppen über die verschiedenen Möglichkeiten, solche durchzuführen, diskutieren (zum Beispiel ob Einführungstutorat, vorlesungskritische Tutorate etc.).

Das Seminar fängt am **Freitag, 12. Juni, um 11.30 Uhr** mit einem gemeinsamen Picknick an (wird organisiert) und geht bis Samstag, 13. Juni, um etwa 17 Uhr. Ort: **Centre Rue Fries, Rue Fries 8, Freiburg.** Schlafsack mitnehmen! (Übernachtung im Centre.)

Weitere **Informationen beim VSS,** Tel. (031) 23 28 18 (Marianne).

Festschrift 60 Jahre VSS:

«VSS: Studentenpolitik – Politik mit Studenten?»

Anlässlich seines 60jährigen Bestehens gibt der Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) eine Festschrift u. a. mit Beiträgen von ehemaligen VSS-Funktionären und weiteren Persönlichkeiten heraus. Die Schrift kann zum Selbstkostenpreis von 5 Fr. plus Zustellgebühr ab etwa 7. Juni mit untenstehendem Talon beim VSS bezogen werden.

Bestellung

Bitte senden Sie mir mit Rechnung

Ex. «60 Jahre VSS»

☐ zu 5 Fr. per Ex. (Selbstkostenpreis)

☐ zum Unterstützungsbeitrag von Fr. _____

Name: Vorname:

PLZ/Ort:

Datum: Unterschrift:

Einsenden an: VSS, Erlachstr. 9, 3012 Bern

Inserate

Leben im Mehrfamilienhaus

Das heisst heute:

● nicht möglich, weil nicht verheiratet, weil alleinstehend mit Kindern, weil Ausländer, weil Wohngemeinschaft, weil . . ., weil Nase mitten im Gesicht.

● möglich, aber zu hoher Mietzins, Wohnung zu klein, bauliche Veränderungen nicht erlaubt, Kinder dürfen nicht leben, sondern haben brav, ruhig und immer freundlich zu sein, keine Kontakte zu anderen Mietern, Anonymität, kein Garten, keine Haustiere, keine Gartenfester, sture Hausordnung wird durchgesetzt, Hauswart ist entsprechend, kein Bastel- und/oder Spielraum. Aber auch keine Mitbestimmung bei Renovation und Umbau, ebenso keine vor Abbruch. Kein Kündigungsschutz.

● Resignation.

Diese Aufzählung ist überspitzt formuliert und stimmt trotzdem.

Wir suchen nun verschiedene Leute, Familien, Gruppen, Einzelpersonen, die noch nicht resigniert haben und ihre Wohnsituation entscheidend verändern wollen.

Unsere Vorstellungen vom

Leben im Mehrfamilienhaus

bedeutet:

● sich genossenschaftlich organisieren (Grösse 6–8 Partien), gemeinsam Land erwerben, darauf gemeinsam mit uns ein Mehrfamilienhaus bauen, darin unkündbar wohnen, angepasster Mietzins, kinderfreundliche Wohnungen und Umgebung, Tiere können gehalten werden, das gemeinschaftliche Leben wird bereits vom Baulichen her unterstützt, umweltgerechte und natürliche Materialien werden bevorzugt.

Wer hat Interesse, mit uns bei einem guten Glas Wein über diese Gedanken zu diskutieren?

Falls Sie sich angesprochen fühlen, schreiben Sie uns einen kurzen Brief, indem Sie sich und Ihre Partner ein wenig vorstellen. Wir werden Sie schon bald zu einem unverbindlichen ersten Treff einladen.

Wir, das sind drei junge Leute, die seit einem guten halben Jahr in der Architekturgenossenschaft Bauplan arbeiten. Wir bringen, neben dem ideologischen Grundkonzept, bauliche Erfahrungen und Sachkenntnisse, mit deren Hilfe das ideologische Gerüst verwirklicht werden kann.

Wir freuen uns, bald etwas von Ihnen zu hören.

Architekturgenossenschaft Bauplan
Hinterbergstr. 17, 8044 Zürich

Irland zum Selbergeniessen

Beim SSR bekommst du deine Irland-Ferien nicht schon tausendmal vorgekaut. Der SSR schafft Platz für eigene Initiative:

Abenteuerliche Reise zu Fuss und mit dem Kanu im wild-romantischen Westen: Irland aktiv

Völlig neu und unkonventionell und umso packender. 14 Tage Fr. 1690.– bis Fr. 1740.–.

Links hat den Vortritt: Fly-Drive

Kreuz und quer durch die grüne Insel im Mietwagen. 14 Tage ab Fr. 910.– inkl. Auto-Miete bei 2 Personen.

Irland per Velo entdecken

Übernachtung im Zelt oder mit fester Unterkunft. Für 14 Tage gibt's das erste ab Fr. 760.–, das zweite ab Fr. 1030.–.

SSR-Reisen

Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern.

Telefonverkauf 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

Zwei Monate nach der Wiedereröffnung des AJZ:

Ist die Zürcher Bewegung am Ziel?

*Von Jürgmeier, «Verein pro AJZ»**

Die ersten Wochen im wiedereröffneten AJZ: vorwiegend Probleme, Puff und Überforderung. Für die Leute im AJZ war es von Anfang an klar, dass die Sache Zeit braucht; für die Bürger war es klar, dass so etwas sowieso nicht geht. Jetzt haben sie – scheinbar – ihre Bestätigung. Und die Polizei, statt sich auf die grossen Dealer zu konzentrieren, sieht sie ihre Aufgabe darin, rund um das AJZ immer wieder Leute zu verhaften. Abgesehen von den jüngsten Polizeieinsätzen, unternehmen die Behörden gar nichts – sie schieben die AJZ-Trägerorganisationen vor: diese sollen die Polizistenrolle im Innern des AJZ übernehmen.

Das Autonome Jugendhaus Zürich an der Limmatstrasse 18/20 ist wieder (einmal) offen. Nach langwierigen und harten Verhandlungen hat der Zürcher Stadtrat einer neuen, selbsternannten Trägerschaft (beide Landeskirchen und Pro Juventute) den Schlüssel für das umstrittene Objekt übergeben. Wohl kaum mit der ehrlichen Absicht, die Entwicklung eines autonomen Zentrums zu ermöglichen, schon eher mit der Hoffnung, endlich «Ruhe» auf Zürichs Strassen herzustellen.

Das Haus wird nun renoviert, instand gestellt. Die im letzten Jahr aufgebauten Betriebsstrukturen und -aktivitäten, die durch die Schliessung und die nachfolgenden Auseinandersetzungen zerstört worden sind, müssen mühsam wieder aufgebaut werden. Zum Teil mit neuen Leuten, denn: viele «Ehemalige» sind ausgestiegen, glauben nicht mehr an die Chance dieses Experiments, glauben, dass die Mächtigen in dieser Stadt früher oder später ihre Macht von neuem demonstrieren und dem neusten Versuch – wie gehabt – den Todesstoss versetzen werden. Haben sie so Unrecht?

Es ist in Zeitungen und allerorten festgestellt worden, was im Moment in diesem Haus passiere, habe wenig oder nichts mit Autonomie zu tun. Und es stimmt: Die sozialen Probleme Zürichs manifestieren sich in aller Schärfe im AJZ. Es stimmt: Hier wird – völlig unautonom – um Geld gestritten. Aber wer konnte erwarten, dass in einer Stadt wie Zürich, in einer Gesellschaft wie der unseren eine kleine Insel der Autonomie von einem Tag auf den anderen entstehen könnte, wo doch niemand in diesem Staat auf Autonomie vorbereitet worden ist? Vorläufig sind noch Einflüsse von aussen, die mitgebrachten und ins Haus hineingetragenen gesellschaftlichen Missstände, Probleme und Widersprüche grösser als die Kraft der vorhandenen Autonomiebestrebungen – die ja nur Erfolg haben können, wenn sie ihrerseits das gesellschaftliche Umfeld «anzustekken» vermögen – und drohen, alle autonomen Keimlinge zu ersticken.

Foto: Gertrud Vogler

Grün 81 auf dem Parkplatz vor dem AJZ

Fallen und Zeitbomben gibt es viele: seien es kleine Verstösse gegen die herrschende Rechtsordnung wie das Übertreten von Verordnungen verschiedenster Art, sei es die Konzentration des Drogenhandels rund ums AJZ. Was in dieser Stadt längst Realität war, wird jetzt an einem Punkt unausweichlich sichtbar, breiten Kreisen der Bevölkerung und der Behörden bewusst. Und das ist ungemütlich. Ungemütlich für diejenigen, denen es nicht mehr gelingt, zu vertuschen, dass auch in der heilen Stadt Zürich soziales Elend, soziale Missstände herrschen, verursacht durch eine jahrzehntelange verfehlte Sozialpolitik und Städteplanung. Der Bewegung und den unterstützenden Kräften eines autonomen Jugendhauses all diese Probleme zur Lösung aufzuhalsen ist infame Strategie. Strategie, um es hinterher einmal mehr zu bestätigen: Autonomie ist nicht möglich. Aber: Autonomie ist möglich. Nur braucht es sehr viel Zeit dazu.

Ein wiedereröffnetes AJZ löst weder Drogen- noch Wohnungsprobleme. Und so wehrt sich die Bewegung – zu Recht – gegen das Übergehen zur Tagesordnung, versucht immer wieder, die Unruhe in dieser Stadt aufrechtzuerhalten. Sei es mit Häuserbesetzungen, dem Errichten von Chaotikon-Siedlungen, mit Demonstrationen der Solidarität mit all jenen, die für den Kampf um dieses Haus nun individuell haftbar gemacht werden sollen, mit Strafverfahren, Gerichtsverhandlungen usw. Sei es mit der eigenhändigen «Schliessung» des AJZ für drei Tage, als Symbol dafür, dass sich die Bewegung mit der Wiedereröffnung dieses Hauses die «Ruhe» nicht «abkaufen» lassen will, dass sie weiterhin unbequem bleiben und auf soziale Missstände aufmerksam machen will.

Wer meint, nach der Eröffnung des AJZ müsste nun endlich wieder Ruhe herrschen, hat nicht begriffen, dass es hier um mehr als um die Errichtung eines etwas unkonventionellen Konsumtreffpunkts für ausgeflippte Jugendliche geht, die zwar in einem kleinen Ghetto, hübsch gesittet, auch ihr Örtchen haben sollen, aber damit Schluss.

Wer mehr als nur eine Alibi-Öffnung eines sogenannten autonomen Hauses will, muss bereit sein, auch alle anderen manifest gewordenen Probleme ernst zu nehmen, mitzuhelfen, dass gesellschaftliche Umwelt- und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die in einem langen Prozess den Aufbau eines autonomen Jugendhauses, die Entwicklung autonomer Menschen, die Errichtung der Autonomie ermöglichen.

* Jürgmeier sitzt im Arbeitsausschuss der Trägerschaft «Verein pro AJZ».

Nach dem 1. Mai: 22jähriger vier Wochen in U'Haft

Ein grosser Fall

Eine Woche U-Haft ist in Zürich bald nicht mehr aussergewöhnlich. Aber ein ganzer Monat, das grenzt schon an deutsche Verhältnisse: *Baco* wurde am 7. Mai auf offener Strasse verhaftet und ist seither im Knast. Anklage: Landfriedensbruch und Gewalt gegen Beamte. Nach der letzten Einvernahme Bacos berichtete sein Anwalt, *Jean-Pierre Garbade*, über den Stand des Verfahrens.

nl. Der erste Vorwurf gegen Baco: Er habe an der 1.-Mai-Kundgebung einen Gewerkschaftsfunktionär tätlich angegriffen. Der betreffende Herr hat zwar inzwischen erklärt, es sei nicht Baco gewesen – aber die Anklage Landfriedensbruch bleibt aufrechterhalten, weil sich Baco in einem «zusammengerotteten Haufen» befand, das heisst mit andern zusammen den Frieden im Land bedrohte. Um die Anklage zu erhärten, hat die Bezirksanwaltschaft noch fünf weitere Belastungszeugen aufgetrieben.

Zweiter Vorwurf: Während der 1.-Mai-Demo habe Baco einem Zivilpolizisten einen Tritt versetzt. «Gewalt gegen Beamte»? Obwohl sich der Zivile gar nicht als Beamter ausgab?! – Zwei weitere Zivile wurden als Zeugen aufgeboten. Wie Jean-Pierre Garbade berichtete, waren die Aussagen der beiden Polizisten praktisch *identisch*. Bei der Einvernahme gaben sie offen zu, dass sie sich vorher über ihre «gemeinsamen Wahrnehmungen» unterhalten hätten. Obwohl sich Zeugen nicht absprechen dürfen.

Dritter Vorwurf: Baco habe Steine in die Scheiben der Kreditanstalt geworfen. Auch das wollen die Zivilpolizisten gesehen haben. Oder war es sogar ein Dolendeckel? – Baco verweigert jede Aussage.

Nach den ersten zwei Wochen hat Bezirksanwalt *Weber* die U-Haft um weitere zwei Wochen verlängert. Wegen «Kollusionsgefahr» – als ob Baco die Zivilen, die gegen ihn aussagen, beeinflussen könnte! Mit der Haftverlängerung wollte der BA Zeit gewinnen, um gegen Baco eine möglichst saftige Anklage zu konstruieren. Ausserdem geht es darum, den Bürgern zu demonstrieren, dass «Chaoten» hart angefasst werden. Zurzeit sind zahlreiche Verfahren hängig wegen «Gewalt und Drohung gegen Beamte». Anwalt Garbade glaubt, dass ein Grossteil dieser Verfahren eingestellt wird, dass aber gleichzeitig «einige grosse Fälle aufgebaut werden, die dann vor Geschworenengericht kommen. Offensichtlich soll auch Baco ein «grosser Fall» werden.

Wie Garbade erzählte, wurde die Einvernahme Bacos kurz unterbrochen, als vor dem Bezirksgebäude plötzlich Petarden knallten und Parolen gebrüllt wurden: Baco, wir haben dich nicht vergessen! Der eine Zivilschmier, der gerade als Zeuge ausgesagt hatte, bekam einen roten Kopf und sagte: Ja, genauso tönte es auch am 1. Mai! – Worauf der Bezirksanwalt, leicht verärgert, das Verhör fortsetzte. Nach zweieinhalb Stunden war es zu Ende. Die Tür ging auf, zwei Herren traten heraus, der Anwalt – und Baco: grinsend, aber die Hände in Handschellen. So wurde er abgeführt.

Der Neubau des Bezirksgefängnisses Zürich

TODSICHERE U'HAFT

*Von Jim Sailer, Zürcher Komitee gegen Gefängnisneubauten**

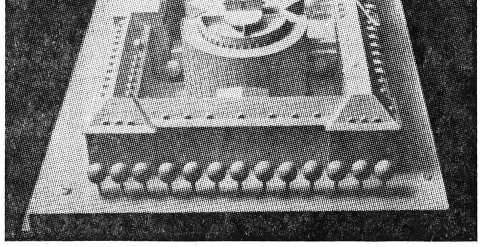
Was nützt die gegen alles Linke auffahrende Strafgesetzrevision, wenn nicht beizeiten genügend neue Käfige «zur Sicherung des Gefangenengutes» bereitstehen? Der geplante Neubau des Bezirksgefängnisses Zürich soll 180 statt bisher 110 Plätze bieten. Neu für die Schweiz: Schon in der Untersuchungshaft kann man Gefangenen mit härteren Haftbedingungen drohen oder leichtere versprechen: damit die Geständnisse ein bisschen plötzlich kommen.

Seit über 40 Jahren spricht man von einem Neubau respektive einer Renovation des 1916 eröffneten Bezirksgefängnisses Zürich. Jahrelang plante die Justizdirektion, den Altbau aufzustocken, aber 14 Millionen für «nur» 24 zusätzliche Zellen schien doch etwas viel Geld. Also bewilligte der Regierungsrat 1977 einen Projektierungskredit von 450 000 Franken: Das Ziel war damals, einen Neubau für 200 Gefangene zu errichten, der weniger als 20 Millionen kosten würde. Da Kredite bis 20 Millionen in die Kompetenz des Kantonsrats fallen, wollte man auf diese Weise die Hürde einer Volksabstimmung umschiffen. Die Ausführung des erstprämierten Projekts der Architekturfirma *Theo Hotz AG,* Zürich, wird nun aber auf 26 Millionen veranschlagt. Nachdem der Versuch, noch Einsparungen zu machen, offenbar misslungen ist, ist die Volksabstimmung wohl nicht mehr zu vermeiden.

Plötzlich eilt es in der verschlafenen Justizdirektion des sozialdemokratischen Regierungsrats Arthur Bachmann. Noch vor den Sommerferien soll das Parlament die Kreditvorlage behandeln, damit die Volksabstimmung eingefädelt werden kann. Die ursprünglich auf Herbst 1980 angesetzte Volksabstimmung über den 55-Millionen-Neubau der Strafanstalt Regensdorf wird einfach um 2 Jahre hinausgeschoben. Zuerst muss jetzt das neue Bezirksgefängnis her, Untersuchungshaft kommt ja chronologisch auch vor dem Vollzug.

Der Neubau

Für die 26 Millionen (Nachtragskredite vorbehalten) soll am Standort des jetzigen Bezirksgefängnisses, also im Hof der Bezirksanwaltschaft beim Helvetiaplatz, innert drei Jahren ein achtstöckiger Rundbau entstehen, der, wie die Justizdirektion glaubhaft machen will, einen Abbau der strikten Einzelhaft möglich machen soll. Schöne Worte verschleiern, was man wirklich bauen will: *Die Abteilung mit maximaler Sicherheit.*



Nach dem Vorbild des berüchtigten *Amtshauses in Bern* wird es hinter einem Kontrollschleusensystem auf 7 Etagen 50 schalldicht isolierte Betonzellen geben. Die geschlossenen «Fenster» sind in einen schmalen Betonschlitz eingegossen, was die Belüftung durch eine Klimaanlage erzwingt. Auch die bewährten vier Arrestzellen im Untergeschoss findet man hier. Separate Zugänge zu dieser Abteilung verhindern jeden Kontakt zu anderen Gefangenen. Spaziert wird auf dem Dach. Wie immer muss die sogenannte «Verdunkelungsgefahr» als Rechtfertigung für die Totalisation herhalten. In diese Abteilung kommen die «gefährlichen» Gefangenen. Wer gefährlich ist, wird nach unerfindlichen Kriterien vom Untersuchungsrichter bestimmt.

Die «Wohngruppenabteilung»

Die übrigen 130 als weniger gefährlich eingestuften Gefangenen werden auch auf 7 Etagen in sogenannten Wohngruppen untergebracht. Die Wohnlichkeit einer solchen Gruppe besteht vor allem darin, dass sie sechs Einerzellen und eine Dreierzelle umfasst. Im alten Bezirksgefängnis beträgt der Anteil an Plätzen in Gemeinschaftszellen 10 Prozent – im Neubau soll er auf stolze 13 Prozent steigen! Um zu verschleiern, dass sich die strikte Einzelhaft, die jahrhundertalte Basis richterlicher Wahrheitsfindung, im Neubau nur noch verschärft, hat man ein paar Aufenthalts- und Arbeitsräume vorgesehen. Dort dürfen geständnisfreudige Gefangene mit Einwilligung ihres Untersuchungsrichters hie und da eine Stunde Pingpong spielen oder sogar gemeinsam Tüten kleben. Dabei sind sie überwacht. Und diese Überwachung lässt sich Vater Staat etwas kosten: das Aufsichtspersonal wird fast verdreifacht, von 26 auf 70 Personen aufgestockt. Die zusätzlichen Lohnkosten dürften etwa 1½ Millionen im Jahr ausmachen. Wenn schon ein bisschen Leben ausserhalb der Zellen stattfinden soll, muss ein völlig übertriebener Überwachungsapparat aufgezogen werden.

Die Erpressung mit den Haftregimes

Ist ein vor dem Gesetz noch unschuldiger Bürger in einer schall- und luftdichten Betonzelle nach ein paar Wochen oder Monaten U-Haft in der Abteilung für maximale Sicherheit am Durchdrehen, so kann der Untersuchungsrichter väterlich auf sein Leiden eingehen und ihm die paar Erleichterungen der «Wohngruppen» schildern. Bevor allerdings diese Versetzung geschehen könne, müsse ein tipptoppes und vor allem vollständiges Geständnis unterschrieben werden. Ob ein Geständnis schon vollständig ist, darüber befindet in seiner grenzenlosen Weisheit ebenfalls der Untersuchungsrichter. Umgekehrt kann man das Wohlverhalten der Gefangenen in der «Wohngruppenabteilung» mit der Drohung einer Versetzung in den Sicherheitstrakt erpressen. Denn aus der Sicht der dortigen Totalisolation kann die Aussicht auf eine Pingpong- oder Fernsehstunde wie eine Lebensrettung erscheinen.

Das alte Bezirksgefängnis – eine Idylle?

Sicher nicht, aber der Altbau ermöglicht den Inhaftierten doch ein Minimum an – natürlich verbotener – Kommunikation: Schöpft man das Wasser aus den WC-Siphons, so kann man mit Mitgefangenen sprechen; Rufen durch das Fenster ist trotz Sichtblenden möglich; Geschickte können sich mit Schnüren Kleinigkeiten von Zellenfenster zu Zellenfenster zupendeln. In der Isolation der Zelle ist es sogar tröstend, wenigstens das Fluchen der Aufseher im Gang zu hören, wenigstens, wie mühsam auch immer, ein Hauch von Leben. Eine schalldichte Arrestzelle gibt es ja schon im alten Bezirksgefängnis. Anständige Aufseher weigern sich, Gefangene dorthin zu schleppen, mit der Begründung, nach ein paar Tagen sei ein Mensch Burghölzli-reif. Und der neue Sicherheitstrakt wird schallisoliert gebaut.

*Dem Abstimmungskampf – voraussichtlich im Herbst 1981 – nimmt sich das «Zürcher Komitee gegen Gefängnisneubauten», Postfach 828, 8025 Zürich (PC 80-55 196), an. Das Komitee wurde im Zusammenhang mit dem Neubau der Strafanstalt Regensdorf gegründet mit dem Ziel, Selbstmordgefängnisse wie das Amtshaus Bern oder Champ-Dollon zu verhindern. Gegner(innen) von Super-Knast **Neubauten** sollen sich beim Komitee melden.

Zahlungsfreudiger Bund

Wenn Neu- und Umbauprojekte von Straf- und Erziehungsanstalten finanziert werden müssen, ist der Bund seit 1975 schlagartig grosszügig. Während zum Beispiel 1970–73 durchschnittlich lumpige 1½ Millionen im Jahr ausgeschüttet wurden, zahlt das Departement Furgler seit 1975 pro Jahr durchschnittlich etwa 30 Millionen aus. Es bezahlt, wenn es sein muss, bis zu 70 Prozent der Baukosten. Genaue Informationen sind kaum erhältlich. Nachstehend einige der bekanntgewordenen grösseren Brocken:

	Bundes-subvention	*Gesamt-kosten*
Bestehende Gefängnisse:	*in Millionen Franken*	
Amtshaus Bern, Untersuchungsgefängnis	1,0	10
Bochuz VD, Bau einer Hochsicherheitsabteilung	8,1	?
Bostadel ZG, Basler und Zuger Rückfälligenanstalt, Neubau	9,4	16
Champ-Dollon GE, Untersuchungsgefängnis, Neubau	6,6	55
Hüttwilen TG, Arbeitserziehungsanstalt	8,1	?
La Stampa TI, Strafanstalt, Renovation	3,8	12,5
Oberuzwil SG, Jugenderziehungsheim Platanenhof	4,5	?
Pfäffikon ZH, Bezirksgefängnis, Neubau	3,6	ca. 6
Pramont VS, Arbeitserziehungsanstalt	7,7	?
Solothurn, Untersuchungsgefängnis, Neubau	1,5	5,5
St. Johanssen BE, Massnahmenvollzug	4,5	?
Uitikon ZH, Arbeitserziehungsanstalt, Neubau der geschlossenen Abteilung	7,7	11
Witzwil BE, Strafanstalt (im Bau)	19	44
Projekte:		
Bülach ZH, Bezirksgefängnis, Neubau	?	?
Regensdorf ZH, Rückfälligenanstalt, Neubau	27	55
Thorberg BE, Strafanstalt, Renovation	?	?
Wauwilermoos LU, Strafanstalt, Neubau	8	18
Zürich, Bezirksgefängnis, Neubau	?	26